

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1989

MONTAG, 24. APRIL 1989

Nr. 17

Seite	Seite	Seite
Hessisches Ministerium des Innern	Hessisches Sozialministerium	Staatliche Anerkennung als Untersuchungsstelle für Abwasser 966, 967
Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an die Deutsche Bücherei in Leipzig und andere Stellen in der DDR und Berlin (Ost) 950	Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen 954	GIESSEN
Richtlinien für den Einsatz von Hubschraubern der hessischen Vollzugspolizei 950	Hessisches Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz	Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 31. 3. 1989 968
Hessisches Ministerium der Finanzen	Richtlinien für die Auswahl und Anerkennung von „Staatsprämienstuten“ 959	Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 3. 4. 1989 968
Richtlinien für die Schadensabwicklung bei Unfällen von Dienstfahrzeugen (Kfz-Unfallrichtlinien) 950	Flurbereinigung Kirchhain, Landkreis Marburg-Biedenkopf 960	KASSEL
Berechnung der Verzugszinsen bei privatrechtlichen Forderungen des Landes (VV Nr. 4.1.3 zu § 34 LHO) 952	Flurbereinigung Neuental, Schwalm-Eder-Kreis 960	Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 11. 4. 1989 968
Staatlicher Hochbau — AMEV-Ausarbeitung „Planung und Bau von Elektroanlagen in öffentlichen Gebäuden — (Elt Anlagen 88) —“ 952	Personalnachrichten	Hessischer Verwaltungsschulverband
Staatlicher Hochbau — AMEV-Ausarbeitung „Planung und Ausführung von firmenneutralen Datenübertragungssystemen in öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften (FND) — Teil 3 Leistungsprogramm —“ 952	im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern 962	Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — 968
Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst	im Bereich des Hessischen Kultusministeriums 962	Buchbesprechungen 971
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren Archivdienst im Lande Hessen vom 24. 3. 1987; hier: Änderung 953	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit 965	Öffentlicher Anzeiger 973
Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Technik	im Bereich des Hessischen Sozialministeriums 965	Andere Behörden und Körperschaften
Widmung von Neubautrecken bzw. Umstufung und Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraße 3 und der Landesstraße 3134 in den Gemarkungen Schwalheim und Bad Nauheim der Stadt Bad Nauheim, Wetteraukreis 953	im Bereich des Hessischen Rechnungshofs 966	Hessisches Oberbergamt, Wiesbaden; hier: Vorhaben der Firma Ruhrgas AG, 4300 Essen, in 6084 Gernsheim 986
	Die Regierungspräsidenten	Öffentliche Ausschreibungen 986
	DARMSTADT	Stellenausschreibungen 987
	Genehmigung der Frankfurter Bürgerstiftung, Sitz Frankfurt am Main 966	
	Auflösung der Krankengeldzuschusskasse für Werksangehörige der Firma Wacker & Doerr, Nieder-Ramstadt, Mühlthal/Ortsteil Nieder-Ramstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg 966	

Die vierte Folge 1989 der regelmäßig beigelegten, monatlich erscheinenden Beilage

RECHTSPRECHUNG DER HESSISCHEN VERWALTUNGSGERICHTE

ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt. Sie kann auch in einem Jahresabonnement zum Preis von 15,- DM plus Versandkosten zuzüglich 7 Prozent Mehrwertsteuer bezogen werden.

Bestellungen richten Sie bitte an:

VERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH
WILHELMSTRASSE 42 · 6200 WIESBADEN · TELEFON 0 61 21 / 3 96 71

396

HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN

Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an die Deutsche Bücherei in Leipzig und andere Stellen in der DDR und Berlin (Ost)

Nachstehend wird die Gemeinsame Stellungnahme vom 1. November 1988 des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an die Deutsche Bücherei in Leipzig und andere Stellen in der DDR und Berlin (Ost) bekanntgegeben.

Alle Behörden und Dienststellen des Landes, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die sonstigen unter Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts werden gebeten, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 17. März 1989

Hessisches Ministerium des Innern
I A 14
— Gült.-Verz. 300 —
StAnz. 17/1989 S. 950

Gemeinsame Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an die Deutsche Bücherei in Leipzig und andere Stellen in der DDR und Berlin (Ost)

vom 1. November 1988

In dem Gemeinsamen Protokollvermerk zu Art. 6 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit vom 6. Mai 1986 (BGBl. II S. 709) empfehlen die Abkommenspartner den Verlagen und sonstigen Herausgebern, „unaufgefordert Belegexemplare ihrer Veröffentlichungen an die zentrale Sammelstelle der jeweils anderen Seite (Deutsche Bücherei, Leipzig, bzw. Deutsche Bibliothek, Frankfurt am Main) zu senden“.

Eine Pflicht zur Ablieferung an die Deutsche Bücherei in Leipzig besteht weiterhin nicht.

Auf Grund des Gemeinsamen Protokollvermerks ist wie folgt zu verfahren:

- Alle Behörden und Dienststellen des Bundes einschließlich der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts senden von allen von ihnen herausgegebenen oder in ihrem Auftrag einmalig oder laufend erscheinenden Veröffentlichungen, soweit sie zur Verbreitung bestimmt sind, je ein Freixemplar unaufgefordert und unmittelbar nach ihrem Erscheinen direkt an die Deutsche Bücherei in Leipzig. Die Zusendung an die Deutsche Bücherei in Leipzig erfolgt zusätzlich zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main und weitere Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland gemäß dem „Erlaß über die Abgabe amtlicher Drucksachen an öffentliche Bibliotheken“ vom 12. Mai 1958 mit Ergänzung vom 17. März 1961 und dem „Erlaß über die Abgabe amtlicher Drucksachen des Bundes für Zwecke des internationalen amtlichen Schriftentausches“ an die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz vom 22. Juli 1958.
- Eine Zusendung an die Deutsche Bücherei in Leipzig erfolgt nicht bei:

1. Verschußsachen i. S. der Verschußsachenanweisung 1982 oder ausschließlich für den inneren Dienstgebrauch bestimmten Druckschriften;
2. Auslege- und Patentschriften des Deutschen und Europäischen Patentamtes;
3. Veröffentlichungen, die in einer geringeren Auflage als zehn Exemplaren erscheinen;
4. Schriften mit bis zu vier Seiten Umfang, es sei denn, daß mehrere von ihnen als zusammengehörig gekennzeichnet sind; diese Einschränkung der Ablieferung gilt nicht für Karten, Mikroformen und Tonträger;
5. Sonderdrucken und Vorabdrucken aus amtlichen Veröffentlichungen, es sei denn, daß sie ein besonderes Titelblatt führen;
6. Plakaten, Wandzeitungen und Flugblättern;
7. Veranstaltungsprogrammen ohne Abbildungen oder erläuternden Text;
8. Akzidenzdrucksachen, die lediglich z. B. innerbetrieblichen, geschäftlichen oder Verkehrszwecken dienen (Formblätter, Vordrucke, Bedienungs- und Betriebsanleitungen; technische oder vorläufige Lieferbedingungen, Einzelmerkmale, Einzeldienstsanweisungen, Organisations- und Geschäftsverteilungspläne, Eintrittskarten, Wertzeichen, Briefmarken, Banknoten, Verkehrstarife, Fahrscheine, Einzelfahrpläne u. a.);
9. Filmwerken, Tonbildschauen und Einzellichtbildern.

Angesichts der Zielsetzung des Kulturabkommens, die allgemeinen Bedingungen für den kulturellen Austausch und die Zusammenarbeit innerhalb der beiden Staaten in Deutschland zu verbessern, bestehen keine Bedenken dagegen, im Interesse der Aufrechterhaltung und Erweiterung der kulturellen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nach den genannten Grundsätzen amtliche Veröffentlichungen auf Wunsch auch an sonstige Stellen in der DDR und Berlin (Ost) zu senden. Ein bereits bestehender Austausch von Veröffentlichungen mit sonstigen Stellen in der DDR und Berlin (Ost) wird durch die vorliegende Stellungnahme nicht berührt.

Die Gemeinsame Stellungnahme vom 11. Juli 1972 ist hiermit aufgehoben.

397

Richtlinien für den Einsatz von Hubschraubern der hessischen Vollzugspolizei

Bezug: Erlaß vom 2. März 1988 (StAnz. S. 672)

Der Bezugerlaß wird wie folgt geändert:

In Nr. 5 Abs. 1 Satz 1 sind die Worte „nachweisen bzw.“ zu streichen; in Abs. 2 sind die Worte „kann“ durch „ist“ und „abgeschlossen werden“ durch „abzuschließen“ zu ersetzen.

Wiesbaden, 3. April 1989

Hessisches Ministerium des Innern
III A 52 — 66 k 10.47
— Gült.-Verz. 31 000 —
StAnz. 17/1989 S. 950

398

HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

Richtlinien für die Schadensabwicklung bei Unfällen von Dienstfahrzeugen (Kfz-Unfallrichtlinien)**Allgemeines**

1. Die Hessische Landesregierung hat durch Beschluß vom 6. Mai 1969 dem Hessischen Ministerium der Finanzen (HMdF) die Abwicklung sämtlicher Schäden übertragen, die bei Verkehrsunfällen von Kraftfahrzeugen, deren Eigentümer oder Halter das Land Hessen ist, entstehen. Der Ausführung dieses Beschlusses dienen die folgenden Richtlinien.

2. Die Kfz-Unfallrichtlinien sollen ein zweckmäßiges Verhalten aller Beschäftigten und Dienststellen nach einem Unfall gewährleisten, um bei Schäden des Landes Hessen (Eigenschäden) die Ermittlung des entstandenen Schadens und des Ersatzpflichtigen sowie bei Ersatzansprüchen Dritter (Fremdschaden) eine schnelle und sachgerechte Bearbeitung zu ermöglichen.
3. Unfall i. S. dieser Richtlinien ist ein Schadensfall im Straßenverkehr, bei dem ein Kraftfahrzeug oder Anhänger des Landes Hessen beschädigt wurde, sowie die Verursachung eines

Schadens durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers des Landes Hessen.

Verhalten der Unfallbeteiligten

4. Die Unfallbeteiligten haben nach einem Unfall unverzüglich den Pflichten nach § 34 StVO nachzukommen. Danach besteht insbesondere die Verpflichtung, an der Unfallstelle zu halten und zu warten, die Unfallstelle abzusichern, Hilfe zu leisten sowie den anderen Unfallbeteiligten die für die Schadensregulierung notwendigen Angaben zu machen. Darüber hinaus haben die an einem Unfall beteiligten Beschäftigten alles zu tun, was der Aufklärung des Unfallgeschehens und der Minderung des Schadens dient.
5. Die Vollzugspolizei ist zu benachrichtigen. Hiervon kann abgesehen werden, wenn nur Sachschäden entstanden sind, die Gesamtschadenssumme (Eigenschäden und Fremdschäden) voraussichtlich 3000,— DM nicht übersteigt und die anderen Unfallbeteiligten auf eine polizeiliche Unfallaufnahme verzichten.
6. Muß vor dem Eintreffen der Vollzugspolizei der Standort der Fahrzeuge verändert werden, so ist deren Stellung nach Möglichkeit zu markieren.
7. Anhand eines Exemplars der Unfallmeldung (LBSt 1.105) sind alle Feststellungen zu treffen, damit die Halterdienststelle (bei der Polizei: die einzelne Dienststelle) den Unfall ordnungsgemäß melden kann. Vom Unfallort ist eine Handskizze anzufertigen, in der u. a. Straßenverlauf, Beschilderung und Straßenmarkierungen sowie Endstellung und Fahrtrichtung der beteiligten Fahrzeuge einzuzeichnen sind. Die Fahrerin oder der Fahrer hat in einer dienstlichen Äußerung zu dem Unfallgeschehen Stellung zu nehmen. Sie können die dienstliche Äußerung an das HMdF und ohne Einhaltung des Dienstweges übersenden und verlangen, daß die dienstliche Äußerung nicht für die Einleitung und Durchführung eines Regreßverfahrens verwendet wird.

8. Fahrerin oder Fahrer sollen sich einer Äußerung zur Schuldfrage enthalten. Sie sind nicht berechtigt, ohne vorherige Zustimmung des HMdF einen Anspruch ganz oder zum Teil anzuerkennen oder zu befriedigen. Sie haben die Unfallbeteiligten wegen etwaiger Schadensersatzansprüche unmittelbar an das HMdF zu verweisen und ihnen in jedem Fall die gelbe Karte (LBSt. 1.105-1) zu überreichen; das amtliche Kennzeichen des Dienstfahrzeugs sowie der Name der Fahrerin oder des Fahrers des Dienstfahrzeugs sind dabei auf der Karte deutlich zu vermerken.

Ist ein Kraftfahrzeug mit ausländischem Kennzeichen am Unfall beteiligt, ist das Einlegeblatt der Grünen Versicherungskarte oder des rosa Grenzversicherungsscheins zu verlangen.

Bei einem Unfall im Ausland ist dem Unfallbeteiligten das Einlegeblatt der Grünen Versicherungskarte auszuhändigen.

9. Als Kfz-Selbstversicherer ist das Land Hessen nach § 2 des Pflichtversicherungsgesetzes i. V. m. dem Versicherungsvertragsgesetz und den Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung (AKB) verpflichtet, Ersatzansprüche, die auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts gegen den Fahrer erhoben werden, zu befriedigen, soweit sie begründet sind, und abzuwehren, soweit sie unbegründet sind.

Machen Geschädigte ihre Ansprüche gegenüber der Fahrerin oder dem Fahrer des Dienstfahrzeugs direkt geltend, wird ein Anspruch gegen sie gerichtlich (Klage oder Mahnbescheid) geltend gemacht, oder wird ihnen der Streit verkündet, ein Prozeßkostenhilfeantrag, ein Arrestgesuch, ein Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung oder ein Gesuch zur Sicherung des Beweises zugestellt, so haben sie die entsprechenden Schriftstücke unverzüglich und unmittelbar dem HMdF zu übersenden. In Eilfällen ist das HMdF (Referat für Kfz-Selbstversicherung) telefonisch (0 61 21/32-22 84) zu unterrichten.

Gegen einen Mahnbescheid, einen Arrest oder eine einstweilige Verfügung haben sie zur Wahrung der Frist die erforderlichen Rechtsbehelfe einzulegen, wenn eine Weisung des HMdF nicht bis spätestens zwei Tage vor Fristablauf vorliegt.

In einem Zivilrechtsstreit gewährt das Land Hessen der Fahrerin oder dem Fahrer Rechtsschutz; sie haben dem HMdF die Führung des Rechtsstreits zu überlassen, dem vom HMdF bestellten Rechtsanwalt Vollmacht zu erteilen und diesem jede für die Aufklärung erforderlichen Angaben zu machen, soweit nicht dienstliche Belange entgegenstehen.

10. Wird gegen die Fahrerin oder den Fahrer des Dienstfahrzeugs ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder ein Strafbefehl oder

Bußgeldbescheid erlassen, haben sie dem HMdF unverzüglich die bearbeitende Stelle und das Aktenzeichen anzugeben.

11. Wird nach einem Unfall im Ausland ein Strafverfahren gegen die Fahrerin oder den Fahrer des Dienstfahrzeugs eingeleitet, haben diese einen dort ansässigen Rechtsanwalt mit ihrer Vertretung zu beauftragen. Die notwendigen Kosten der Verteidigung übernimmt das Land Hessen, wenn von anderer Seite Rechtsschutz nicht erlangt werden kann.

Auf Verlangen zahlt das HMdF einen Vorschuß auf die notwendigen Kosten. Im übrigen ist bei der Gewährung von Rechtsschutz in Strafsachen nach dem Gemeinsamen Runderlaß vom 1. April 1986 (StAnz. S. 810) zu verfahren.

12. Ist die Fahrerin oder der Fahrer des Dienstfahrzeugs gegen Regreßansprüche des Landes versichert, sollen sie den Unfall auch der Versicherungsgesellschaft anzeigen.

Aufgaben der Halterdienststelle

13. Die Halterdienststelle (bei der Polizei: die einzelne Dienststelle) hat den Unfall unter Verwendung des Vordrucks (LBSt 1.105) ohne Anschreiben unverzüglich und unmittelbar dem HMdF zu melden. Soweit es sich um eine Dienststelle der unteren Verwaltungsstufe handelt, ist die Meldung vom Leiter der Dienststelle oder dem ständigen Vertreter zu unterzeichnen. Das HMdF bestätigt den Eingang und teilt das dem Unfall zugeteilte Aktenzeichen mit.

Die Dienststelle hat Beweismaterial (insbesondere dienstliche Äußerungen und — soweit ihr eine solche zugeht — die Verkehrsunfallanzeige der Vollzugspolizei) sowie sämtliche Schreiben Dritter unverzüglich dem HMdF zu übersenden. Dritten ist die Abgabe an das HMdF mitzuteilen.

14. Ohne besondere Anweisung des HMdF sind Schäden an fremden Kraftfahrzeugen nie, Schäden an Dienstfahrzeugen nur dann begutachten zu lassen, wenn der Eigenschaden voraussichtlich 2000,— DM übersteigt. Ein Gutachten ist auch dann nicht erforderlich, wenn der Unfall von der Fahrerin oder dem Fahrer des Dienstfahrzeugs allein verursacht worden ist.

Sofern der Dienststelle geeignete Kfz-Sachverständige oder Kfz-Prüfer zur Verfügung stehen, sollen grundsätzlich diese das Gutachten erstellen.

Besonderheit für Eigenschäden

15. Die Instandsetzung des Dienstfahrzeugs ist durch die Halterdienststelle zu veranlassen.

Alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschädigung des Dienstfahrzeugs (z. B. Kosten für Instandsetzung, Gutachten, Anmietung eines Ersatzfahrzeugs) gehen zu Lasten des jeweiligen Bewirtschaftungstitels der Halterdienststelle.

Unterlagen über Kosten und Dauer der Reparatur, Mietwagenrechnungen, Sachverständigengutachten u. ä. sind dem HMdF zusammen mit dem ausgefüllten Schadensberechnungsvordruck (LBSt 3.636) zu übersenden, sofern das HMdF hierauf nicht ausdrücklich verzichtet.

Wurden Beschäftigte verletzt oder getötet, so gilt dies entsprechend für die Belege über hierdurch entstandene Kosten (z. B. Heilbehandlungskosten, weitergezahlte Dienstbezüge, Beihilfen, Sterbegeld, Hinterbliebenenversorgung einschließlich der an die Hinterbliebenen gezahlten Beihilfen).

16. Wurden bei einem Unfall mit einem Dienstfahrzeug (mit Ausnahme der Fahrzeuge des Katastrophenschutzes) berechnete Insassen des Dienstfahrzeugs getötet oder derart verletzt, daß sie in ihrer Arbeitsfähigkeit (voraussichtlich) dauernd beeinträchtigt sind, so ist der Unfall der Hessen-Nassauischen Versicherungsanstalt (HNVA) für jede verletzte Person nach Muster (Anlage) zu melden. Unabhängig davon muß die Invalidität spätestens innerhalb von 15 Monaten nach dem Unfalltag ärztlich festgestellt und bei der HNVA geltend gemacht werden. Als Insassen gelten auch die Fahrerin oder der Fahrer sowie alle Mitfahrer, auch Personen, die nicht Beschäftigte des Landes Hessen sind. Die Versicherungssumme beträgt pro Person für den Fall des Todes 5000,— DM, für den Fall dauernder Invalidität je nach Art der Verletzung bis zu 10 000,— DM.

Schadensregulierung

17. Im Interesse der Beschleunigung der Schadensregulierung wird der gesamte Schriftverkehr der Halterdienststelle mit dem HMdF unmittelbar und ohne Einschalten der Fachministerien bzw. der Mittelbehörden geführt.

18. Das HMdF macht sämtliche Eigenschäden geltend und reguliert die Fremdschäden. Es prüft, ob die Fahrerin oder der Fahrer des Dienstfahrzeugs in Regreß zu nehmen ist. Hält es die Voraussetzungen einer Inanspruchnahme für gegeben, so

leitet es den Vorgang dem zuständigen Fachministerium zu. Dieses unterrichtet das HMdF von der getroffenen Entscheidung. Zur Schadenshaftung des Beschäftigten siehe Erlasse des HMdF vom 16. Dezember 1982, Tz. 11 (StAnz. 1983 S. 129), und des HMdI vom 9. Dezember 1986 (StAnz. S. 2570). Zahlungen für Fremdschäden werden aus Kap. 17 02 Titel 681 02 vorgenommen. Die für Eigenschäden eingehenden Ersatzleistungen und die infolge der Inanspruchnahme von Fahrern (Regreß) eingehenden Beträge werden durch das HMdF bei Kap. 17 02 Titel 119 46 vereinnahmt.

19. Den Insassen des Dienstfahrzeugs bleibt es überlassen, Schadenersatzansprüche (z. B. Schäden an Privateigentum, Schmerzensgeld), soweit sie nicht auf das Land Hessen übergegangen sind, selbst geltend zu machen.
20. Sonderabrechnungen werden nur bei Unfällen, an denen Kraftfahrzeuge von Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung oder bundeseigene oder im Gemeinschaftsaufwand beschaffte Kraftfahrzeuge beteiligt sind, deren Halter das Land Hessen ist, durchgeführt.

Bundeseigene Kraftfahrzeuge

21. Diese Richtlinien gelten entsprechend für Unfälle bundeseigener Kraftfahrzeuge, deren Halter das Land Hessen ist.

Luftfahrzeuge

22. Diese Richtlinien gelten entsprechend für Luftfahrzeuge, deren Eigentümer oder Halter das Land Hessen ist.

Anpassung der Richtlinien

23. Das HMdF ist ermächtigt, ohne Einschalten der Fachministerien die verfahrenstechnischen Bestimmungen dieser Richtlinien den veränderten Umständen anzupassen.

Inkrafttreten

24. Die Kfz-Unfallrichtlinien in dieser Fassung gelten für alle Unfälle, die sich nach Veröffentlichung dieser Richtlinien ereignen.

Die Erlasse vom 17. Mai 1978 (StAnz. S. 1081) und vom 4. September 1981 (StAnz. S. 1825) sind im Zuge der Erlaßreinigung mit Ablauf des Jahres 1988 außer Kraft getreten.

Wiesbaden, 22. März 1989

Hessisches Ministerium der Finanzen
O 1408 A — 200 — I B 2
— Gült.-Verz. 435, 932 —
StAnz. 17/1989 S. 950

Anlage

Dienststelle

Az.:

Hessen-Nassauische
Versicherungsanstalt
Postfach 31 20
6200 Wiesbaden

Betr.: Unfallversicherung für Benutzer landeseigener Kraftfahrzeuge — Versicherungsschein-Nr.: U 29 440 —

Unter Bezugnahme auf den obengenannten Versicherungsvertrag wird folgender Unfall angezeigt:

1. Name des/der Verletzten:
2. Dienststelle und Dienstbezeichnung:
3. Geburtsdatum und Familienstand:
4. Unfallzeit, -ort und -ursache:
5. Name des/der Fahrers/Fahrerin, amtliches Kennzeichen und Art des Kfz:
6. Zweck der Fahrt:
7. Durch wen war die Fahrt bzw. die Mitnahme angeordnet oder genehmigt worden:
8. Erlittene Verletzungen:
9. Behandelnder Arzt:
10. Voraussichtliche Folgen (insbesondere Voll- oder Teilinvalidität):

399

Berechnung der Verzugszinsen bei privatrechtlichen Forderungen des Landes (VV Nr. 4.1.3 zu § 34 LHO)

Bezug: Mein Rundschreiben vom 24. Januar 1989 (StAnz. S. 469)

Der Zinssatz für Kredite des Landes zur Deckung von Ausgaben beträgt zur Zeit durchschnittlich 7,00 v. H.

Ich bitte, diesen Zinssatz ab 1. April 1989 bei der Erhebung von Verzugszinsen nach VV Nr. 4.1.3 zu § 34 LHO zu berücksichtigen.

Wiesbaden, 29. März 1989

Hessisches Ministerium der Finanzen
H 1012 — VV zu § 34 — III A 1 a
StAnz. 17/1989 S. 952

400

Staatlicher Hochbau — AMEV-Ausarbeitung „Planung und Bau von Elektroanlagen in öffentlichen Gebäuden — (Elt Anlagen 88) —“

Der Arbeitskreis Maschinen- und Elektrotechnik staatlicher und kommunaler Verwaltungen — AMEV — hat eine Broschüre für „Planung und Bau von Elektroanlagen in öffentlichen Gebäuden (Elt Anlagen 88)“ herausgegeben.

Die Aussagen der Broschüre sollen dazu beitragen, Ursachen eingeschränkter Nutzung oder überzogener Investitionen zu vermeiden. Sie sollen auch dazu dienen, die Zusammenarbeit zwischen planenden Architekten und Fachingenieuren zu fördern. In diesem Sinne wendet sich die Ausarbeitung sowohl an die Architekten als auch an die Fachingenieure. Besonders berücksichtigt wurden Betriebssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Brandschutz der Elektroanlagen.

Ich führe diese Ausarbeitung als Arbeitshilfe für die Bauaufgaben des Landes ein.

Für die zivilen Baumaßnahmen des Bundes wird die Arbeitshilfe mit Erlaß des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 15. Februar 1989 eingeführt.

Der Anwendungsbereich erstreckt sich auf alle Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen für Gebäude der öffentlichen Hand mit Ausnahme der Hochschulbauten und der Krankenhäuser.

In die Architektenverträge und Ingenieurverträge Technische Gebäudeausrüstung wird ein entsprechender Hinweis auf die Arbeitshilfe aufgenommen.

Die AMEV-Broschüre kann zu einem Preis von 4,70 DM/Stück zuzüglich Porto, Verpackung und Mehrwertsteuer beim Verlag Bernhard GmbH, Weyerbusch 8, 5632 Wermelskirchen, Tel. 0 21 96/60 11, bezogen werden.

Es ist zu begrüßen, wenn die Arbeitshilfe über den staatlichen Bereich hinaus Anwendung findet.

Den Städten und Gemeinden sowie sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird im Hinblick auf ein einheitliches Verwaltungshandeln die Anwendung der Arbeitshilfe empfohlen, zumal die im AMEV tätigen kommunalen Verwaltungen Mitherausgeber sind.

Wiesbaden, 29. März 1989

Hessisches Ministerium der Finanzen
B 1014 — 1 — V A 3
— Gült.-Verz. 3616, 3617 —
StAnz. 17/1989 S. 952

401

Staatlicher Hochbau — AMEV-Ausarbeitung „Planung und Ausführung von firmenneutralen Datenübertragungssystemen in öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften (FND) — Teil 3 Leistungsprogramm —“

Bezug: Erlaß vom 19. Mai 1988 (StAnz. S. 1257)

Mit o. a. Erlaß sind die AMEV-Ausarbeitungen für die Planung und Ausführung von firmenneutralen Datenübertragungssystemen in öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften

Teil 1 — FND-Spezifikation, Version 1.0 und

Teil 2 — Handbuch zur Ausschreibung und Bewertung eines firmenneutralen Datenübertragungssystems (FND-Handbuch)

als Arbeitshilfe für die Bauaufgaben des Landes und des zivilen Bundesbereichs eingeführt worden. Der nunmehr vom Arbeitskreis Maschinen- und Elektrotechnik staatlicher und kommunaler Verwaltungen — AMEV — herausgegebene

Teil 3 — Leistungsprogramm

stellt eine notwendige Ergänzung in Form einer Arbeitshilfe mit Mustern für die Erstellung von Ausschreibungsunterlagen für Meß-, Steuer- und Regel- sowie Leitsystemen dar.

Den Planern und ausschreibenden Stellen wird damit eine Vorlage für die praktische Durchführung einer entsprechenden Baumaßnahme zur Verfügung gestellt. Die systembedingte Freizügigkeit der Angebotsleistungen kann genutzt werden. Die Angebote bleiben vergleichbar und lassen sich bewerten.

Das Leistungsprogramm muß im Einzelfall projektbezogen angepaßt werden. Es umfaßt die Systeme der Leitzentrale und der Automatisierungssysteme in den Inseln nur soweit, als Leistungsmerkmale für die Realisierung des FND erforderlich sind. Ebenso ist das Netz in seiner inneren Struktur und Steuerungslogik nicht Gegenstand des Leistungsprogramms.

In einem vorgesehenen Teil 4 soll zur Abrundung des Gesamtwerkes FND die Konformitätssicherung behandelt werden.

Ich führe den

Teil 3 — Leistungsprogramm

hiermit als Arbeitshilfe für die Bauaufgaben des Landes ein.

Für die zivilen Baumaßnahmen des Bundes wird die Arbeitshilfe mit Erlaß des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 15. Februar 1989 eingeführt.

Die Broschüre kann zu einem Preis von 8,25 DM/Stück zuzüglich Porto, Verpackung und Mehrwertsteuer beim Verlag Bernhard GmbH, Weyerbusch 8, 5632 Wermelskirchen, Tel. 0 21 96/60 11, bezogen werden.

Den Städten und Gemeinden sowie sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird im Hinblick auf ein einheitliches Verwaltungshandeln die Anwendung der Arbeitshilfe empfohlen.

Wiesbaden, 29. März 1989

Hessisches Ministerium der Finanzen
B 1014 — 2 — V A 3
— Gült.-Verz. 3616, 434 —
StAnz. 17/1989 S. 952

402

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren Archivdienst im Lande Hessen i. d. F. vom 24. März 1987;

hier: Änderung

Bezug: Erlaß vom 24. März 1987 (ABl. S. 377 = StAnz. S. 1223)

Auf Grund des § 17 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes i. d. F. vom 11. Januar 1989 (GVBl. I S. 26) wird im Einvernehmen mit dem Landespersonalamt und der Landespersonalkommission bestimmt:

Art. I

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren Archivdienst im Lande Hessen i. d. F. vom 24. März 1987 (ABl. S. 377 = StAnz. S. 1223) wird wie folgt geändert:

1. § 10: (Theoretische Ausbildung)

erhält folgende Fassung:

„Gegenstände der Ausbildung in der Archivschule sollen insbesondere sein:

- a) Archivwissenschaft mit Archivgeschichte und Archivtechnik,
- b) Historische Hilfswissenschaften des Mittelalters und der Neuzeit

sowie in archivbezogener Auswahl

- c) Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte
- d) Geschichtliche Landeskunde und Territorialgeschichte,
- e) Rechtsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit,

- f) Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,
- g) Rechts- und Verwaltungskunde.

Außerdem sollen archiv- und landeskundliche Studienfahrten stattfinden.“

2. § 15 (Mündliche Prüfung) Abs. 1

erhält folgende Fassung:

„(1) Gegenstände der mündlichen Prüfung sind:

- a) Archivwissenschaft mit Archivgeschichte und Archivtechnik,
- b) Historische Hilfswissenschaften des Mittelalters,
- c) Historische Hilfswissenschaften der Neuzeit,
- d) Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte sowie wahlweise zwei der folgenden Fächer:
- e) Geschichtliche Landeskunde und Territorialgeschichte,
- f) Rechtsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit,
- g) Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.“

Art. II

Die vorstehenden Änderungen treten am 1. April 1989 in Kraft. Sie sind bereits in ABl. 1989 S. 306 veröffentlicht.

Wiesbaden, 15. März 1989

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
H I 7.3 — 450/81 — 461
— Gült.-Verz. 322, 781 —
StAnz. 17/1989 S. 953

403

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Widmung von Neubaustrecken bzw. Umstufung und Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraße 3 und der Landesstraße 3134 in den Gemarkungen Schwalheim und Bad Nauheim der Stadt Bad Nauheim, Wetteraukreis

1. Die in den Gemarkungen Schwalheim und Bad Nauheim der Stadt Bad Nauheim im Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebauten Strecken

von km 0,000 neu (westlich der Ortslage Schwalheim)
bis km 0,105 neu (bei km 0,941 der L 3134 alt) = 0,105 km,

von km 0,121 neu (bis km 0,979 der L 3134 alt)

bis km 0,223 neu (= km 0,000 neu — Überführung der B 3 „Frankfurter Landstraße“ —) = 0,102 km,

von km 0,000 neu (= km 0,223 neu)
bis km 0,755 neu (= km 0,000 neu — Überführung der K 173 „Rödger Weg“ —) = 0,755 km

und

von km 0,000 neu (= km 0,755 neu)
bis km 0,170 neu (westlich der Ortslage Rödgen) = 0,170 km

einschließlich der neugebauten Anschlußstrecken an die Neubaustrecke der Landesstraße 3134 und an die Kreisstraße 173

werden mit Wirkung vom 1. Mai 1989 für den öffentlichen Verkehr gewidmet und Bestandteil der Bundesstraße 3 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —).

2. Die im Zuge der Landesstraße 3134 (Schwalheimer Straße) neugebaute Strecke

- von km 0,641 neu (bei km 0,641 der L 3134 alt)
bis km 0,988 neu (an der B 3 „Frankfurter Landstraße“) = 0,347 km
wird mit Wirkung vom 1. Mai 1989 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3134 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).
3. Die im Zuge der Neubaustrecken der Bundesstraße 3 gelegenen Teilstrecken der Landesstraße 3134
von km 0,941 alt bis km 0,979 alt = 0,038 km
und
von km 0,795 alt bis km 0,817 alt = 0,022 km
haben die Eigenschaft einer Bundesstraße erlangt. Sie werden mit Wirkung vom 1. Mai 1989 zur Bundesstraße aufgestuft und Bestandteil der Bundesstraße 3 (§ 2 Abs. 3 a FStrG).
Die Straßenbaulast für die aufgestuften Strecken geht zum selben Zeitpunkt auf die Bundesrepublik Deutschland über (§ 5 FStrG).
4. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3134
von km 0,641 alt (bei km 0,641 der L 3134 neu)
bis km 0,795 alt = 0,154 km
und
von km 0,979 alt (bei km 0,121 der B 3 neu)
bis km 1,059 alt (an der B 3 „Frankfurter Landstraße“) = 0,080 km

haben die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und werden mit Wirkung vom 1. Mai 1989 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecken geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Bad Nauheim über (§ 43 HStrG).

5. Dis bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3134
von km 0,817 alt
bis km 0,941 alt (bei km 0,105 der B 3 neu) = 0,124 km
ist für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und mit Wirkung vom 1. Mai 1989 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehend genannte Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in 6100 Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 4. April 1989

Hessisches Ministerium
für Wirtschaft und Technik
IV a 54 — 63 a 30

StAnz. 17/1989 S. 953

404

HESSISCHES SOZIALMINISTERIUM

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat März 1989 sind die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen worden:

1. Nr. 201/478 — Tarifvertrag Nr. 550 vom 20. 5. 1988 — gültig ab 1. 7. 1987 — zur Änderung des Prämien-Sortentarif-kommunal (PST).
2. Nr. 201/479 — Tarifvertrag Nr. 551 vom 20. 5. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 5. 1988 — über Zeitlöhne für Waldarbeiter.
3. Nr. 201/480 — Tarifvertrag Nr. 552 vom 20. 5. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 5. 1988 — über Löhne nach dem Prämien-Sortentarif-kommunal (PST) und für sonstige Stücklohnarbeiten für Waldarbeiter.
4. Nr. 201/481 — Tarifvertrag Nr. 553 vom 20. 5. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 3. 1988 — über einen Prämienlohn bei der Holzernte für Waldarbeiter.
5. Nr. 201/482 — Tarifvertrag Nr. 554 vom 20. 5. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 3. 1988 — über einen Prämienlohn bei der Holzernte für Ganzbäume im schwachen Nadelholz für Waldarbeiter.
6. Nr. 201/483 — Tarifvertrag Nr. 555 vom 27. 5. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 6. 1988 — über einen Prämienlohn bei der Holzernte für Waldarbeiter des Forstbetriebes der Stadt Frankfurt am Main.
Zu Nrn. 1. bis 5. betreffend Waldarbeiter der gemeindlichen Forstbetriebe im Lande Hessen.
Zu Nrn. 1 bis 6. Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, sowie Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland.
7. Nr. 201/484 — Lohntarifvertrag Nr. 6 vom 27. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 5. 1988 — für die Waldarbeiter.
8. Nr. 201/485 — Änderungstarifvertrag zum Lohntarifvertrag Nr. 6 vom 30. 6. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 — für die Waldarbeiter.
9. Nr. 201/486 — Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 13 vom 27. 4. 1988 — gültig ab 1. 3. 1988 — für die zum Forstwirt Auszubildenden.
Zu Nrn. 7. bis 9. betreffend Waldarbeiter und Auszubildende der Staatsforste in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein sowie in den Gemeindeforsten Rheinland-Pfalz und Saarland.
Zu Nrn. 7. bis 9. Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Kommunalen Arbeitgeberverband Rheinland-Pfalz sowie Kommunalen Arbeitgeberverband Saar e. V., und Gewerkschaft Gartenbau- Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand, für die Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen, Nordmark und Nordrhein-Westfalen.
10. Nr. 700/2353 — Tarifvertrag vom 6. 5. 1987 — gültig ab 1. 7. 1970/1. 4. 1988 — für Auszubildende in der Berufsausbildung (Mantelbestimmungen).
11. Nr. 700/2354 — Tarifvertrag vom 13. 12. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 — über vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer.
Zu Nrn. 10. und 11. betreffend Arbeitnehmer der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie in Fulda und Umgebung.
Zu Nrn. 10. und 11. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Osthessen e. V., Fulda, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.
12. Nr. 705/533 — Tarifvertrag vom 2. 2. 1989 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer.
13. Nr. 705/534 — Tarifvertrag vom 2. 2. 1989 zur Änderung des Tarifvertrages für die Auszubildenden.
Zu Nrn. 12. und 13. betreffend Arbeitnehmer der Graveure, Galvaniseure, Gürtler und verwandter Berufe im Bundesgebiet und Berlin (West).
Zu Nrn. 12. und 13. Tarifvertragsparteien:
Bundesinnungsverband der Graveure, Galvaniseure, Gürtler und verwandter Berufe, und IG Metall, Vorstand.
14. Nr. 1700/655 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 26. 1. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — für die gewerblichen Arbeit-

- nehmer, Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende für das Tischlerhandwerk im Lande Hessen,
Tarifvertragsparteien:
Landesfachverband Holz- und kunststoffverarbeitendes Handwerk Hessen — Innungsverband für das Tischlerhandwerk, und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz.
15. Nr. 1904b/153 — Entgelttarifvertrag vom 6. 5. 1988 — gültig ab 1. 5. 1988 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der Süßwarenindustrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Vereinigte Arbeitgeberverbände Nahrung und Genuß, Hessen, Rheinland-Pfalz e. V., und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Hessen.
16. Nr. 1905a/57 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 16. 2. 1989 — gültig ab 1. 3. 1989 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende des Fleischerhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Fleischerverband, Landesinnungsverband Hessen, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.
17. Nr. 1907b/411 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 25. 6. 1987 — gültig ab 1. 7. 1987 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
18. Nr. 1907b/412 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 7. 7. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende.
Zu Nrn. 17. und 18. betreffend Arbeitnehmer der milchbe- und verarbeitenden Betriebe — mit Ausnahme der MOHA und ZENTRA Vereinigte Milchwerke GmbH, Frankfurt am Main — im Lande Hessen.
Zu Nrn. 17. und 18. Tarifvertragsparteien:
Vereinigte Arbeitgeberverbände Nahrung und Genuß, Hessen, Rheinland-Pfalz e. V., sowie Arbeitgeberverband der Molkereien und Käsereien in Hessen e. V., und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Hessen.
19. Nr. 1912/412 — Entgelttarifvertrag vom 31. 10. 1988 — gültig ab 1. 10. 1988 — für die gewerblichen Arbeitnehmer, Angestellten sowie Vergütungen für Auszubildende der Brauereien und Mälzereien in Fulda und Umgebung.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Osthessen e. V., Fulda, sowie Brauerei-Tarifgemeinschaft Hessen-Mittelrhein, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt am Main.
20. Nr. 2007a/276 — Gehaltstarifvertrag (Zusatzvertrag 2) vom 11. 1. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — für die Angestellten und Werkmeister.
21. Nr. 2007a/277 — Tarifvertrag vom 11. 1. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — über Vergütungen und zusätzliches Urlaubsgeld für Auszubildende.
Zu Nrn. 20. und 21. betreffend Angestellte und Auszubildende der Schuhindustrie im Lande Hessen.
Zu Nrn. 20. und 21. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Hessischen Schuhindustrie e. V., Sozialpolitischer Ausschuß, Offenbach am Main, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
22. Nr. 2100/1421 — Tarifvertrag vom 20. 12. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989/1. 4. 1990 — über Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für gewerblich Auszubildende des feuerungstechnischen Gewerbes im Bundesgebiet und Land Berlin.
23. Nr. 2100/1422 — Tarifvertrag vom 6. 1. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — zur Änderung des Tarifvertrages über das Sozialkassenverfahren.
24. Nr. 2100/1423 — Tarifvertrag über die Aufteilung des an die tariflichen Sozialkassen des Baugewerbes abzuführenden Gesamtbetrages vom 6. 1. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 —.
25. Nr. 2100/1424 — Tarifvertrag vom 6. 1. 1989 — gültig ab 1. 1. 1989 — zur Änderung des Tarifvertrages über das Verfahren für den Vorruhestand.
26. Nr. 2100/1425 — Tarifvertrag vom 27. 10. 1988 — gültig ab 15. 11. 1988 — zur Änderung des Tarifvertrages über den Vorruhestand.
27. Nr. 2100/1426 — Tarifvertrag vom 27. 10. 1988 — gültig ab 15. 11. 1988 — zur Änderung des Tarifvertrages über das Verfahren für den Vorruhestand.
Zu Nrn. 23. bis 27. betreffend Arbeitnehmer des Baugewerbes im Bundesgebiet und Land Berlin.
Zu Nrn. 22. bis 27. Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Wiesbaden, und IG Bau-Steine-Erden, Frankfurt am Main.
28. Nr. 2500/646 — Tarifvertrag nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 Betriebsverfassungsgesetz vom 7. 10. 1988 — gültig ab 22. 2. 1989 — für die Arbeitnehmer der EDUSCHO GmbH & Co. KG sowie der EDUSCHO Versand GmbH & Co. KG im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
EDUSCHO GmbH & Co. KG sowie EDUSCHO Versand GmbH & Co. KG, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung.
29. Nr. 2501b/427 — Tarifvertrag nach § 3 Abs. 1 (3) Betriebsverfassungsgesetz vom 30. 3. 1987 — gültig ab 11. 1. 1989 — für die Arbeitnehmer der co op SB-Warenhaus und Fachmarkt AG im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
Zentrale Tarifgemeinschaft der co op Unternehmen, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, sowie Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
30. Nr. 2601/394 — Manteltarifvertrag — gültig ab 1. 1. 1988 — für die Journalisten (Wort und Bild) und Angestellten.
31. Nr. 2601/395 — Gehaltstarifvertrag vom 20. 7. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 — für die Arbeitnehmer.
32. Nr. 2601/396 — Urlaubsgeldtarifvertrag vom 20. 7. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 — für die Arbeitnehmer.
Zu Nrn. 30. bis 32. betreffend Arbeitnehmer der Zentralredaktion und deren Außenredaktionen der Reuters AG im Bundesgebiet und Berlin (West).
Zu Nrn. 30. bis 32. Tarifvertragsparteien:
Reuters AG, Frankfurt am Main, und Deutscher Journalistenverband e. V., Bonn, IG Druck und Papier/Deutsche Journalisten-Union, sowie IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst.
33. Nr. 2601/397 — Gehaltstarifvertrag vom 25. 6. 1988 — gültig ab 1. 5. 1988 — für Redakteure und Redaktionsvolontäre an Tageszeitungen im Bundesgebiet und Land Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V. und Deutscher Journalistenverband e. V. sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft.
34. Nr. 2601/398 — Tarifvertrag vom 4. 8. 1988 — gültig ab 1. 5. 1988 — über Gehälter für Redakteure sowie Ausbildungsbeihilfen für Redaktions-Volontäre der Deutschen Presse-Agentur GmbH im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH und Deutscher Journalistenverband e. V., IG Druck und Papier, IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft.
35. Nr. 2702c-4/811 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 38 zum BG-ArbT II vom 5. 7. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 — für die Arbeiter.
36. Nr. 2702c-4/812 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 83 zum BG-AT vom 5. 7. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 — für die Angestellten.
37. Nr. 2702c-4/813 — Monatslohnstarifvertrag Nr. 18 für die Arbeiter vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.

38. Nr. 2702c-4/814 — Vergütungstarifvertrag Nr. 24 für die Angestellten vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
39. Nr. 2702c-4/815 — Änderungstarifvertrag Nr. 7 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 5. 7. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
40. Nr. 2702c-4/816 — Tarifvertrag vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe.
Zu Nrn. 35. bis 40. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
41. Nr. 2702c-4/817 — Tarifvertrag Nr. 130 zur Änderung des Versorgungs-TV vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
42. Nr. 2702c-4/818 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 82 zum BG-AT für die Angestellten vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
43. Nr. 2702c-4/819 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 83 zum BG-AT für die Angestellten vom 5. 7. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 —.
44. Nr. 2702c-4/820 — Änderungstarifvertrag Nr. 3 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
45. Nr. 2702c-4/821 — Vergütungstarifvertrag Nr. 24 für die Angestellten vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
46. Nr. 2702c-4/822 — Änderungstarifvertrag Nr. 7 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 5. 7. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
47. Nr. 2702c-4/823 — Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Auszubildende vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
48. Nr. 2702c-4/824 — Tarifvertrag vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen für Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe.
49. Nr. 2702c-4/825 — Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Praktikantinnen (Praktikanten) vom 12. 11. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
Zu Nrn. 41. bis 49. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
Zu Nrn. 35. bis 49. betreffend Arbeitnehmer der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Bundesgebiet.
Zu Nrn. 35. bis 49. Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
50. Nr. 2702c-6/752 — Änderungstarifvertrag Nr. 44 zum MTL II vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 —.
51. Nr. 2702c-6/753 — 28. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
52. Nr. 2702c-6/754 — 60. Änderungstarifvertrag zum Bundesangestelltentarifvertrag vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 7. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 —.
53. Nr. 2702c-6/755 — Änderungstarifvertrag Nr. 5 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
Zu Nrn. 50. bis 53. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
54. Nr. 2702c-6/756 — 60. Änderungstarifvertrag zum Bundesangestelltentarifvertrag vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 7. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 —.
55. Nr. 2702c-6/757 — Änderungstarifvertrag Nr. 5 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
Zu Nrn. 54. und 55. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
56. Nr. 2702c-6/758 — Änderungstarifvertrag Nr. 44 zum MTL II vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 —.
57. Nr. 2702c-6/759 — 28. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
58. Nr. 2702c-6/760 — 60. Änderungstarifvertrag zum Bundesangestelltentarifvertrag vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 7. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 —.
59. Nr. 2702c-6/761 — Änderungstarifvertrag Nr. 5 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 2. 8. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
Zu Nrn. 56. bis 59. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand.
Zu Nr. 50. bis 59. betreffend Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalten im Bundesgebiet.
Zu Nrn. 50. bis 59. Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
60. Nr. 2702c-6a/1851 — Tarifvertrag Nr. 496 — Siebzehnter Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 142 über die Versorgung der Arbeitnehmer vom 15. 12. 1987 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 7. 1988 —.
61. Nr. 2702c-6a/1852 — Tarifvertrag Nr. 498 — Vergütungstarifvertrag Nr. 25 für die Angestellten vom 22. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
62. Nr. 2702c-6a/1853 — Tarifvertrag Nr. 503 — Entgelttarifvertrag Nr. 2 für Ärzte/Ärztinnen im Praktikum vom 22. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 —.
Zu Nrn. 60. bis 62. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand; Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand; Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand; Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Berlin; Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Berlin; Marburger Bund sowie Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.
63. Nr. 2702c-6a/1854 — Tarifvertrag Nr. 499 — Monatslohntarifvertrag Nr. 18 für die Arbeiter vom 22. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
64. Nr. 2702c-6a/1855 — Tarifvertrag Nr. 500 — Achtzehnter Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 290 für die Kraftfahrer vom 22. 4. 1988 — gültig ab 1. 3. 1988 —.
Zu Nrn. 63. und 64. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand; Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand sowie Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.
65. Nr. 2702c-6a/1856 — Tarifvertrag Nr. 501 zur Änderung des Tarifvertrages Nr. 214 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand; Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand; Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand; Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Berlin sowie der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.
66. Nr. 2702c-6a/1857 — Tarifvertrag Nr. 502 — Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 12 vom 22. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand; Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand; Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand; Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Berlin; Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Berlin sowie Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.
67. Nr. 2702c-6a/1858 — Tarifvertrag Nr. 504 über den Rationalisierungsschutz für Angestellte vom 25. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand; Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand; Gewerkschaft

- der Sozialversicherung, Bundesvorstand sowie Marburger Bund.
68. **Nr. 2702c-6a/1859** — Tarifvertrag Nr. 504 über den Rationalisierungsschutz für Angestellte vom 25. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Landesverband Berlin; Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Berlin sowie Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.
69. **Nr. 2702c-6a/1860** — Tarifvertrag Nr. 505 über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter vom 25. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie Gewerkschaft der Sozialversicherung, Bundesvorstand.
70. **Nr. 2702c-6a/1861** — Tarifvertrag Nr. 505 über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter vom 25. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund.
Zu Nrn. 60. bis 70. betreffend Arbeitnehmer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet.
Zu Nrn. 60. bis 70. Tarifvertragsparteien:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte sowie vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
71. **Nr. 2702c-22/197** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 74 zum EKT (Anlage 8) vom 5. 1. 1989 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
72. **Nr. 2702c-22/198** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 75 zum EKT (Anlage 7a) vom 5. 1. 1989 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
Zu Nrn. 71. und 72. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand.
73. **Nr. 2702c-22/199** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 74 zum EKT (Anlage 8) vom 5. 1. 1989 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
74. **Nr. 2702c-22/200** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 75 zum EKT (Anlage 7a) vom 5. 1. 1989 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
Zu Nrn. 73. und 74. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
Zu Nr. 71. bis 74. betreffend Arbeitnehmer der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse im Bundesgebiet.
Zu Nrn. 71. bis 74. Tarifvertragsparteien:
Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
75. **Nr. 2804/787** — Tarifvertrag Nr. 388 vom 22. 6. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 — zur Änderung der Tarifverträge für die Arbeiter, Angestellten sowie Auszubildenden (u. a. Arbeitszeit), abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand.
76. **Nr. 2804/788** — Tarifvertrag Nr. 388 vom 24. 6. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988/1. 4. 1989/1. 4. 1990 — zur Änderung der Tarifverträge für die Arbeiter, Angestellten sowie Auszubildenden (u. a. Arbeitszeit), abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband, Bundeshauptvorstand sowie der Christlich-demokratischen Postgewerkschaft, Hauptvorstand.
Zu Nrn. 75. und 76. betreffend Arbeitnehmer der Deutschen Bundespost im Bundesgebiet.
Zu Nrn. 75. und 76. Tarifvertragsparteien:
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
77. **2807/133** — Tarifvertrag vom 19. 7. 1988 — gültig ab 1. 8. 1988 — über Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer sowie Vergütungen für Auszubildende des Tankstellen- und Garagen- und Parkhausgewerbes sowie der Autopflegestationen im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Fachverband Tankstellen- und Garagengewerbe im VKT Hessen e. V., und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirk Hessen.
78. **Nr. 2807b/113** — Tarifvertrag Nr. 12 vom 30. 5. 1988 — gültig ab 1. 5. 1988 — zur Änderung und Wiederinkraftsetzung des Lohntarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer.
79. **Nr. 2807b/114** — Tarifvertrag Nr. 12 vom 30. 5. 1988 — gültig ab 1. 5. 1988 — zur Änderung und Wiederinkraftsetzung des Gehaltstarifvertrages für die Angestellten.
80. **Nr. 2807b/115** — Tarifvertrag Nr. 8 vom 30. 5. 1988 — gültig ab 1. 5. 1988 — zur Änderung und Wiederinkraftsetzung des Tarifvertrages über Ausbildungsvergütungen.
Zu Nr. 78. bis 80. betreffend Arbeitnehmer des privaten Personenverkehrs mit Omnibussen im Lande Hessen.
Zu Nrn. 78. bis 80. Tarifvertragsparteien:
Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
81. **Nr. 2808/1040** — Vergütungstarifvertrag Nr. 4 vom 12. 7. 1988 — gültig ab 1. 6. 1988 — für die Arbeitnehmer der MUC AIR SERVICES GmbH im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
MUC AIR SERVICES GmbH, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
82. **Nr. 2808/1041** — Gehaltstarifvertrag Nr. 3 vom 4. 7. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 — für die Arbeitnehmer der TAP AIR Portugal im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
TAP AIR Portugal, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
83. **Nr. 2808/1042** — Gehaltstarifvertrag Nr. 13 vom 4. 7. 1988 — gültig ab 1. 4. 1988 — für die Arbeitnehmer der Flying Tiger Line, Inc. im Bundesgebiet und Berlin (West).
Tarifvertragsparteien:
The Flying Tiger Line, Inc. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
84. **Nr. 2808/1043** — Gehaltstarifvertrag Nr. 20 vom 18. 7. 1988 — gültig ab 1. 4. 1988 — für die Arbeitnehmer.
85. **Nr. 2808/1044** — Gehaltstarifvertrag Nr. 23 vom 18. 7. 1988 — gültig ab 1. 4. 1988 — für die Flugbegleiter.
Zu Nrn. 84. und 85. betreffend Arbeitnehmer der British Airways PLC im Bundesgebiet und Berlin (West).
Zu Nrn. 84. und 85. Tarifvertragsparteien:
British Airways PLC und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
86. **Nr. 3001/3954** — Tarifvertrag Nr. 548 vom 28. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 — über die Löhne für Arbeiter im Fahrdienst der Nahverkehrsbetriebe im Lande Hessen.
87. **Nr. 3001/3955** — Tarifvertrag Nr. 549 vom 28. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 — über die Erhöhung der HGTA-V-Gehälter für die Angestellten in Versorgungs- und Verkehrsbetrieben im Lande Hessen.
Zu Nrn. 86. und 87. Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
88. **Nr. 3001d/235** — Vergütungstarifvertrag für die Angestellten und Arbeiter vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
89. **Nr. 3001d/236** — Tarifvertrag zur Regelung der Vergütungen für Praktikanten vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
90. **Nr. 3001d/237** — Ausbildungsvergütungstarifvertrag vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
Zu Nrn. 88. bis 90. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
91. **Nr. 3001d/238** — Tarifvertrag vom 12. 7. 1988 — gültig ab 1. 8. 1988 — zur Änderung des Manteltarifvertrages Nr. 2 für die Arbeitnehmer.
92. **Nr. 3001d/239** — Ausbildungsvergütungstarifvertrag vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
93. **Nr. 3001d/240** — Tarifvertrag zur Regelung der Vergütungen für Praktikanten vom 14. 4. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 —.
94. **Nr. 3001d/241** — Tarifvertrag nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 Betriebsverfassungsgesetz vom 1. 3. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 —.
Zu Nrn. 91. bis 94. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
Zu Nrn. 88. bis 94. betreffend Arbeitnehmer des Internationalen Bundes für Sozialarbeit — Jugendsozialwerk e. V.

- Zu Nrn. 88. bis 94. Tarifvertragsparteien:
Internationaler Bund für Sozialarbeit — Jugendsozialwerk e. V., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
95. **Nr. 3001d/242** — Änderungstarifvertrag Nr. 7 vom 5. 7. 1988 — gültig ab 1. 4. 1989/1. 4. 1990 — zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter (Arbeitszeit).
96. **Nr. 3001d/243** — Änderungstarifvertrag Nr. 7 vom 5. 7. 1988 — gültig ab 1. 4. 1989/1. 4. 1990 — zum Manteltarifvertrag für die Angestellten (Arbeitszeit).
Zu Nrn. 95. und 96. betreffend Arbeiter und Angestellte der Friedrich-Ebert-Stiftung im Bundesgebiet.
Zu Nrn. 95. und 96. Tarifvertragsparteien:
Friedrich-Ebert-Stiftung, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
97. **Nr. 3001f/172** — Änderungstarifvertrag Nr. 8 vom 31. 5. 1988 — gültig ab 1. 7. 1989 — zum Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer.
98. **Nr. 3001f/173** — Änderungstarifvertrag Nr. 11 vom 31. 5. 1988 — gültig ab 1. 1. 1988 — zum Manteltarifvertrag Nr. 2 für die Auslandsmitarbeiter.
99. **Nr. 3001f/174** — Vergütungstarifvertrag Nr. 11 vom 31. 5. 1988 — gültig ab 1. 4. 1988 — für die Auslandsmitarbeiter.
100. **Nr. 3001f/175** — Vergütungstarifvertrag Nr. 12 vom 31. 5. 1988 — gültig ab 1. 4. 1988 — für die Arbeitnehmer.
Zu Nrn. 97. bis 100. betreffend Arbeitnehmer der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH.
Zu Nrn. 97. bis 100. Tarifvertragsparteien:
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH, Eschborn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
101. **Nr. 3002a/689** — Vergütungstarifvertrag vom 18. 5. 1988 — gültig ab 1. 3. 1988 — für die Arbeitnehmer der Stiftung Deutsche Klinik für Diagnostik GmbH.
Tarifvertragsparteien:
Stiftung Deutsche Klinik für Diagnostik GmbH, Wiesbaden, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt am Main.
102. **Nr. 3004/878** — Tarifvertrag vom 5. 10. 1988 — gültig ab 1. 7. 1988 — über die Erhöhung der Gehälter sowie Vergütungen für Auszubildende.
103. **Nr. 3004/879** — Tarifvertrag über die Tarifrrente vom 5. 10. 1988 —.
104. **Nr. 3004/880** — Protokollnotiz vom 5. 10. 1988 — zum Tarifvertrag über die Erhöhung der Gehälter.
Zu Nrn. 102. bis 104. betreffend Arbeitnehmer des Hessischen Rundfunks, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main.
Zu Nrn. 102. bis 104. Tarifvertragsparteien:
Hessischer Rundfunk, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen; Deutsche Orchestervereinigung e. V.; Hessischer Journalistenverband e. V.; IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst sowie Rundfunk-Fernseh-Film-Union.
- Bindenden Festsetzungen für die in Heimarbeit Beschäftigten**
105. **Nr. H-1207/91** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die Herstellung von Uniformausstattungsgegenständen und leonischen Erzeugnissen anderer Art in Heimarbeit vom 18. 10. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 — (BAnz. S. 401).
106. **Nr. H-1207/92** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung zur Regelung des Urlaubs der mit der Herstellung von Posamenten, Uniformausstattungsgegenständen und textilen Aufmachungsarbeiten in Heimarbeit Beschäftigten vom 18. 10. 1988 — gültig ab 1. 1. 1990 (BAnz. S. 404).
107. **Nr. H-1207/93** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Arbeitszeiten und Entgelten für textile Aufmachungsarbeiten in Heimarbeit vom 18. 10. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 404).
108. **Nr. H-1207/94** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Posamenten in Heimarbeit vom 18. 10. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 401).
Zu Nrn. 105. bis 108. beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Posamenten und Uniformausstattungsgegenständen.
109. **Nr. H-2000/1278** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und anderen Vertragsbedingungen in der Herstellung von Handschuhen (ausgenommen Lederhandschuhe) in Heimarbeit vom 4. 10. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Handschuhen (ausgenommen Lederhandschuhe) (BAnz. S. 5451).
110. **Nr. H-2001/285** — Bindende Festsetzung von Fertigungszeiten, Entgelten und Kostenzuschlägen für die in der Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen in Heimarbeit Beschäftigten vom 2. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 135).
111. **Nr. H-2001/286** — Bindende Festsetzung von Fertigungszeiten, Entgelten und Kostenzuschlägen für die in der Herstellung von Heimtextilien, Verbandmitteln, Erste-Hilfe-Material, Strümpfen und Taschentüchern in Heimarbeit Beschäftigten vom 2. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 136).
112. **Nr. H-2001/287** — Bindende Festsetzung über Urlaub, Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen, Taschentüchern, Strümpfen, Heimtextilien, Verbandmitteln und Erste-Hilfe-Material in Heimarbeit vom 2. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 136).
113. **Nr. H-2001/288** — Gleichstellung von Hausgewerbetreibenden, anderen im Lohnauftrag arbeitenden Gewerbetreibenden und Zwischenmeistern in der Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen vom 2. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 430).
114. **Nr. H-2001/289** — Bindende Festsetzung von Entgelten und Kostenzuschlägen für die in der Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen beschäftigten Gleichgestellten vom 2. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 498).
115. **Nr. H-2001/290** — Bindende Festsetzung von Fertigungszeiten und sonstigen Vertragsbedingungen für die in der Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen beschäftigten Gleichgestellten vom 2. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 498).
116. **Nr. H-2001/291** — Bindende Festsetzung von Fertigungszeiten, Entgelten und Kostenzuschlägen für die in der Herstellung von Gardinen und Vorhängen einschließlich Rollos in Heimarbeit Beschäftigten vom 2. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 43).
Zu Nrn. 110. bis 116. beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen, von Heimtextilien, Verbandstoffen und Schirmen.
117. **Nr. H-2002/205** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die mit der Herstellung von Pelzbekleidung sowie der Be- und Verarbeitung von Rauchwaren in Heimarbeit Beschäftigten vom 9. 9. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 609).
118. **Nr. H-2002/206** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung über den Urlaub für die mit der Herstellung von Pelzbekleidung sowie der Be- und Verarbeitung von Rauchwaren in Heimarbeit Beschäftigten vom 9. 9. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 (BAnz. S. 611).
Zu Nrn. 117. und 118. beschlossen vom Heimarbeitsausschuß für die Herstellung, Be- und Verarbeitung von Rauchwaren.
119. **Nr. H-2603i/31** — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für Adressenschreiben, Abschreibearbeiten und ähnliche Arbeiten in Heimarbeit vom 8. 11. 1988 — gültig ab 1. 1. 1989 —, beschlossen vom Heimarbeitsausschuß

für Adressenschreiben, Abschreibearbeiten und ähnliche Arbeiten (BAnz. S. 611).

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 6. April 1989

Hessisches Sozialministerium
I A 3 — 3607 — 55 e
StAnz. 17/1989 S. 954

405

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Richtlinien für die Auswahl und Anerkennung von „Staatsprämiestuten“

Bezug: Erlaß vom 17. Juli 1984 (StAnz. S. 1499)

Die Durchführung von Leistungsprüfungen und darauf aufbauende konsequente Selektionsmaßnahmen sind für die hessische Pferdezucht von zunehmender Bedeutung. Um die derzeitige Zuchtbasis zu festigen und zu erweitern, können leistungsgeprüfte Zuchtstuten das Prädikat „Staatsprämiestute“ erhalten. Über die Verleihung wird eine Urkunde (Anlage) ausgestellt. Als Erstattung seiner besonderen Aufwendungen wird dem Eigentümer eine Geldprämie bis zu 500,— DM für Reitpferdestuten bzw. bis zu 300,— DM für Stuten anderer Rassen gezahlt. Außerdem erhält der Eigentümer der Stute eine Stallplakette in Form eines Hufeisens. Das Hufeisen ist auf einer Messingplatte angebracht, auf der das Landeswappen abgebildet ist. Über dem Wappen ist die Gravur „Hessisches Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ und unterhalb des Wappens „Hessische Staatsprämiestute“ sowie die entsprechende Jahreszahl angebracht.

Für die Vergabe der Auszeichnung „Staatsprämiestute“ müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

1. Der Eigentümer der Stute muß in Hessen seinen Wohnsitz haben und Mitglied einer in Hessen nach dem Tierzuchtgesetz anerkannten Pferdezüchtervereinigung sein.
2. Die Stute muß
 - 2.1 in das Hauptstutbuch einer anerkannten Züchtervereinigung eingetragen und
 - 2.2 bei der Eintragung in das Zuchtbuch mit mindestens der Durchschnittsnote 7,0 bewertet worden sein sowie
 - 2.3 in drei Zuchtjahren mindestens zwei Fohlen, die 28 Tage alt wurden, aufgezogen haben. Diese Leistung ist von Zuchtstuten, die nicht im Turniersport eingesetzt wurden, in aufeinanderfolgenden Zuchtjahren bis zum siebenten Lebensjahr zu erbringen.
3. Über die in Ziff. 1. und 2. aufgeführten allgemeinen Bedingungen hinaus müssen bei den einzelnen Rassen folgende Leistungsnachweise vorliegen:
 - 3.1 **Reitpferderassen**
 - 3.1.1 Erfolgreich abgelegte Eigenleistungsprüfung auf Station (30-Tage-Test) gemäß der Richtlinie des Verbandes Hessischer Pferdezüchter e. V. vom 1. Januar 1988 oder
 - 3.1.2 bestandene Eigenleistungsprüfung nach §§ 330 bis 333 sowie 340 und 341 der Leistungsprüfungsordnung (LPO) der Deutschen Reiterlichen Vereinigung e. V. (FN) mit einer Wertzahl von mindestens 6,0 oder
 - 3.1.3 Plazierungen im Turniersport mindestens dreimal an erster bis dritter Stelle in Dressur-, Spring- oder Vielseitigkeitsprüfungen der Klasse „L“ oder höher.
 - 3.2 **Deutsches Kaltblut**
Eigenleistungsprüfung nach den in Nr. 4 der Anlage der Verordnung über die Körung von Hengsten vom 20. August 1979 (BGBl. I S. 1490) festgesetzten Anforderungen.
 - 3.3 **Reitponyrassen (Deutsches Reitpony, Connemara, New Forest, Welsh)**
 - 3.3.1 Erfolgreich abgelegte Eigenleistungsprüfung auf Station gemäß der Richtlinie des Verbandes der Ponyzüchter Hessen e. V. vom 5. März 1988 oder
 - 3.3.2 Eigenleistungsprüfung auf den Mindestleistungsstrecken nach den in Nr. 5 der Anlage zur o. a. Verordnung festgesetzten Anforderungen, wobei die Grundgangarten mit der Note „befriedigend (= 6,0)“ oder besser bewertet wurden, oder
 - 3.3.3 Nachweise nach Ziff. 3.1.2 oder 3.1.3. Bei der Prüfung auf Mindestleistung gelten die in Nr. 5 der Anlage zur o. a. Verordnung festgesetzten Anforderungen.
 - 3.4 **Kleinpferderassen Haflinger und Fjordpferd**
Eigenleistungsprüfung unter dem Sattel oder im Geschirr nach den Bedingungen der Ziff. 3.1.2, 3.1.3, 3.2 oder 3.3. Bei

der Prüfung auf Mindestleistung gelten die in Nr. 5 der Anlage zur o. a. Verordnung festgesetzten Anforderungen.

3.5 Islandponys

- 3.5.1 Erfolgreich abgelegte Töltprüfung nach Ziff. 1.4 der Islandpony-Prüfungsordnung (IPO) der Islandpferde-Züchter und Besitzer-Vereinigung (IPZV) mit mindestens 60 Punkten.
- 3.5.2 Erfolgreich abgelegte FEIF-Prüfung nach den Bestimmungen der Föderation Europäischer Islandpferde-Freunde vom 2. September 1974 mit einer Mindestnote von 7,5.

Die in Hessen anerkannten Pferdezüchtervereinigungen teilen dem Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung in Kassel (= Landesamt) die in Frage kommenden Stuten bis zum 30. September eines jeden Jahres mit und legen gleichzeitig die notwendigen Unterlagen vor.

Das Landesamt prüft die Richtigkeit der Unterlagen, stellt Urkunden aus und übersendet diese zusammen mit den Stallplaketten den Stutenbesitzern oder übergibt sie bei zentralen Veranstaltungen. Sofern ein Vertreter des Ministeriums anwesend ist, nimmt dieser die Übergabe vor.

Der Erlaß vom 17. Juli 1984 wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 22. März 1989

Hessisches Ministerium
für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
IV A 3 — 82 b — 08 — 4725/89
— Gült.-Verz. 84 —
StAnz. 17/1989 S. 959

Anlage

(Hessisches Landeswappen)
(vierfarbig)

URKUNDE

Der Stute		H
Vater	Mutter	
geboren am		
Züchter		
Besitzer		
	wird das Prädikat	
	STAATSPRÄMIESTUTE	
verliehen.		
Kassel,		
Im Auftrag des		
Hessischen Ministeriums		
für Landwirtschaft,		
Forsten und Naturschutz		
Hessisches Landesamt		
für Ernährung, Landwirtschaft		
und Landentwicklung		
(Präsident)		

406

Flurbereinigung Kirchhain, Landkreis Marburg-Biedenkopf

Am 24. Oktober 1988 ist vom Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abt. Landentwicklung — folgender Flurbereinigungsbeschuß erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Flurbereinigungsbeschuß wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, 20. Februar 1989

**Hessisches Ministerium
für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz**
II C 4 — LK. 50.0 Marburg
(Kirchhain II) — 6385/88

StAnz. 17/1989 S. 960

Flurbereinigungsbeschuß

1. Auf Grund des § 87 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) wird für die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke in Teilen der Gemarkungen Kirchhain, Langenstein und Amöneburg die Flurbereinigung angeordnet. Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von ca. 729 ha. Eine Waldfläche ist nicht enthalten. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen grünen bzw. orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.
3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:
„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Kirchhain II“
mit dem Sitz in 3575 Kirchhain,
Landkreis Marburg-Biedenkopf.
Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung in 3550 Marburg, Biegenstraße 36, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.
Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.
5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Ziff. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung erforderlich:
 - a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
 - b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
 - c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
 - d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Abs. a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Abs. c) vorgenommen worden, so muß das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Abs. d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in den Städten Kirchhain und Amöneburg und in der an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden Gemeinde Stadallendorf öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschuß mit der Begründung und mit der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Stadtverwaltungen 3575 Kirchhain, Markt 6—8 (Rathaus), Zimmer 15, und 3572 Amöneburg, Am Marktplatz (Rathaus), Zimmer 9, und in der an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden o. g. Gemeinde zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 24. Oktober 1988

**Hessisches Landesamt
für Ernährung,
Landwirtschaft und Landentwicklung**
327 — F 942 Kirchhain II 9200/88

Anlage 1

Dem Flurbereinigungsverfahren unterliegen folgende Grundstücke:

Gemarkung Kirchhain

Flur 8 Flurstücke 7, 8 und 56/9

Flur 12 Flurstück 55

Flur 15 **ganz**, ausgenommen die Flurstücke 31/1, 33/1, 36, 37, 38/1, 38/2, 38/3, 38/4, 38/5, 38/6, 41/1, 43, 44, 127, 128, 130/2, 130/3, 130/4, 142, 143 und 157/40

Flur 16 **ganz**

Flur 17 **ganz**

Flur 18 **ganz**

Flur 19 **ganz**

Gemarkung Langenstein

Flur 8 Flurstück 60

Flur 12 Flurstück 17

Flur 13 **ganz**, ausgenommen die Flurstücke 1 bis 4, 51/1, 51/2, 51/3, 52 und 53

Flur 14 **ganz**

Flur 15 **ganz**

Gemarkung Amöneburg

Flur 5 Flurstücke 48 bis 69, 70/1, 70/2, 71 bis 73, 76 bis 78

Flur 6 Flurstücke 1 bis 4, 8 bis 25, 26/1, 26/2, 27 bis 36, 38 bis 55, 57 bis 71, 72/1, 73 bis 85, 86/1, 87/1, 87/2, 88/1, 88/2, 88/3, 89 bis 105, 107 bis 109, 123/1, 157, 236 bis 238, 239/1, 239/2, 240 bis 243, 244/1, 244/2, 254 bis 256

Flur 7 **ganz**

Flur 8 Flurstücke 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 2/1, 9, 11/1, 27 bis 31, 33/1, 34, 36/3, 37, 38, 44/1, 45 bis 47, 49/1, 50/3, 50/4, 51/1, 60, 61

Flur 9 **ganz**, ausgenommen die Flurstücke 43 bis 45.

407

Flurbereinigung Neuental, Schwalm-Eder-Kreis

Am 30. Januar 1989 ist vom Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abteilung Landentwicklung — folgender Änderungsbeschuß erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Änderungsbeschuß wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, 20. Februar 1989

**Hessisches Ministerium
für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz**
II C 4 — LK. 50.0 Kassel
(Neuental) — 659/89

StAnz. 17/1989 S. 960

Änderungsbeschuß Nr. 1

Im Flurbereinigungsverfahren Neuental, Schwalm-Eder-Kreis, wird der Flurbereinigungsbeschuß vom 20. Juli 1983 (StAnz. S.

1910) auf Grund des § 8 Abs. 2 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1777), wie folgt geändert:

1. Die in der Anlage 1 unter a) aufgeführten Grundstücke der

Gemarkung Römersberg	in Größe von rd. 197 ha
Gemarkung Zimmersrode	in Größe von rd. 24 ha
Gemarkung Gilsa	in Größe von rd. 6 ha
Gemarkung Bischhausen	in Größe von rd. 1 ha
Gemarkung Waltersbrück	in Größe von rd. 1 ha
Gemarkung Schlierbach	in Größe von rd. 12 ha
Gemarkung Elnrode-Strang	in Größe von rd. 1 ha mit insgesamt 242 ha

werden zu dem Flurbereinigungsverfahren Neuental zugezogen.

2. Die in der Anlage 1 unter Buchst. b) aufgeführten Grundstücke der

Gemarkung Bischhausen	in Größe von rd. 1 ha
Gemarkung Waltersbrück	in Größe von rd. 2 ha
Gemarkung Schlierbach	in Größe von rd. 14 ha mit insgesamt 17 ha

werden aus dem Flurbereinigungsverfahren Neuental ausgeschlossen.

3. Bei Berücksichtigung der unter Nrn. 1. und 2. aufgeführten Änderungen umfaßt das Flurbereinigungsgebiet Neuental eine Fläche von nunmehr rd. 1 184 ha, worin eine Waldfläche von rd. 107 ha enthalten ist.

4. In der nachrichtlich beiliegenden Gebietskarte ist

- die Änderung des Flurbereinigungsgebietes durch Darstellung der zugezogenen Grundstücke in gelber und der ausgeschlossenen Grundstücke in blauer Farbe,
- die Gemeindegrenze in roter Farbe,
- die Gemarkungsgrenze in grüner Farbe
- und die Grenze des Flurbereinigungsgebietes, soweit sie von der Gemeinde- bzw. Gemarkungsgrenze abweicht, mit einem orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

5. Die bisherige Bezeichnung des Verfahrens und der Name der Teilnehmergeinschaft werden durch den Zusatz — A 49 ergänzt und lauten nunmehr:

Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung
von Neuental — A 49.

6. Im Sitz der Teilnehmergeinschaft tritt durch diesen Änderungsbeschluß keine Änderung ein.
7. Für die unter Nr. 1. zugezogenen Grundstücke werden die Beteiligten nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die nicht aus dem Grundbuch ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, 3500 Kassel, anzuzeigen.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

8. Die im Flurbereinigungsbeschluß vom 20. Juli 1983 angeordneten Nutzungseinschränkungen gemäß § 34 bzw. § 85 Ziff. 5 FlurbG werden hiermit für die ausgeschlossenen Grundstücke aufgehoben.

Für die zugezogenen Grundstücke ist nach § 34 bzw. § 85 Ziff. 5 FlurbG von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze

beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;

- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Abs. a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Abs. c) vorgenommen worden, so muß die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Abs. d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

9. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Neuental und in den an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden Gemeinden Borken, Schwalmstadt, Jesberg, Zwosten öffentlich bekanntgemacht.

Gleichzeitig wird der Änderungsbeschluß mit Begründung und mit der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten zwei Wochen lang bei der Gemeindeverwaltung Neuental Rathaus, Hauptstraße 8, 3585 Neuental, und in den an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden o. g. Gemeinden ausgelegt.

Wiesbaden, 30. Januar 1989

**Hessisches Landesamt
für Ernährung,
Landwirtschaft und Landentwicklung**
327 — F 842 Neuental A 49 — 797/89

Anlage 1

Verzeichnis zum Änderungsbeschluß Nr. 1 von Neuental — A 49

über die vom Flurbereinigungsverfahren Neuental — A 49 nachträglich zugezogenen bzw. ausgeschlossenen Grundstücke

- a) Es werden folgende Grundstücke zugezogen:

Gemarkung Schlierbach

Flur 8 Nrn. 98/1, 103/3, 110/1

Flur 11 Nrn. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 140/0, 131, 141/131, 142/131, 143/131, 132, 133/1, 134, 135, 136, 137, 139

Gemarkung Waltersbrück

Flur 10 Nr. 53/1

Gemarkung Bischhausen

Flur 4 Nr. 87

Gemarkung Zimmersrode

Flur 1 Nrn. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13/1, 13/2, 14, 96, 97, 98, 99, 100, 105/1, 106, 119, 120

Flur 2 Nrn. 1/3, 10, 11, 12, 43/1, 44/2, 45/1

Flur 7 Nr. 50

Flur 8 Nrn. 41, 42, 43/1

Gemarkung Gilsa

Flur 2 Nrn. 22, 23

Flur 3 Nrn. 1, 4, 10, 14

Gemarkung Römersberg

Flur 1 Nrn. 4, 11, 12, 14/1, 88/1, 89, 90, 91/2, 113, 114, 115, 116

Flur 2 Nrn. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23/1, 23/2, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 91/32, 92/32, 93/32, 33, 34/3, 34/4, 35/5, 34/6, 34/7, 89/37, 90/37, 38, 39, 40, 41, 42, 45/1, 45/2, 45/3, 46, 47, 48, 94/49, 95/49, 96/49, 97/49, 50/1, 50/2, 51, 52, 53, 54, 100/55, 101/55, 102/55, 103/55, 56, 57, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 82, 83, 84, 85, 87, 88

Flur 5 ganz im Verfahren

Gemarkung Elnrode-Strang

Flur 3 Nrn. 119/18, 79

b) Es werden folgende Grundstücke ausgeschlossen:

Gemarkung Schlierbach

Flur 5 Nrn. 24, 25, 26, 27, 28, 61/1, 65/1, 65/2, 65/3, 65/4, 65/5, 65/6, 65/8, 145/66, 146/66, 76/1, 76/2, 76/3, 98

Flur 7 Nrn. 136/23, 138/23, 139/23, 113/24, 134/25, 137/25, 26/1, 26/2, 27/1, 29/1, 29/2, 32/1, 80/4

Flur 8 Nrn. 128/50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57/1, 57/2, 57/3, 57/5, 57/6, 58, 59, 122/60, 123/60, 61/1, 61/4, 61/5, 61/6, 61/8,

61/9, 61/10, 61/11, 62/1, 63/1, 63/2, 63/5, 63/6, 63/7, 63/8, 63/9, 63/10, 64, 104/1, 105/1, 105/2, 105/3, 105/4, 106/1, 107/1, 108, 112, 113, 114/1

Gemarkung Waltersbrück

Flur 8 Nrn. 6, 9/4, 11/5

Flur 9 Nrn. 27/1, 28, 29/2, 30, 31

Gemarkung Bischhausen

Flur 4 Nrn. 22, 23, 24, 25/1, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35/2

408

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern bei der Vollzugspolizei des Regierungspräsidenten in Kassel

ernannt:

zur **Polizeimeisterin** Polizeimeisterin z. A. (BaP) Jutta Lindenthal, KK Bad Hersfeld (1. 4. 89).

Kassel, 4. April 1989

Regierungspräsidium Kassel
13 K — 8 b 24 01**beim Hessischen Wasserschutzpolizeiamt**

ernannt:

zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Hans-Jürgen Hartmann (1. 4. 89);zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Georg Pyrlík (1. 4. 89);zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaP) Stephan Opitz, Alexander Lorch, Peter Zimmermann (sämtlich 1. 4. 89);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage **Polizeihauptmeister** (BaL) Manfred Ottens (1. 4. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die **Polizeiobermeister** (BaP) Andreas Heinzeroth (28. 1. 89), Stephan Lill (9. 2. 89);

in den Ruhestand versetzt:

Polizeihauptmeister (BaL) Peter Lösel (31. 1. 89).

Mainz-Kastel, 5. April 1989

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt
S II/1 — 5113 — 1552/89**beim Polizeipräsidium in Darmstadt**

ernannt:

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Peter Karl Ernst Herzig, Heinrich Philipp Berg (beide 1. 4. 89);zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Jürgen Reibold, Rolf Roth, Peter Vetter, Günter Schwäch (sämtlich 1. 4. 89);zu **Kriminalhauptmeisterinnen** die Kriminalobermeisterinnen (BaL) Sabine Herrmann, Rita Pottharst (1. 4. 89);zum **Kriminalhauptmeister** Kriminalobermeister (BaL) Michael Groß (1. 4. 89);zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Michael Asel, Michael Dräger, Reiner Ralf Ligeika, Andreas Schmidt, die Polizeimeister (BaP) Bernd Hansmann, Richard Krist, Axel Wirth (sämtlich 1. 4. 89);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage: die **Polizeihauptmeister** (BaL) Otto Kliebhan, Reiner Reinhardt (beide 1. 4. 89), **Kriminalhauptmeister** (BaL) Karl Peter Schöll (1. 4. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die **Polizeiobermeister** (BaP) Klaus Peter Ackermann (1. 12. 88), Joachim Hans Klentzky (5. 12. 88), Thomas JoachimKarolewicz (3. 1. 89), Jürgen Adalbert Brunnengräber (20. 3. 89), Roland Anton Fischer (25. 3. 89), Geo Beringer, Rainer Berlieb (beide 28. 3. 89), **Polizeimeisterin** (BaP) Gabriele Charlotte Maria Rettig (22. 1. 89), die **Polizeimeister** (BaP) Dirk Zehe (31. 1. 89), Friedrich Gerhard Endres (16. 2. 89), Hans-Werner Schäfer (8. 3. 89), Oliver Heß (1. 4. 89);

in den Ruhestand getreten:

Polizeihauptmeister (BaL) Hermann Schmidt (30. 11. 88);

in den Ruhestand versetzt:

Polizeioberkommissar (BaL) Lothar Rieger (28. 2. 89), **Polizeihauptmeister** (BaL) Rudolf Lortz (31. 1. 89), die **Kriminalhauptmeister** (BaL) Rolf Nischwitz (31. 1. 89), Werner Hartmann (28. 2. 89);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Polizeimeisterin (BaP) Mirka Günther (2. 4. 89).

Darmstadt, 4. April 1989

Der Polizeipräsident
P III — PA — 8 b 7**beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalhauptmeister (BaP) Bernd Schanze (14. 3. 89), **Kriminalobermeister** (BaP) Peter Schneider (14. 3. 89), die **Polizeiobermeister** (BaP) Bernhard Groß (17. 3. 89), Peter Hessel (28. 3. 89), Michael Kaspar (31. 3. 89), die **Polizeimeister/in** (BaP) Wolfgang Kirchner (7. 3. 89), Michael Michel (17. 3. 89), Johann Schlosser (21. 3. 89), Karin Janßen (25. 3. 89);

versetzt:

vom **Polizeipräsidenten** in Bonn **Polizeiobermeister** (BaP) Rainer Hartmann (1. 4. 89).

Frankfurt am Main, 4./6. April 1989

Der Polizeipräsident
P III/12/13

StAnz. 17/1989 S. 962

F. Im Bereich des Hessischen Kultusministeriums**beim Regierungspräsidium Darmstadt****in Gymnasien**

ernannt:

zum **Studiendirektor als ständigem Vertreter des Leiters eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums** **Studiendirektor** (BaL) Hermann Holzer, Offenbach (7. 12. 88);zu **Oberstudienräten/innen** die **Studienräte/innen** (BaL) Gerhard-Emil Petter, Darmstadt (7. 12. 88), Klaus-Jürgen Rupp, Frankfurt, Ingrid Koch, Freigericht, Helga Burckhausen, Frankfurt (sämtlich 1. 4. 89);zu **Studienräten/innen** (BaL) die **Studienräte/innen** z. A. (BaP) Günter Pichler, Dietzenbach (20. 1. 89), Dr. Gert Holzappel, Erbach (31. 1. 89), Maren Lentz, Griesheim (26. 1. 89), Mark Büttenbender, Darmstadt (9. 2. 89), Reinhold Stein, Schlüchtern (13. 2. 89), Gabriele Strahler, Wiesbaden (6. 3. 89), Reinhard Stemberg, Rüsselsheim (2. 2. 89), Günther Pörtner, Wiesbaden, Claudia Matthias, Babenhausen, Rainer Sömisich, Gernsheim, Michael Ruppertsberg, Groß-Gerau, Edith Brill,

Frankfurt, Ellen Schneider, Rüsselsheim (sämtlich 1. 2. 89), Peter Arno Hell, Offenbach, Klaus Stumpf, Konradsdorf (beide 1. 3. 89);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Elke Meyfarth (23. 2. 89), Ulrike Lauterbach, beide Darmstadt (3. 2. 89), Elisabeth Althaus, Klemens Grossberger, beide Frankfurt, Wolfgang Bacher, Usingen (sämtlich 1. 2. 89);

versetzt:

von Nordrhein-Westfalen
Oberstudienrätin (BaL) Dr. Gisela Bieligg-Schulz, Wiesbaden (1. 2. 89);

nach Nordrhein-Westfalen
Studienrätin (BaL) Hannelore Schmidt, Wiesbaden (1. 2. 89);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberstudiendirektoren Werner Keil, Rüsselsheim, Wilhelm Hohn, Frankfurt (beide 31. 1. 89), die Studiendirektoren Herbert Rühl, Frankfurt, Paul-Peter Pfaff, Wiesbaden, Dr. Gerhard Brüggemann, Frankfurt, Helmut Führlich, Gelnhausen, Josef Kollwe, Frankfurt (sämtlich 31. 1. 89), die Oberstudienräte/innen Erich Schulze, Theodor Laun, beide Rüsselsheim, Peter Bender, Groß-Gerau, Gerhard Neeb, Darmstadt, Dr. Ermut Fehsenfeld, Elgen Hollbach, beide Frankfurt, Helga Stetter-Braunewell, Friedrichsdorf, Dr. Rolf Linder, Seeheim/Jungenheim (sämtlich 31. 1. 89), Studienrätin Ingrid Flöck-Zielinski, Frankfurt (1. 2. 89);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

die Studienreferendare/innen Marlene Renner (15. 12. 88), Carmen Helfenritter (31. 12. 88), beide Frankfurt, Volker Piekarski, Bürstadt (6. 1. 89), Daniela Pauschel, Seeheim (3. 2. 89), Christiane Roth, Darmstadt (5. 2. 89), Elisabeth Wagner, Frankfurt (7. 3. 89), Tilmann Schachl (10. 3. 89), Silke Tontschbein (9. 3. 89), Peter Bruhns (15. 1. 89), sämtlich Darmstadt, Heinz-Otto Kräuter, Heusenstamm (31. 1. 89);

verstorben:

Oberstudienrat (BaL) Dr. Peter Müller-Steinbicker, Offenbach (7. 12. 88);

Berichtigung

In StAnz. 1989 S. 478 muß es unter „ernannt zu Oberstudienräten/innen“ statt „Günter Bierwirt“, richtig „Dr. Günter Bierwirt“ heißen;

unter „ernannt zu Studienräten/innen“ (BaL) sind Anne Rütther-Lazaro-Sanz, Friedberg (1. 9. 88), Markus Kopp, Friedberg (1. 9. 88) zu streichen; statt „Hans-Richard Schmidt, Friedberg“ muß es richtig „Hans-Richard Schmidt, Büdingen“ heißen;

Einzufügen ist:

„zu **Studienräten z. A. (BaP)** Anna Rütther-Lazaro-Sanz, Friedberg (1. 9. 88), Markus Kopp, Nidda (1. 9. 88);“

in Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen

ernannt:

zu **Rektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe** Direktoren an einer Gesamtschule als ständige Vertreter der Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe (BaL) Heinrich Nitschke, Usingen, Ernst Albrecht, Oberursel (beide 31. 1. 89);

zur **Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Lehrer/in (BaL) Gudrun Reichert, Frankfurt (1. 4. 89);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern** Lehrer (BaL) Ernst-Erhard Storo-schenko, Offenbach (1. 4. 89);

zur **Zweiten Konrektorin einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern** Rektorin an einer Gesamtschule, als Leiterin der Förderstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Sigrun Lohberg, Usingen (31. 1. 89);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Gertrud-Maria Raising, Renate Reh, beide Frankfurt (beide 19. 12. 88), Barbara Brüning, Dieburg (17. 1. 89), Monika Reitz (26. 1. 89), Karin Hilgers (24. 1. 89), beide Frankfurt, Harald Blasig, Dreieich (26. 1. 89), Dietrich Arens, Groß-Gerau (3. 2. 89), Adelheid Ringel-Steiger, Weiterstadt-Braunshardt (24. 1. 89), Jutta Kommarovski, Dietzenbach-Steinberg (23. 1. 89), Brigitte Mittelstadt, Mühlheim (3. 2. 89), Elisabeth Kittner, Hanau (8. 2. 89), Kristine Palomba, Rüsselsheim (22. 2. 89), Dorothea Blindow-Klinghammer, Frankfurt (30. 1. 89), Marlies Racky, Friedberg (10. 2. 89), Lieselotte Conrath, Frankfurt (30. 1. 89),

Astrid Neumann, Pfungstadt (30. 8. 88), Jürgen Diefenbach, Eddersheim (8. 2. 89), Michael Hollmann, Rodheim (14. 2. 89), Elvire Dillmann-Martini, Bad Schwalbach (9. 2. 89), Wolfgang Erb, Dietzenbach (3. 2. 89), Bettina Weber, Kelsterbach (12. 2. 89), Thomas Heinzerling, Friedberg (30. 12. 88), Ute Kossidowski, Darmstadt (16. 2. 89), Klaus Herzog, Hanau (9. 2. 89), Ursula Mersiowsky, Frankfurt (17. 2. 89), Ulrike Weyers, Münzberg (27. 2. 89), Manuela Brademann, Bruchköbel (28. 2. 89), Sigrid Röhrig, Kelsterbach (23. 2. 89), Friedrich-Wilhelm Bürger, Dietzenbach (16. 2. 89), Joachim Trost, Frankfurt (24. 2. 89), Anna-Elisabeth Hahn, Hanau (3. 3. 89), Beate Fiedler-Müller, Darmstadt (17. 2. 89), Christiane Geishardt, Wiesbaden (27. 2. 89), Wilfried Zimmer, Nidda (28. 2. 89), Dagmar Sack-Schleier, Frankfurt (3. 3. 89), Bettina Blum, Neu-Isenburg, Helmut Michel, Bad Schwalbach (beide 1. 1. 89), Heike Wangemann, Ober-Seemen, Brigitte Schurk, Heusenstamm, Gesa Seevers, Ursula Hartmann, Ursula Neidhardt, Hans-Jürgen Fischer, sämtlich Wiesbaden, Andrea von Lampe, Schaafheim, Birgit Schloßhauer, Langen, Erika Bekker, Offenbach, Sigrid Lauenrod, Darmstadt, Bettina Bloh, Wiesbaden, Carmen Jeschner, Groß-Gerau, Angelika Lochmann, Riedstadt, Monika Wojciechowski von Horstig, Modautal, Elke Bernhardt, Gernsheim, Katharina Braun, Babenhäusen, Ursula Göbel, Dieburg, Hans-Jürgen Fischer, Offenbach, Rudolf Reitz, Dietzenbach, Beate Schröder, Dreieich, Gerlinde Kolb, Seligenstadt, Gisela Sacher, Seeheim, Sabine Funk, Heike Hummel, Heidi Benedikt, sämtlich Offenbach, Thomas Josch, Michelstadt, Monika Laufenberg, Offenbach, Brigitte Enzmann, Michelstadt, Eva-Maria Eberle, Elke Steiner, beide Groß-Gerau, Cornelia Gath, Michelstadt, Peter Hartwig, Rüsselsheim, Renate Lixfeld-Eckmann, Dieburg, Marianne Schäfer, Rüsselsheim, Inge Schenk, Ortenberg, Sigrid Odebrecht, Braunshardt, Jürgen Bergmann, Ginsheim, Annemarie Laddeck-Lehr, Offenbach, Inge Heckwolf, Bad König, Angelika Lerch, Breuberg, Reinhard Gerhardt, Michelstadt, Ulrike Reitze, Michelstadt-Vielbrunn, Dorit Zehnauer, Lützelbach, Petra Wittgruber, Erbach, Daniela Schitzer-Wulff, Beerfelden, Gerlinde Louis, Groß-Gerau, Charlotte Göttler, Erbach, Jürgen Wadlinger, Büttelborn, Irmaud Lustinetz, Bischofsheim, Rita Förster, Idstein, Maria Fischer, Seckmauern, Gabriele Pflaum-Scheurich, Beerfurth, Elke Glandorf-Wischhusen, Höchst, Rosemarie Croter, Kelsterbach, Iris Kiefer, Mörfelden-Walldorf, Marion Methfessel-Urban, Dieburg, Veronika Susenburger, Raunheim, Anette Claus, Rüsselsheim, Klothilde Burgard-Linster, Groß-Gerau, Gudrun Fuhrmann, Nidda, Gabriele Bauer, Rothenberg, Ulrike Josch, Michelstadt, Gertrude Enders, Höchst, Sieglinde von der Lippe, Wiesbaden, Marlene Hecker-Grümmer, Rüsselsheim; Margitta Schusser, Mörfelden-Walldorf, Susanne Meier-Schumacher, Rüsselsheim, Roswitha Schneider-Ochs, Klein-Gerau, Joachim Sturm, Groß-Gerau, Michael Uhl, Eltville, Renate Domke, Bad Schwalbach, Isabella Brauns, Kelsterbach, Irmaut Dagg, Trebur, Lieselotte Zacharias, Griesheim, Kersten Steiner, Wersau, Annette Labutin, Dietzenbach (sämtlich 1. 2. 89), Gabriele Schranz, Offenbach, Christiane Ziemann, Altenstadt, Margot Hebenstreit, Offenbach, Susanne Töpfer, Heidenrod, Karin Büsing, Monika Holzner, beide Offenbach, Victoria Stadler, Neu-Isenburg, Carola Dennerlein-Bünemann, Schöneck, Andreas Nikoleit, Offenbach (sämtlich 1. 3. 89), Martin Beck, Offenbach (1. 4. 89);

zu **Fachlehrerinnen (BaL)** die Fachlehrerinnen z. A. (BaP) Gudrun Dillmann, Bad Homburg (28. 12. 88), Gisela Butsch, Darmstadt (16. 1. 89), Bärbel Krüger, Oberstedten (15. 2. 89);

zu **Sonderschullehrern/innen (BaL)** die Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Gabriele-Marie Weinert, Idstein (1. 1. 89), Uwe Ebert, Nidderau (20. 1. 89), Petra Schäfer, Darmstadt (4. 2. 89), Armin Wegener, Christoph Decker, Christina Gerhard, Bernd Keiter, sämtlich Wiesbaden, Alfred Spitz, Claudia Dittrich, beide Idstein, Huberta Kaiser, Wallrabenstein, Friedhilde Weickert, Groß-Gerau, Rosemarie Schönefeld, Michelstadt, Martina Morseeck-Lepp, Mörfelden, Dagmar Herold, Karben, Ingeborg Müller, Rüsselsheim, Karin Sieger, Griesheim, Svea Speike-Bardorff, Rüsselsheim, Evemarie Brink, Beerfelden, Hannelore Sailer, Groß-Umstadt, Andrea Klein, Berit Schmidt-Marloh, beide Erbach, Julia Kakucs, Frankfurt (sämtlich 1. 2. 89), Christine-Marià Leja, Ina Despeyroux, beide Offenbach (beide 1. 3. 89);

zum/zur **Realschullehrer/in** Lehrer/in (BaL) Herbert Steinhauser, Langenselbold (16. 1. 89), Helga Grund, Darmstadt (1. 4. 89);

zur **Sonderschullehrerin** Lehrerin (BaL) Birgit Grohgan, Dieburg (1. 4. 89);

zur **Lehrerin** Lehrerin z. A. (BaP) Sabine Röder-Steinger, Griesheim (1. 2. 89);

zu **Lehrern/innen z. A. (BaP)** Helga Hesekiel (23. 12. 88), Uwe Prautsch (9. 2. 89), beide Erbach, Cornelia von Becker, Frankfurt (3. 2. 89), Marika Weiland, Bruchköbel, Volker Scheibe, Reichelsheim, Edina Worel, Friedberg, Uta Ditzen, Darmstadt, Ruth Manthei, Hanau, Birgit Röse-Berthel, Erbach, Birgit Raddel, Aloisia Pohl, Gabriele Hausburg, Iona Strohl, sämtlich Offenbach, Dagmar Grünewälder, Erbach, Martin Kemmerer, Werner Bott, Claudia Schimmel, sämtlich Offenbach, Christine Pampuch, Schlüchtern, Christiane Schmuck, Frank-Lothar Bader, Wibke Schwab-Harnischfeger, Christa Kummerant, sämtlich Offenbach, Hildegard Morres, Lindheim, Birgit Hirt, Offenbach, Rainer Marpe, Barbara-Maria Kessler, beide Groß-Gerau, Ulrike Schmidt, Offenbach, Bettina Gischler, Wolf-Dieter Neuwirt, beide Frankfurt, Hannelore Zimmer, Norbert Osterholt, beide Groß-Gerau, Ursula Neeb, Offenbach, Andrea Hansen-Wille, Frankfurt, Vera Lertes, Offenbach, Brigitte Gaeck, Friedberg, Jutta Bloberger, Altenstadt, Gudrun Enge-Hoehl, Friedberg, Robert Bellingner, Idstein, Gunhild Bast, Bad Schwalbach, Christine Stegmann, Heppenheim, Heike Preuß, Brigitte Jenemann, beide Gelnhausen, Hans-Friedrich Heydenbluth, Heppenheim, Theresia Faller-Kula, Frankfurt, Barbara Conrad-Keil, Offenbach, Horst Weinheimer, Bad Schwalbach, Elke Armbruster, Benedikta Balzer, beide Frankfurt am Main, Irene Kehr-Kinzig, Gelnhausen, Peter Hoffmann, Hanau, Birgitta Thomas, Groß-Gerau, Christa Seifarth, Heppenheim, Horst Patzak, Frankfurt, Carola Steffen, Bad Schwalbach, Lydia Suffrian, Groß-Gerau, Rita Sommer, Heppenheim, Gerlinde Riess, Frankfurt, Gudrun Weisenberger, Darmstadt, Sonngard Bertermann, Frankfurt, Fides Effmert, Offenbach, Ursula Grunberg, Groß-Gerau, Monika Engel, Darmstadt, Petra Drechsler, Frankfurt, Gabriele Müller, Heppenheim, Andreas Pischzan, Hedwig Kremer-Stahlheber, beide Frankfurt, Karin Debus, Friedberg, Dietmute Hansel, Offenbach, Barbara Ziegler, Hanau, Verena Heck, Hildtrud Schild, beide Dietzenbach, Jacqueline Schreiber, Frankfurt, Horst Schermutzki, Offenbach, Silke Kampers, Frankfurt, Marianne Braun, Bad Homburg, Elisabeth Röder, Offenbach, Beate Bienia, Friedberg, Ulrike Broetz, Groß-Gerau, Birgit Hein-Schmidt, Susanne Jansen, Arnold-Jürgen Weinreich, Karin Karl, sämtlich Frankfurt, Regin Mazitschek, Groß-Gerau, Inge Knecht, Heppenheim, Petra Heinrich-Neumann, Gelnhausen, Rosemarie Gözl, Heppenheim, Monika Klein, Bad Schwalbach, Cornelia Buettner, Frankfurt, Michaela Fichtner, Groß-Gerau, Wolfgang Goebel, Frankfurt, Irma Eckard, Heppenheim, Kerstin Puetz, Bad Schwalbach, Sabine Hinkel, Petra Knödgen, beide Frankfurt, Winfried Deschauer, Offenbach, Elke Clerac, Wahlen, Gerda-Hedwig Gantner, Jutta Brieger-Schmidt, beide Frankfurt, Hans-Joachim Steffen-Jesse, Usingen, Gabriele Luksch, Mühlheim, Christine Pilz, Burgholzhausen, Charlotte Schön, Wiesbaden, Theresia Mies, Alfred Conrad, beide Frankfurt, Eva Betzelt, Wiesbaden, Ursula Herrmann, Eva-Maria Hasse, Gertraude Hornbrügger, Mariette Beyer, Sigrid Hobe, Monika Strauch, Marion Bennek-Venturi, Renate Meixner, sämtlich Wiesbaden, Sabine Gerwinat, Groß-Gerau, Klaus Starkenberg, Wiesbaden, Heidi Becker, Frankfurt, Rosemarie Moog-Weinheimer, Bad Schwalbach, Ingrid Weber, Regina Heydrich, Ulrich Vaeth, sämtlich Wiesbaden, Doris Renkel, Offenbach, Edwin Mücke, Frankfurt, Ingrid Caesar, Gerthild Breitenstein, beide Wiesbaden, Claudia Singer, Frankfurt, (sämtlich 1. 2. 89), Petra Breitlow-Anger, Büttelborn (1. 3. 89); zu **Sonderschullehrern/innen z. A. (BaP)** Andreas Seiler, Bad Schwalbach, Barbara Walter-Bender, Peter Wenzel, Karl Kometz, Ulrike Wagner, sämtlich Frankfurt, Ludwig Kettenring, Darmstadt, Andreas Nachtshiem, Bad Schwalbach, Beatrice Schmidt, Darmstadt (sämtlich 1. 2. 89), Barbara Becker, Brigitte Zimmerschied, beide Rüdeshiem (beide 1. 3. 89); zur **Fachlehrerin z. A. (BaP)** Kohar Yildiz, Frankfurt (31. 1. 89); zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** Eugenie Kernbach, Frankfurt (1. 2. 89);

in den Ruhestand versetzt:

Rektor/in als Ausbildungsleiter/in Hans Batton, Frankfurt, Irmgard Blickhahn, Rödermark 2 (beide 31. 1. 89);
Rektorin Erika Peschke, Roßdorf (31. 1. 89);
Rektor/in einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Charlotte Leifheit, Eschborn, Ludwig Schlappner, Mühlheim (beide 31. 1. 89);
Rektorin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern Ursula Siemon, Frankfurt (31. 1. 89);
Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Richard Hellmessen, Frankfurt (31. 1. 89);
Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern Rainer Schmelzle, Nieder-Ramstadt (31. 1. 89);

Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Lothar Uhe, Bad Soden-Neuenhain (28. 2. 89);

die Konrektoren/in als ständige/r Vertreter/in des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Karl Wittmann, Frankfurt, Hans Hess, Griesheim, Anneliese Goldberg, Frankfurt (sämtlich 31. 1. 89);

Jugendleiter/in im Schuldienst Johanna Katharina Ulber, Darmstadt (31. 1. 89);

Hauptlehrer/in als Leiter einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern Helmut Becker, Heppenheim, Elisabeth Vöckler, Jossa (beide 31. 1. 89);

die Lehrer/innen Ambrosius Nowozimski, Elfriede Schmidt, beide Frankfurt, Werner König, Ober-Ramstadt (sämtlich 31. 12. 88), Maria Petrasch, Oberursel, Günter Mauff, Jutta Mauff, beide Usingen, Brigitte Dworschak, Mühlheim 3, Paul Schütz, Frankfurt, Elisabeth Abele, Neu-Isenburg, Edith Banczyk, Offenbach, Dorothea Ohland, Michelstadt, Gerty Paulin, Birkenau, Karl Ackermann, Frankfurt, Teodora Gerlach, Rüsselsheim, Heidemarie Heilmick, Neu-Isenburg, Gisela Faber, Darmstadt, Margot Schirmeister, Neu-Isenburg, Helga Schölzl, Frankfurt, Sonja-Erika Hilbig, Offenbach, Peter Scholz, Wiesbaden (sämtlich 31. 1. 89), Gudrun Hönig-Ohnsorge, Bad Homburg, Sylvia Effenberger, Offenbach (beide 28. 2. 89), Sigrid Kaufmann, Lampertheim, Ingrid Koudelka, Offenbach (beide 30. 4. 89), Fritz Schember, Konradsdorf (31. 5. 89);

Sonderschullehrer/in Helmut Steuder, Frankfurt, Ruth Schätzler, Heppenheim (beide 31. 1. 89)

die Realschullehrer/innen Gertraud Otto, Kronberg (28. 2. 89), Dr. Wilhelm Gegenwart, Frankfurt (31. 12. 88), Magdalena Krug, Gedern (31. 7. 89), Rosemarie Grimm, Bensheim (30. 4. 89), Maria Fitzner, Frankfurt (28. 2. 89);

Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer Monika Hilbert, Frankfurt, Regina Wiemert, Hanau (beide 31. 1. 89)

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

die Lehramtsreferendarinnen Ursula Wedemeyer, Frankfurt (23. 2. 89), Gabriele Tegler, Kelkheim (16. 2. 89), Renate Wilhelm, Frankfurt (3. 3. 89);

Berichtigung:

In St.Anz. 1989 S. 479 muß es unter „ernannt“ statt

„zum Direktor einer Grundschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern“ richtig

„zum Direktor einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern Hans-Jürgen Bergk, Friedberg (30. 11. 88)“

heißen;

in Berufsschulen

ernannt:

zu/zur **Studiendirektoren/in** die Oberstudienräte/in (BaL) Rainer Gottwald, Frankfurt (26. 10. 88), Hermann Goldschult, Rüsselsheim, Elisabeth Mayer, Wiesbaden (beide 1. 4. 89);

zum **Oberstudienrat** Studienrat (BaL) Karl-Heinz Hammer, Offenbach (1. 10. 88);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Gabriele Jahns-Duttenhöfer (16. 12. 88), Jochen Niclaus (6. 12. 88), Karin Böckelmann (23. 1. 89), Christiane Aumann (19. 1. 89), Anton Brödel (18. 2. 89), Dorothea Brunion (30. 1. 89), Petra Schmidt-Norsch (20. 1. 89), Peter Schön (17. 2. 89), Dieter Stenzel (27. 1. 89), Konrad Helfrich (9. 2. 89), sämtlich Frankfurt, Christof Höhler, Wiesbaden (13. 2. 89), Horst Krämer (16. 2. 89), Angelika van Deursen (16. 2. 89), beide Darmstadt, Wolfgang Heinbach, Heppenheim (20. 2. 89), Axel Wolf, Wiesbaden (27. 2. 89), Johann Strudthoff, Bensheim (21. 2. 89), Wolfgang Siegel, Groß-Gerau (24. 2. 89), Hans-Peter Seichter, Wiesbaden (1. 2. 89), Maria Held, Kirchbracht, Reinhold Reckel, Frankfurt, Silvia Radler, Wiesbaden, Reinhold Kleinlein, Rüsselsheim, Thomas Mainusch, Wiesbaden, Hermann Trageser, Hanau, Gabriele Ellend, Bensheim, Cornelia Tacke, Rainer Strommer, beide Frankfurt, Dr. Dagmar Braun, Usingen, Gudrun Malcher, Detlef Schwenger, beide Karben, Dieter Bram, Oberursel, Bernhard Friedrich, Bad Homburg (sämtlich 1. 2. 89), Carola Welkenbach, Martin Nitzki, Klaus-Dieter Freund, Matthias Finck, sämtlich Wiesbaden (sämtlich 1. 4. 89);

zu **Fachlehrerinnen für Arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrerinnen für Arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Ursula Kristic-Rommersbach, Frankfurt, Heidi Kabierschke, Darmstadt (beide 1. 2. 89), Brigitte Zeitler, Frankfurt (3. 2. 89), Ursula Losberg, Wiesbaden (3. 3. 89);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Karl-Heinz Kleinjung, Gelnhausen (14. 2. 89), Ulrike Klimm, Frankfurt (20. 2. 89), Robert Fester, Dieburg, Ruth Häfner, Michael Matschat, Offenbach, Brigitte Nacer, Erbach, Helga Müller, Dieburg, Gunther Prasuhn, Wiesbaden, Ingrid Dieterle, Offenbach, Günter Rau, Hanau, Beate Weidenauer, Wiesbaden, Klemens Baukholt, Frankfurt, Jacqueline Pfeleiderer, Darmstadt, Ute Knies, Frank DZIEMBA, beide Offenbach, Raimund Huckestein, Darmstadt, Ilona Kirstein, Karla Kaissling, beide Frankfurt, Klaus Mosberger, Klaus-Dieter Neumann, beide Wiesbaden, Matthias Jung, Hans Holzmann, Hildegard Krassowsky, Claudia Müller, Anita Hana, Marita Preusch-Seitz, sämtlich Frankfurt, Martin-Georg Sayk, Michelstadt (sämtlich 1. 2. 89);

zum/zur **Fachlehrer/in für Arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** Ellen Frey, Usingen (1. 2. 89), Peter Hoffmann, Offenbach (2. 2. 89);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudiendirektor Hans Kullmur, Butzbach (31. 7. 89); die Studiendirektoren/in Paul-Reinhold Fröhlich, Dieburg (28. 2. 89), Heinrich Veit, Reinhard Gladis, beide Frankfurt (beide 31. 1. 89), Gisela Gahlbeck, Bensheim (31. 12. 88); die Oberstudienräte/innen Fridolin Dries, Wiesbaden (31. 3. 89), Dr. Werner Wilhelm, Darmstadt, Rolf Reerink, Frankfurt, Gerda Jonas, Wiesbaden, Helga Gewehr, Frankfurt (sämtlich 31. 1. 89), Margarete Puppel, Bensheim (30. 4. 89); die Fachlehrer für Arbeitstechnische Fächer Ulrich-Rüdiger Simmich, Dieburg, Wilhelm Reh, Gelnhausen (beide 31. 1. 89).

Darmstadt, 6. April 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
VI 23 a — 7 1 08 (1)
StAnz. 17/1989 S. 962

I. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit

ernannt:

zum **Bergoberrat** Bergrat (BaL) Dipl.-Ing. Rainer Zawislo, Bergamt Kassel (1. 4. 89).

Wiesbaden, 10. April 1989

Hessisches Oberbergamt
5 e 10 — 54/1

in der Eichverwaltung

ernannt:

zum **Techn. Sekretär** Oberwart (BaL) Gerhard Hartung, Eichamt Kassel (26. 1. 89);
zum **Hauptwart** Oberwart (BaL) Holger Weiher, Eichamt Hanau (3. 4. 89);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 5 mit Amtszulage Hauptwart (BaL) Arno Aßmann, Eichamt Darmstadt (3. 4. 89);

in den Ruhestand getreten:

Techn. Oberamtsrat Friedel Gückel, Eichamt Hanau (31. 1. 89).

Darmstadt, 5. April 1989

Hessische Eichdirektion
041 — 03 — V/2
StAnz. 17/1989 S. 965

K. im Bereich des Hessischen Sozialministeriums

beim Landesarbeitsgericht Frankfurt am Main

ernannt:

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Rechtspflegeranwärter (BaW) Ralf Swen Jäschke (12. 10. 88);
zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Hans-Horst Seumel, Arbeitsgericht Wiesbaden (1. 4. 89);
zur **Oberinspektorin** Inspektorin (BaL) Martina Fischer, Arbeitsgericht Frankfurt (1. 4. 89);
zur **Amtsinspektorin** Hauptsekretärin (BaL) Renate Hofmann, Arbeitsgericht Kassel (1. 4. 89);

berufen in das Richterverhältnis auf Lebenszeit:

Richter (RaP) Dr. Volkhart Kriebel, Arbeitsgericht Frankfurt (25. 10. 88);
Richter (RaP) Dr. Peter Wickler, Arbeitsgericht Gießen (1. 2. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Inspektorin (BaP) Rosemarie Fritz, Arbeitsgericht Frankfurt (23. 3. 89);
Inspektorin (BaP) Sabine Köpnick-Müller, Arbeitsgericht Frankfurt (8. 4. 89);

in den Ruhestand versetzt:

Oberamtsrat Hubert Brysch, Arbeitsgericht Frankfurt (31. 3. 89).

Frankfurt am Main, 6. April 1989

Der Präsident des
Landesarbeitsgerichts
55 f 276

bei den Dienststellen der Kriegsofferversorgung

ernannt:

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Peter Ott (1. 4. 89);
zur **Oberinspektorin** Inspektorin (BaL) Eva Wiepel (1. 4. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Oberinspektorin (BaP) Edith Hohmann, Inspektorin (BaP) Christiane Heist (beide 1. 4. 89);

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsdirektor Ernst Striether, Oberamtsrat Ernst Zabowitzki, Hauptwart Fritz Ehle (sämtlich 31. 12. 88), Oberamtsrat Helmut Höll (30. 1. 89);

beim Hessischen Landesprüfungsamt für Heilberufe

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Oberinspektorin (BaP) Signe Bake (3. 4. 89);

in der Versorgungsverwaltung

ernannt:

zur **Medizinaloberrätin z. A. (BaP)** Angestellte Dr. Gabriele Hauenstein, Versorgungsamt Kassel (27. 10. 89);
zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Jochen Metzner, Versorgungsamt Frankfurt (31. 1. 89);
zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Artur Hering, Versorgungsamt Gießen (1. 4. 89);
zu **Oberinspektoren/innen** die Inspektoren/in (BaL) Doris Ruppelt, Versorgungsamt Wiesbaden, Ingo Schmidt, Gerold Witzel, beide Versorgungsamt Fulda, Helmut Krause, Versorgungsamt Frankfurt, Bernd Dalinger, Versorgungsamt Darmstadt, Inspektorin (BaP) Karin Freymann, Versorgungsamt Frankfurt (sämtlich 1. 4. 89);
zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Michael Bertram, Versorgungsamt Kassel (14. 12. 88);
zum **Hauptsekretär** Obersekretär (BaP) Oliver Heinig, Versorgungsamt Frankfurt (1. 4. 89);
zur **Obersekretärin** Sekretärin (BaP) Sabine Czerwinka, Versorgungsamt Frankfurt (1. 4. 89);
zur **Sekretärin** Assistentin (BaP) Susanne Hildebrandt, Orthopädische Versorgungsstelle Frankfurt (1. 4. 89);
zum/zur **Assistent/in** Assistent z. A. (BaL) Klaus Krah, Versorgungsamt Kassel (9. 12. 88), Assistentin z. A. (BaP) Katrin Winnige, Versorgungsamt Frankfurt (1. 3. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Oberinspektorinnen (BaP) Elke Schneider, Versorgungsamt Gießen (3. 3. 89), Vera Friedl, Versorgungsamt Frankfurt (5. 4. 89), Inspektorin (BaP) Christa Keßler, Versorgungsamt Frankfurt (15. 2. 89);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberamtsräte Georg Ahl, Versorgungsamt Darmstadt, Heinrich Ranft, Versorgungsamt Gießen, Johann Neudel, Versorgungsamt Fulda (sämtlich 31. 3. 89).

Frankfurt am Main, 5. April 1989

Landesversorgungsamt Hessen
I/1 — Allgemein
StAnz. 17/1989 S. 965

O. beim Hessischen Rechnungshof

ernannt:

- zum **Regierungsdirektor** Regierungsoberrat (BaL) Karl Baum (1. 4. 89);
 zu **Regierungsoberräten** die Regierungsräte (BaL) Hans-Georg Dittmann, Josef Anders (beide 1. 4. 89);
 zu **Regierungsräten** die Oberrechnungsräte (BaL) Heinrich Briel, Jörg Obe, Karl Heinz Pribyl, Hans Peter Spalt (sämtlich 1. 4. 89);
 zum **Regierungsrat z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Dr. Konrad Beiwinkel (1. 4. 89);
 zum **Techn. Sekretär Hauptwart** (BaL) Heinz Hanika (1. 4. 89);

in den Ruhestand getreten:

Regierungsdirektor Kurt Meyer (28. 2. 89);

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsoberrat Walter Hoffmann (31. 3. 89);

verstorben:

Präsident des Hessischen Rechnungshofs Dr. Wolfgang Maaß (30. 3. 89).

Darmstadt, 5. April 1989

**Der Präsident
 des Hessischen Rechnungshofs**
 Pr I 114 — 1/89

StAnz. 17/1989 S. 966

409 DARMSTADT**DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN****Genehmigung der Frankfurter Bürger-Stiftung, Sitz Frankfurt am Main**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches i. V. m. § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 15. Februar 1989 errichtete Frankfurter Bürger-Stiftung, Sitz Frankfurt am Main, mit Stiftungsurkunde vom 29. März 1989 genehmigt.

Darmstadt, 5. April 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
 III 6/11 a — 25 d 04/11 (12) — 256
 StAnz. 17/1989 S. 966

412**Staatliche Anerkennung als Untersuchungsstelle für Abwasser**

Bezug: Bekanntmachung vom 20. September 1983 (StAnz. S. 2067)

Die mit o. a. Bekanntmachung erfolgte Anerkennung der chemisch-biologischen Abteilung des Stadtentwässerungsamtes Frankfurt, Entwässerungsamt der Stadt Frankfurt am Main, Postfach 10 21 21, 6000 Frankfurt am Main 70, wird bis zum **31. Oktober 1993** verlängert.

Die wie vorerwähnt verlängerte Anerkennung umfaßt die in dem Merkblatt B-1/2 der Hessischen Landesanstalt für Umwelt aufgeführten, mit Ausnahme der nachstehenden Parameter (die folgende Numerierung entspricht der des o. g. Merkblattes, Stand 1. Januar 1988).

- 336-1: Extrahierbare organisch gebundene Halogene (EOX)
- 523/524: Organisch gebundener Kohlenstoff (TOC/DOC) bis zur Beschaffung und Installation eines entsprechenden Meßplatzes
- 671: Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F

Darmstadt, 16. Januar 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
 V 11/39 a — 79 f 12/01 — F

StAnz. 17/1989 S. 966

410**Auflösung der Krankengeldzuschußkasse für Werksangehörige der Firma Wacker & Doerr, Nieder-Ramstadt, Mühlthal/Ortsteil Nieder-Ramstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Die Krankengeldzuschußkasse für Werksangehörige der Firma Wacker & Doerr, Nieder-Ramstadt, Mühlthal/Ortsteil Nieder-Ramstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg, hat durch ihre ordentliche Mitgliederversammlung am 14. Februar 1989 die Auflösung mit Wirkung vom Tage der Bekanntmachung beschlossen. Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 29. März 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
 III 6/11 a — 39 f 08/01 (2) — 4
 StAnz. 17/1989 S. 966

413**Staatliche Anerkennung als Untersuchungsstelle für Abwasser**

Bezug: Bekanntmachung vom 20. September 1983 (StAnz. S. 2067)

Die mit o. a. Bekanntmachung erfolgte Anerkennung des Instituts Fresenius, Institut Fresenius GmbH, Im Maisel 14, 6204 Taunusstein/Stadtteil Neuohof, wird bis zum **31. Oktober 1993** verlängert.

Darmstadt, 29. Dezember 1988

Regierungspräsidium Darmstadt
 V 11/39 a — 79 f 12/01 — F

StAnz. 17/1989 S. 966

414**Staatliche Anerkennung als Untersuchungsstelle für Abwasser**

Bezug: Bekanntmachung vom 20. September 1983 (StAnz. S. 2066)

Die mit o. a. Bekanntmachung erfolgte Anerkennung der Abteilung Reinhaltung Wasser, Luft, Name der Untersuchungsstelle nunmehr geändert in Abteilung UWS, Firma Cassella AG, Hanner Landstraße 526, 6000 Frankfurt am Main 61, wird bis zum **31. Oktober 1993** verlängert.

Die wie vorerwähnt verlängerte Anerkennung umfaßt die in dem Merkblatt B-1/2 der Hessischen Landesanstalt für Umwelt auf-

411**Staatliche Anerkennung als Untersuchungsstelle für Abwasser**

Bezug: Bekanntmachung vom 30. Dezember 1983 (StAnz. 1984 S. 1502)

Die mit o. a. Bekanntmachung erfolgte Anerkennung des Abwasserlabors des Prof. Dr. Knut Bächmann, Technische Hochschule Darmstadt, Fachbereich Anorganische und Kernchemie, 6100 Darmstadt, wird bis zum **31. Dezember 1993** verlängert.

Die wie vorerwähnt verlängerte Anerkennung umfaßt die in dem Merkblatt B-1/2 der Hessischen Landesanstalt für Umwelt aufgeführten, mit Ausnahme der nachstehenden Parameter (die folgende Numerierung entspricht der des o. g. Merkblattes, Stand 1. Januar 1988).

- 321-1/2: Fluorid
- 336-1: Extrahierbare organisch gebundene Halogene (EOX)
- 671: Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F

Darmstadt, 17. Januar 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
 V 11/39 a — 79 f 12/01 — B
 StAnz. 17/1989 S. 966

führten, mit Ausnahme der nachstehenden Parameter (die folgende Numerierung entspricht der des o. g. Merkblattes, Stand 1. Januar 1988).

— 123: Vanadium

Darmstadt, 27. Januar 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
V 11/39 a — 79 f 12/01 — C — Bd. 7
StAnz. 17/1989 S. 966

415

Staatliche Anerkennung als Untersuchungsstelle für Abwasser

Der Technische Überwachungs-Verein Hessen e. V. — Abt. E III Umweltschutz —,

Inhaber Technischer Überwachungs-Verein Hessen e. V., Mergenthaler Allee 27, 6236 Eschborn,

wird gemäß § 45 c Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 12. Mai 1981, geändert durch Viertes Gesetz zur Änderung des Hessischen Abfallgesetzes vom 31. Oktober 1985, i. V. m. §§ 5 und 6 der Eigenkontrollverordnung (EKVO) vom 6. März 1987 und Nr. 2 der Verwaltungsvorschrift zur Eigenkontrolle von Abwasseranlagen (VwV-EKVO) vom 29. März 1988 widerruflich als Untersuchungsstelle für Abwasseruntersuchungen im Lande Hessen anerkannt.

Die Anerkennung gilt für die Analytik der in dem Merkblatt B-1/2 der Hessischen Landesanstalt für Umwelt aufgeführten Parametergruppen/Parameter (Indexgruppen bzw. Index-Nr.) mit Ausnahme der in Nr. 4 dieses Bescheides genannten Parameter (Index-Nr.).

Befristung

Die Anerkennung ist befristet bis zum **30. November 1993**.

Einschränkungen

Diese Zulassung gilt nicht für die Untersuchung folgender Parameter (die folgende Numerierung entspricht der des Merkblattes B-1/2, Stand 1. Januar 1988);

Index-Nr.	Parameter
— 123	Vanadium
— 147	Silber, gesamt
— 150	Zinn, gesamt
— 181	Thallium, gesamt
— 336-1	Extrahierbare organisch gebundene Halogene (EOX)
— 336-7	Austreibbare organisch gebundene Halogene (POX)
— 526	Summe des gelösten Kohlendioxids
— 671	Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F
— Untergruppe (Blatt 7 bis 5) der Indexgruppe 700	Aromatische Amine

Darmstadt, 29. November 1988

Regierungspräsidium Darmstadt
V 11/39 a — 79 f 12/01 — TÜV
StAnz. 17/1989 S. 967

416

Staatliche Anerkennung als Untersuchungsstelle für Abwasser

Bezug: Bekanntmachung vom 20. September 1983 (StAnz. S. 2067)

Die mit o. a. Bekanntmachung erfolgte Anerkennung des Abwasserlabors des Umlandverbandes Frankfurt, Umlandverband Frankfurt, Verbandsausschuß, Am Hauptbahnhof 18, 6000 Frankfurt am Main 1, wird bis zum **31. Oktober 1993** verlängert.

Die wie vorerwähnt verlängerte Anerkennung umfaßt die in dem Merkblatt B-1/2 der Hessischen Landesanstalt für Umwelt aufgeführten, mit Ausnahme der nachstehenden Parameter (die folgende Numerierung entspricht der des o. g. Merkblattes, Stand 1. Januar 1988).

Index-Nr.	Parameter
— 105	Bor aus Boraten
— 123	Vanadium
— 127	Cobalt, gesamt
— 133	Arsen, gesamt
— 134	Selen
— 150	Zinn, gesamt
— 156-1/2	Barium
— 181	Thallium, gesamt
— 252	Hydrazin
— 316	Mercaptane
— 317	Schwefelkohlenstoff
— 336-1	Extrahierbare organisch gebundene Halogene (EOX)
— 336-7	Austreibbare organisch gebundene Halogene (POX)
— 671	Fischgiftigkeit als Verdünnungsfaktor G_F
Index-Gruppe	
— 700: (Blatt 7-1 bis 7-6)	Organische Komponenten sämtliche Untergruppen

Darmstadt, 16. Januar 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
V 11/39 a — 79 f 12/01 — U
StAnz. 17/1989 S. 967

417

Staatliche Anerkennung als Untersuchungsstelle für Abwasser

Gegenstand der Anerkennung

Das Labor des Kraftwerkes Staudinger der PreussenElektra Aktiengesellschaft, Postfach 11 20, 6451 Großkrotzenburg, wird gemäß § 45 c HWG i. V. m. §§ 5 und 6 der Eigenkontrollverordnung (EKVO) widerruflich als Untersuchungsstelle für Abwasseruntersuchungen anerkannt.

Die Anerkennung bezieht sich auf die Parameter des im Wasserrechtsbescheid festgelegten Eigenmeßprogrammes.

Die Parameter sind in nachstehender Tabelle, nach aufsteigender Index-Nummer des Verzeichnisses B-1/2 der Hessischen Landesanstalt für Umwelt geordnet, aufgeführt.

Index-Nr. B-1/2	Parameter
011	Temperatur
061	pH-Wert
124-5	Chrom, gesamt
128	Nickel, gesamt
129	Kupfer, gesamt
130	Zink, gesamt
148	Cadmium, gesamt
180	Quecksilber, gesamt
182	Blei, gesamt
249	Stickstoff aus Ammoniumverbindungen
262	Phosphor, gesamt
281	Sauerstoffgehalt
313	Sulfat
314	Sulfit
321	Fluorid
331	Chlorid

Index-Nr. B-1/2	Parameter
441/448 451	abfiltrier. Stoffe/Glührückstand absetzbare Stoffe (Volumenanteil)
456	absetzbare Stoffe (Massenanteil)
532	CSB
553	Kohlenwasserstoffe (nach Erfüllung der Auflage 3.1)
635	BSB ₅

Befristung

Die Anerkennung ist befristet bis zum **31. März 1993**.

Darmstadt, 9. Februar 1988

Regierungspräsidium Darmstadt
V 11/39 a — 79 f 12/01 — P — Bd. 13
StAnz. 17/1989 S. 967

419

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 3. April 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Eschenburg/Ortsteil Eibelshausen in den in § 2 genannten Straßen und Plätzen aus Anlaß des „Frühjahrsmarktes“ am 7. Mai 1989 und des „Herbstmarktes“ am 8. Oktober 1989 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

§ 2

Der Geltungsbereich der Verordnung umfaßt die Straßen und Plätze Marktstraße, Dammstraße, Im Hof, Rathausplatz, Kirchstraße Nr. 1 bis 10, Hauptstraße und Nassauer Straße.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 7. Mai 1989 in Kraft.

Gießen, 3. April 1989

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Pünder

StAnz. 17/1989 S. 968

418 GIESSEN

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 31. März 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Lich in den in § 2 genannten Straßen und Plätzen aus Anlaß des „Historischen Marktes“ am 30. April 1989 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 12.00 bis 17.00 Uhr.

§ 2

Der Geltungsbereich der Verordnung umfaßt die Straßen und Plätze Braugasse, Schloßgasse mit den Parkplätzen, Heinrich-Neeb-Straße, Unterstadt, Oberstadt bis zur Straße „Am Schwanensee“, Hüttengasse, Kirchgasse, Kirchenplatz, Ohlengasse, Hintergasse, Scheuergasse, Löwengasse, Seelenhofgasse, Mittelgasse einschließlich der dortigen Parkplätze und am Schwanensee im Bereich des „Gartencenters Pastau“, Liebfrauenberg, Hopfengasse und Am Wall — im Bereich des „Stadtturmceners“.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 30. April 1989 in Kraft.

Gießen, 31. März 1989

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Pünder

StAnz. 17/1989 S. 968

420 KASSEL

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 11. April 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Tann (Rhön) im Stadtkernbereich — Stadttor — Rathaus — Marktplatz — Steinweg — Sonntag, den 7. Mai 1989, für die Zeit von 12.00 bis 17.00 Uhr freigegeben.

Die Verkaufsstellen, die von der Öffnung Gebrauch machen, müssen Samstag, den 6. Mai, um 14.00 Uhr geschlossen werden.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 7. Mai 1989 in Kraft.

Kassel, 11. April 1989

Der Regierungspräsident
32 — 53 e 690

StAnz. 17/1989 S. 968

421

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungseminar Darmstadt — „Verfahrensrechtliche Abwicklung von Bußgeldverfahren“ — FS 314

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungseminar Darmstadt — führt einen Fortbildungslehrgang durch für Mitarbeiter/innen in entsprechenden Aufgabengebieten.

Folgende Themenschwerpunkte werden behandelt:

- Grundsätzliches zum Ordnungswidrigkeitsverfahren
 - allgemeiner Teil Ordnungswidrigkeitengesetz
- Verfahrensrecht

- Ermittlungsverfahren, Bescheid einschließlich Zustellung, Höhe der Geldbuße
- Verfahrenseinstellung
- Rechtsgrundlagen, Einstellungsbescheide, Einstellungs-
nachrichten
- Halterhaftung nach § 25 a StVG
- Abgabe an die Staatsanwaltschaft, Zwischenverfahren
- Gerichtliches Verfahren
 - Einspruch, Verwerfung des Einspruchs, Wiedereinsetzung
in den vorigen Stand
- Entscheidung, Rechtsbeschwerde, Wiederaufnahme
- Zuständigkeiten und Konkurrenzen

- Verjährung
- Vollstreckungsverfahren (Beitreibung und Erzwingungshaft)
- OWiG — Kostenrecht

anhand von Beispielen aus der Praxis

Es werden auch das neu geregelte Zwischenverfahren, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und die Verwerfung des Einspruchs durch die Verwaltungsbehörde sowie das geänderte Kostenrecht nach dem Gesetz zur Änderung des OWiG, des StVG und anderer Gesetze vom 7. Juli 1986 (BGBl. I S. 977) behandelt.

Zeitplan: Das Seminar umfaßt 20 Unterrichtsstunden und wird an fünf aufeinanderfolgenden Tagen, jeweils von 8.15 bis 11.30 Uhr, durchgeführt.

Das Seminar beginnt am 13. November 1989 und endet am 17. November 1989.

Dozentin: Ellen Franke

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 116,— DM; für Nichtmitglieder 146,— DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 7. April 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar
St.Anz. 17/1989 S. 968

422

Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Sozialgesetzbuch X. Buch, 1., 2. und 3. Kapitel“ Aufbau-seminar i. V. m. einem Erfahrungsaustausch — FS 513

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt einen Fortbildungslehrgang durch für Mitarbeiter/innen der Sozial-, Versicherungs- und Versorgungsämter, die bereits auf dem Gebiet des Sozialverfahrensrechts über vertiefte Kenntnisse verfügen.

Folgende Themenschwerpunkte werden behandelt:

Dieser Lehrgang wird inhaltlich von den Teilnehmern/innen wesentlich mitbestimmt und mitgestaltet.

Es sollen insbesondere aktuelle Probleme des SGB X in Gemeinschaftsarbeit anhand von praktischen Fällen vertieft behandelt werden.

Zeitplan: Das Seminar umfaßt 20 Unterrichtsstunden und wird an fünf Vormittagen, jeweils dienstags von 8.15 bis 11.30 Uhr, durchgeführt.

Das Seminar beginnt am 6. Juni 1989 und endet am 4. Juli 1989.

Dozent: Jürgen Richter

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 116,— DM; für Nichtmitglieder 146,— DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 7. April 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar
St.Anz. 17/1989 S. 969

423

Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Korrespondenztraining — Der moderne Geschäftsbrief“ — FS 134

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt einen Fortbildungslehrgang durch für Vorzimmerdamen, „schreibende Sachbearbeiterinnen“ und Stenotypistinnen, die ihre Kenntnisse zur form- und stilgerechten Schreibweise verbessern wollen.

Folgende Themenschwerpunkte werden behandelt:

- Aktuelle Textgestaltung — nach DIN 5008 mit Anschriften und Anreden
- Briefeinleitung und -ende; auch so können Sie einen Brief beginnen und beenden — wir üben

- Güter Briefstil
wir üben, unsere Briefe besser zu formulieren;
- Briefe zu besonderen Anlässen, z. B. verschiedene Glückwunschbriefe, Kondolenzbriefe

Zeitplan: Das Seminar umfaßt 12 Unterrichtsstunden und wird an zwei Vormittagen, jeweils von 8.15 bis 13.15 Uhr, durchgeführt.

Termine:

Mittwoch, 5. Juli 1989,
Donnerstag, 6. Juli 1989,

Dozentin: Waltraud Schindler

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 69,60 DM; für Nichtmitglieder 87,60 DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 7. April 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar
St.Anz. 17/1989 S. 969

424

Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz“ — FS 116

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt einen Fortbildungslehrgang mit folgenden Themenschwerpunkten durch:

Konflikte aus dem beruflichen Alltag der Teilnehmer/innen sollen dargestellt und unter folgenden Gesichtspunkten betrachtet werden:

- Welche Ziele verfolgen die Beteiligten?
- Wie versuchen sie diese zu erreichen?
- Wo liegen Gründe für die Verständigungsschwierigkeiten?
- Welche Möglichkeiten zur Lösung lassen sich anwenden?

Zeitplan: Das Seminar umfaßt 24 Unterrichtsstunden und wird an drei aufeinanderfolgenden Tagen, jeweils in der Zeit von 8.15 bis 15.30 Uhr, durchgeführt.

Das Seminar beginnt am Dienstag, 4. Juli 1989, und endet am Donnerstag, 6. Juli 1989.

Dozentin: Johanna Bär

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 139,20 DM; für Nichtmitglieder 175,20 DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 7. April 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar
St.Anz. 17/1989 S. 969

425

Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Zusammenarbeit im Büro“ — FS 132

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt einen Fortbildungslehrgang durch für Sekretärinnen/Vorzimmerdamen mit einigen Jahren Berufserfahrung sowie Damen, die vertretungsweise diese Aufgabe übernehmen.

Folgende Themenschwerpunkte werden behandelt:

- Das Sekretariat/Vorzimmer als „Schaltstelle“
- Die Sekretärin als Interpretin des Chefs und der Mitarbeiter/innen
- Der Umgang mit vertraulichen Informationen
- Effizientere Sekretariatsführung

Jede Sekretärin hat einen anderen Arbeitsstil. Die eine führt das Sekretariat/Vorzimmer reibungslos und kreativ, die andere macht einen ständig gehetzten Eindruck. Durch Diskussionsbeiträge soll versucht werden, gute Lösungen zu finden.

Zeitplan: Das Seminar umfaßt sechs Unterrichtsstunden und wird vormittags von 8.15 bis 13.15 Uhr durchgeführt.

Veranstaltungstermin:

Mittwoch, 7. Juni 1989.

Dozentin: Waltraud Schindler

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 34,80 DM; für Nichtmitglieder 43,80 DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 7. April 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar

StAnz. 17/1989 S. 969

426

Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Zeitmanagement und rationelle Arbeitsweise“ — FS 130

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt einen Fortbildungslehrgang durch für Vorzimmerdamen sowie interessierte Sachbearbeiter/innen.

Folgende Themenschwerpunkte werden behandelt:

- Zielorientiertes Arbeiten
- Persönliche Arbeitsanalyse
- Kreativität am Arbeitsplatz — Übung
- Zeitplanung
 - Gedanken und Umgang mit der „Zeit“

Zeitplan: Das Seminar umfaßt sechs Unterrichtsstunden und wird vormittags von 8.15 bis 13.15 Uhr durchgeführt.

Veranstaltungstermin:

Montag, 26. Juni 1989

Dozentin: Waltraud Schindler

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 34,80 DM; für Nichtmitglieder 43,80 DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 7. April 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar

StAnz. 17/1989 S. 970

427

Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Erfolgreicher Einsatz guter Umgangsformen in Beruf und Gesellschaft“ — FS 147

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt einen Fortbildungslehrgang durch für interessierte Vorzimmerdamen, die häufig Repräsentationspflichten wahrnehmen.

Wer glaubt, Umgangsformen seien heute nicht mehr gefragt, liegt nicht im Trend.

Möchten Sie versäumtes Wissen um Etikette, Benimm und Auftreten nachholen?

Folgende Themenschwerpunkte werden behandelt:

- Gute Umgangsformen im Beruf
 - Chef, Kollegen, Sekretärin
 - Der gute Ton am Telefon

— Umgangsformen von A bis Z

z. B. Grüßen/Begrüßen

Bekanntmachen/Vorstellen

Titel, Anreden, Anschriften;

— Repräsentationsaufgaben, z. B.

Gesellige Veranstaltungen

Einladungen aussprechen/entgegennehmen,

Geschenke auswählen/überreichen/entgegennehmen,

Gäste empfangen und verabschieden,

Tischsitten

— Welche Bedeutung haben die ersten Minuten bei der Begrüßung?

— „Positive Selbstdarstellung“

Gewandtes Auftreten, z. B. durch Gang, Haltung, Kleidung

Zeitplan: Das Seminar umfaßt sechs Unterrichtsstunden und wird vormittags von 8.15 bis 13.15 Uhr durchgeführt.

Veranstaltungstermin:

Dienstag, 27. Juni 1989

Dozentin: Waltraud Schindler

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 34,80 DM; für Nichtmitglieder 43,80 DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 7. April 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar

StAnz. 17/1989 S. 970

428

Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Grundsätze des Beschaffungswesens und der Vergabe“ — FS 139/1

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt einen Fortbildungslehrgang durch für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes.

Folgende Themenschwerpunkte werden behandelt:

- Vorgehensweise bei Auswahl, Beschaffung und Einführung von Organisationsmitteln (z. B. Kopiergeräte, PC's) unter Berücksichtigung des EG-Binnenmarktes ab 1992 (EG-Richtlinien vom 22. März 1988), Amtsbl. d. Europäischen Gemeinschaften 80/767/EWG
- Von der IST-Analyse bis zur Implementierung
- Arbeitsplatzgestaltung (insbesondere Anforderungen an Bildschirmarbeitsplätze)
- Erfahrungsaustausch über Beschaffung und Einsatz von Text- und Datenverarbeitungsgeräten.

Zeitplan: Das Seminar umfaßt 24 Unterrichtsstunden und wird an sechs Vormittags, jeweils freitags von 8.15 bis 11.30 Uhr durchgeführt.

Das Seminar beginnt am 2. Juni 1989 und endet am 7. Juli 1989.

Dozent: Kurt Pilger

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 139,20 DM; für Nichtmitglieder 175,20 DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 7. April 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar

StAnz. 17/1989 S. 970

BUCHBESPRECHUNGEN

Beihilfavorschriften — Unterstanzungsgrundsätze — Vorschubrichtlinien. Von **Mildenberger/Hoffmann/Roderburg/Pohl.** Kommentar mit Ausführungs-, Vollzugs- und Nebenvorschriften sowie Musterbeispielen für Bund und Länder. Loseblattsammlung, bisher (5 Bände), 7. Aufl., 47./21., 48./22. und 49./23. Erg.Liefg. Mit der 49./23. Erg.Liefg. von bisher 5 auf 3 Bände gekürzt, Gesamtwerk 128,— DM (Rechtsstand 1. November 1988). Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, 8000 München 80.

Bei den Ergänzungslieferungen werden u. a. folgende Bereiche auf den neuesten Stand gebracht:

- die noch ausstehenden Anmerkungen zu § 16 BhV (Beihilfen beim Tode des Beihilferechtigten),
- die neue Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ),
- die Änderung der Beihilfavorschriften durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift des BMI vom 12. Februar 1988 Nr. D III 5 — 213100 — 1/1h,
- die noch ausstehenden Anmerkungen zu Art. 2 VV (Aufwendungen bei Empfängnisregelung, nicht rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch und nicht rechtswidriger Sterilisation).

Die Kommentierung des neuen Beihilferechts („BhV 85“) ist nunmehr komplett. Die 49. Ergänzungslieferung bringt u. a. Ergänzungen zur Kommentierung der Beihilfavorschriften sowie die am 1. Juli 1988 in Kraft getretene Neufassung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Weiter wurden mit aufgenommen die Durchführungshinweise des BMI zum Gebührenrecht und das jüngste innenministerielle Rundschreiben zur Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für kieferorthopädische Behandlung.

Mit der 49. Ergänzungslieferung wird eine gründliche Umstrukturierung des Kommentars vorgenommen.

Herausgenommen wurden die Beihilfavorschriften 1959/Fassung 79, die für eine Übergangszeit im Werk belassen worden waren. Fortgeführt wird künftig nur noch der Länderteil, für den das Bundesrecht unmittelbar Anwendung findet bzw. mit der Bundesregelung weitgehend übereinstimmt.

Durch diese Umgestaltung (Straffung) des Werks ist es dem Verlag gelungen, den Preis auf 128,— DM zu reduzieren.

Das neue Gesamtwerk ist somit ein preiswertes Nachschlagewerk, das klar gliedert und gut verständlich das Beihilferecht erläutert. Die Übersichtlichkeit dieses Werkes dürfte somit auch in Zukunft sichergestellt werden.

Die Änderung der Beihilfavorschriften durch den BMI zum 1. Januar 1989 werden in erheblichem Umfang die Beihilfavorschriften ändern. Eine entsprechende Überarbeitung dieses Kommentarteils wird erforderlich werden.

Die Fülle der Informationen ist trotz Kürzung beachtlich, bei gleichzeitiger Beschränkung auf das Wesentliche. Ein allgemein verständlicher Stil fördert die Lesbarkeit und das Verständnis.

Der Kommentar ist mit seiner fachlichen Kompetenz ein unentbehrlicher Ratgeber zum Beihilferecht.

Verwaltungsangestellter **Armin Backes**

Drittes deutsch-polnisches Kolloquium über Strafrecht und Kriminologie. Von **Albin Eser, Günther Kaiser** und **Ewa Weigend** (Hrsg.). 1988, 501 S. Salesta brosch., 96,— DM. Nomos Verlagsgesellschaft, 7570 Baden-Baden. ISBN 3-789-01697-7

Das Max-Planck-Institut in Freiburg für ausländisches und internationales Strafrecht veranstaltet gemeinsam mit der polnischen Akademie der Wissenschaften seit 1981 in unregelmäßigen Abständen ein strafrechtliches bzw. kriminologisches Kolloquium. Der hier besprochene Band gibt die Referate und eine Diskussionszusammenfassung über das dritte deutsch-polnische Kolloquium dieser Art in Krakau vom Oktober 1986 wieder. Auch über die vorhergegangenen Kolloquien in den Jahren 1981 und 1984 sind jeweils entsprechende Dokumentationen der jeweiligen Kolloquien erschienen.

Das Kolloquium von 1986 widmete sich drei Themenschwerpunkten:

1. der Täterschaft und ihren Erscheinungsformen,
2. den sogenannten Vorverschulden,
3. der Jugendkriminalität und Jugendgerichtsbarkeit.

Dokumentationen solcher Kolloquien beziehen ihren Reiz in erster Linie aus der Rechtsvergleichung in der strafrechtlichen und kriminalpolitischen Behandlung von Kriminalitätsproblemen in unterschiedlichen staatlichen Systemen und Gesellschaftsordnungen. Unter diesem Gesichtspunkt ist im vorliegenden Band insbesondere die Behandlung von Jugendkriminalität und die Jugendgerichtsbarkeit von Interesse. Während die deutschen Beiträge von Heinz und Schöch einen umfassenden Einstieg und Überblick über die derzeit in der Bundesrepublik aktuelle Behandlung von Jugenddelinquenz, sei es im Bereich der Jugendhilfe, sei es im Bereich des Jugendstrafrechts, dem kriminologisch orientierten Leser jedoch nichts wesentlich Neues geben, zeigen hingegen die polnischen Beiträge von Ostrihanska und Strzembosz interessante Aspekte zur präventiven Arbeit der polnischen Jugendgerichtsbarkeit bei abweichendem Verhalten von Jugendlichen auf. Nicht nur, daß die Durchführung des gesamten Verfahrens in Jugendsachen (Aufklärung, Verurteilung und Vollstreckung) in der Hand des Familienrichters konzentriert bleibt und damit, im Gegensatz zum deutschen Jugendstrafrecht, einspurig verfahren wird, ist von Interesse, sondern auch die darin wiedergegebenen Untersuchungen über die Reaktionen sozial fehlangepaßter Jugendlicher im Schulbereich bringen hier interessante Einblicke.

Zunächst erweist sich nach diesen polnischen Untersuchungen, daß, ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland, die Mehrheit der Straftaten Jugendlicher nicht aufgeföhrt wird und die Gesellschaft auf die Mehrzahl der Delikte im Rahmen der normalen alltäglichen Konfliktbewältigung reagiert, ohne sich institutioneller Reaktionsmittel zu bedienen. Ca. 7% männliche Jugendliche eines Jahrgangs treten gerichtlich in Erscheinung, das Dunkelfeld ist dementsprechend hoch anzusetzen. Die Überprüfung, ob die einer strafrechtlichen Intervention ausgesetzten Minderjährigen sich nach einigen Jahren sozial besser einfügen konnten als diejenigen, die nicht vor Gericht erscheinen mußten, besagt, daß keine wesentlichen Unterschiede in der sozialen Anpassung zwischen beiden Gruppen festzustellen waren. Dieses Ergebnis der Untersuchung erscheint um so bemerkenswerter, als im Rahmen der berichteten Untersuchung „sozial fehlangepaßte“ Jugendliche aus Warschauer Grundschulen überprüft worden waren, die ähnliche soziale Bedingungen und Milieuverhältnisse aufwiesen. Dies bedeutete, daß familienge-

richtliche Interventionen, vor allem die im polnischen Recht vorgesehene Amtsvormundschaft, die sogenannte Elternaufsicht oder die Einweisung in eine Besserungsanstalt wenig sozialpräventive Effekte aufwiesen. Dem entsprach auch die Selbsteinschätzung der Betroffenen: Sowohl diejenigen, die einer gerichtlichen Intervention ausgesetzt waren, als auch diejenigen, die ihr entgingen, führten spätere „Besserungen“ ausschließlich auf Reifungsprozesse und Integrationen im sozialen Umfeld, z. B. durch Ehe oder Bekanntschaft mit einer „positiven“ Freundin, zurück.

Daraus wird deutlich, daß kriminologische Erkenntnisse in der Bundesrepublik, wonach sich informelle Erledigungen von Jugendstrafverfahren den formellen Erledigungen durch jugendrichterliche Urteile zumindest nicht als unterlegen erweisen, auch in einem anderen Gesellschaftssystem mit anderen jugendrichterlichen Reaktionsweisen bestätigt werden. Je mehr daher jugendliches Fehlverhalten, zumindest im Bereich der Bagatel- bis mittleren Kriminalität, als jugendtypisch begriffen wird und zu weniger formellen, staatlichen Reaktionen führt, um so gelassener, aber auch zugleich spezifischer, kann sich die Kriminalpolitik erlauben, auf Jugendkriminalität durch Zurückhaltung zu reagieren.

Oberstaatsanwalt Dr. **Wolfram Schädl er**

Meine Lohn- und Einkommensteuer — ABC für den Lohn- und Einkommensteuerzahler mit der Grund- und Splittingtabelle zur Einkommensteuer 1988 und 1989 sowie den Monatslohnsteuertabellen A und B für 1988 und 1989. Von **Dipl.-Finanzwirt (FH) Dieter Kattenbeck**, Oberamtsrat. 18. Aufl. 1989. 544 S., DIN A6, kart., 8,60 DM. Walhalla und Praetoria Verlag, 8400 Regensburg 1. ISBN 3-802-97720-3

Welche Reisekosten kann ein Arbeitnehmer aus Anlaß einer Dienstreise steuerlich als Werbungskosten absetzen? Welche Aufwendungen sind im Falle beruflich bedingter doppelter Haushaltsführung abzugsfähig? Inwieweit können sich Unterhaltsleistungen an Angehörige als außergewöhnliche Belastungen auswirken? Diese und viele andere Fragen beantwortet Kattenbeck in seinem Ratgeber „Meine Lohn- und Einkommensteuer“, der sich in erster Linie an den großen Kreis der Lohnsteuerzahler wendet.

Hier erföhrt der Leser, wie durch einen Antrag auf Lohnsteuerermäßigung und Eintragung eines Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte sowie durch zutreffende Wahl der günstigsten Steuerklassenkombination bei Ehegatten die Steuerbelastung von Anfang an möglichst niedrig gehalten wird, in welchen Fällen ein Lohnsteuerjahresausgleich beantragt werden kann und wann eine Einkommensteueranmeldung erforderlich wird. Ein Lohnsteuer-ABC mit mehr als 150 Stichworten sowie ein systematischer Überblick über die Einkommensteuer bieten die Möglichkeit, sich schnell und leicht verständlich über die am häufigsten vorkommenden Einzelkomplexe aus dem Lohn- und Einkommensteuerrecht zu informieren.

Anhand von Berechnungsschemen kann der Leser seine Einkünfte, die abzugsfähigen Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen bis hin zum zu versteuernden Einkommen sowie der zu erwartenden Steuererstattung bzw. -nachzahlung selbst ermitteln. Auch Muster für das Ausfüllen verschiedener Antragsformulare fehlen in diesem Leitfadentext nicht.

Von besonderem Wert ist der umfangreiche Tabellenteil. Neben der Einkommensteuer-Grundtabelle und -Splittingtabelle für die Jahre 1988 und 1989 sind sowohl die allgemeine Lohnsteuertabelle für monatliche Gehaltszahlung als auch die besondere Lohnsteuertabelle, die in erster Linie Beamte, Richter, Berufssoldaten und Pensionäre betrifft, abgedruckt.

Der bereits in 18. Auflage erschienene Ratgeber steht durch die Aufnahme des Steuererstattungs-Erweiterungsgesetzes 1988 auf dem neuesten Rechtsstand. So berücksichtigt er neben dem neuen Tarifwerk bereits die ab 1. Januar 1988 wirksam gewordene Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge.

In einem „aktuellen Kapitel“ hat der Verfasser die wichtigsten Änderungen zusammengefaßt, die sich durch das Steuerreformgesetz ab 1990 für die Arbeitnehmer ergeben werden. Daneben erföhrt der Leser, was es mit der zum 1. Januar 1989 eingeföhrt 10%igen Kapitalertragsteuer oder auch Quellensteuer auf sich hat, welche Kapitalerträge dieser Steuer unterliegen, unter welchen Voraussetzungen auf deren Einbehaltung verzichtet bzw. bereits einbehaltene Steuer erstattet werden kann und was das Amnestiegesetz denjenigen Steuerzahlern bringt, die bislang ihre Kapitaleinkünfte nicht vollständig erklärt haben.

Da die Erläuterungen verständlich gehalten sind, ohne zu sehr ins Detail zu gehen, ist dieser Ratgeber eine bequeme, handliche und preiswerte Hilfe für jeden, der den verständlichen Wunsch hat, sich ihm bietende Steuervorteile voll auszuschöpfen.

Amtsrat **Hans-Peter Antweiler**

Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II). Loseblattsammlung (Textausgabe). 29. Erg.Liefg. z. 5. Aufl./10. Erg.Liefg. z. 8. Aufl., 120 S., 25,20 DM, Gesamtwerk, 582 S., 1. Ordn., 48,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, 8000 München 80. ISBN 3-807-30050-3

In der vorliegenden Ergänzungslieferung sind die folgenden Tarifverträge berücksichtigt:

1. Änderungstarifvertrag Nr. 44 zum MTL II,
2. Änderungstarifvertrag Nr. 7 zum Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Arbeiter,
3. 28. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen,
4. Änderungstarifvertrag Nr. 5 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende.

Sämtliche Tarifverträge tragen das Datum vom 5. Juli 1988.

Daneben sind die für 1989 geltenden Lohn Tabellen berücksichtigt und die für 1989 geltenden Sätze der Ausbildungsvergütung eingearbeitet. Ferner sind im Bundeskindergeldgesetz die Änderungen durch Art. 25 des Steuerreformgesetzes 1990 aufgenommen. Die Änderungen der Arbeitsentgeltverordnung bzw. der Sachbezugsverordnung durch die Verordnung zur Änderung der Sachbezugsverordnung 1988 und der Arbeitsentgeltverordnung vom 6. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2208) sind nur insoweit berücksichtigt, als aus dem Referentenentwurf die für 1989 geltenden Sachbezugswerte entnommen worden sind.

Die Ergänzungslieferung befindet sich auf dem Stand 1. Januar 1989.

Oberamtsrat **Manfred Michler**

Das Wohneigentum in der Einkommensteuer. Von Robert E. Fricke. 1989, 2. Aufl., 231 S., DIN A5, Umschlag folienkaschiert, 25,80 DM zzgl. Versandkosten u. Porto. Verlag Deutsches Volksheimstättenwerk GmbH, 5300 Bonn 1. ISBN 3-879-41050-0.

Die Neuregelung der Besteuerung der eigenen Wohnzwecken dienenden Wohnung im eigenen Haus hat auch mehr als zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten noch nichts an Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil: das Ausmaß der Probleme nimmt eher zu und stellt Wohnungseigentümer wie Finanzverwaltung vor immer neue Fragen. Das nunmehr in 2. Auflage vorliegende Werk von Robert E. Fricke, „Das Wohneigentum in der Einkommensteuer“, kann daher sicher sein, weiterhin auf einen großen Interessentenkreis, insbesondere im Bereich der Immobilienberater und Hausbesitzer, zu stoßen. Vor allem für den privaten Investor, der sich mit dem Gedanken trägt, etwa ein Mietwohngrundstück zu errichten und dieses teilweise auch zu eigenen Wohnzwecken zu nutzen, enthält das Buch wertvolle Hinweise, die ihm helfen, sich im Dickicht der einschlägigen gesetzlichen und außergesetzlichen Regelungen zurechtzufinden. Hierzu tragen die auch für den Laien verständliche Sprache sowie die zahlreichen Beispiele, die das jeweilige Rechtsproblem lebensnah erläutern, entscheidend bei. Eine detaillierte Gliederung und ein Stichwortverzeichnis erleichtern auch dem mit der schwierigen Materie nicht vertrauten Benutzer den Zugang zu den ihn interessierenden Fragen. Ein Anhang mit den wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsanweisungen runden das gelungene Werk ab.

Regierungsrat Hanns-Karl Hoffmann

Constitutional Review and Legislation. Von Christine Landfried (Hrsg.). 1988, 266 S., Salesta geb., 89,- DM, Nomos Verlagsgesellschaft, 7570 Baden-Baden. ISBN 3-789-01640-3

Die Einwirkungen der Verfassungsrechtsprechung auf die Gesetzgebung, wie sie der Titel etwas farblos umschreibt, sind dem interessierten deutschen Leser als Problem seit langem vertraut. Das Bundesverfassungsgericht sieht sich immer wieder vor der Notwendigkeit, Normen zu beanstanden und als Begründung auch zu beschreiben, mit welchem Inhalt sie etwa noch verfassungsmäßig hätten sein können. Immer wieder ist es dafür auch gescholten worden; die literarischen Versuche, Aufgaben und Grenzen einer solchen Verfassungsgerichtsbarkeit in einen größeren theoretischen Zusammenhang zu stellen, sind heute kaum noch zu überschauen und inhaltlich bei weitem nicht erschöpft.

Der vorliegende Band, das Ergebnis einer Konferenz vom Frühjahr 1987, versucht, dem Thema im Wege der Rechtsvergleichung beizukommen, geht es jedoch in seinen Versuchen übergreifender Theoriebildung vor allem mit dem Blick auf die deutsche Verfassungsentwicklung an. Er faßt zunächst eine Reihe von Beiträgen über die Funktionsweise der Verfassungsgerichtsbarkeit in einzelnen Staaten insbesondere Westeuropas zusammen — berücksichtigt sind Österreich, Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland —, behandelt schon aus Gründen der gebotenen historischen Legitimation die USA und gleichsam als Gegenmodell die Rechtslage in Polen, hier mit einer beiläufigen Erwähnung auch von Jugoslawien und Ungarn, und schließlich die UdSSR. Manches davon ist ähnlich schon in dem von Starck und Weber im Jahre 1986 herausgegebenen Sammelband über die „Verfassungsgerichtsbarkeit in Westeuropa“ nachzulesen. Die Verfasser, durchweg als Hochschullehrer tätig, stellen hier die ganz unterschiedlichen Systeme für die Besetzung der Verfassungsgerichte, ihre Aufgaben und in den Grundzügen ihre Arbeitsweise dar und bietet damit ein hilfreiches Arbeitsmittel, sei es für vergleichende Überlegungen, sei es für eine vertiefende Beschäftigung mit einzelnen Modellen. Daß der österreichische Beitrag als einziger auf weiterführende Literaturhinweise verzichtet, der Leser sich hierfür also auf den Aufsatz von Korinek in dem schon zitierten Sammelband von Starck/Weber verwiesen sieht, erweist sich mindestens als Schönheitsfehler. Andererseits trifft gerade dieser Bericht ähnlich wie derjenige der Herausgeberin über die Bundesrepublik das Thema insgesamt genauer, weil er sich auch um eine verfassungstheoretische Einordnung seines Gegenstandes bemüht und hierbei, sieht man von dem Ausgangspunkt einer als wertfrei verstandenen Verfassung ab, zu einer allgemeinen Zustandsbeschreibung gelangt, mit der sich auch wesentliche Ergebnisse unserer eigenen Verfassungsrechtsprechung plausibel erfassen lassen. Einen betont politologischen Ansatz verfolgt dagegen der Bericht über die Wechselbeziehungen zwischen der Rechtsprechung des Supreme Court der USA und den Aktivitäten, mit denen der Kongreß — und, über sein Richtervorschlagsrecht, der Präsident — vor allem auf dessen Rechtsprechung zur Rassenintegration, zum Schulgebet und zur Abtreibung reagiert hat. Hier tritt die Rechtsprechung ganz überwiegend nur als auslösender Faktor in Erscheinung, und es sind vor allem die in unserer Verfassung nicht denkbaren Bemühungen der Legislative, solchen Entscheidungen ihre Wirksamkeit zu nehmen, die mit besonderer Aufmerksamkeit in den Blick genommen werden.

In seinem Interesse unmittelbar angesprochen wird der deutsche Leser von dem Länderbericht der Herausgeberin — ergänzt durch zwei kluge, leider zu kurze Anmerkungen der Verfassungsrichter Grimm und Mahrenholz —, die einleitende Betrachtung von Beyme's über die nicht nur historischen Entstehungsbedingungen verfassungsrechtlicher Kontrolle und den Versuch einer übergreifenden Strukturanalyse, mit dem von Brünneck den Band abschließt. Hier und in der Einführung von Landfried in das Thema finden sich diejenigen Aussagen, die auf Allgemeineres zielen und über die zu streiten Freude machen würde. Diese Auseinandersetzung läßt sich in einer Buchbesprechung schon aus Platzgründen nicht führen. Bedenken sollen daher nur in einzelnen Punkten angemerkt werden:

Ob mindestens nach dem hier aufbereiteten Material schon von einer gerade strukturell bedingten Tendenz gesprochen werden kann, die Aufgaben verfassungsrechtlicher Kontrolle zunehmend ähnlich zu lösen, wie sie diese drei Autoren übereinstimmend beobachten, und ob diese Trennung bis in die Abstufungen des Grundrechtsschutzes hinein gerade der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und ihrer angeblichen Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Notwendigkeiten entspricht, wird man bezweifeln können. Daß das Bundesverfassungsgericht offensichtlich bedeutende sozialreformerische Projekte der sozialliberalen Koalition verhindert hätte, spitzt die Aussagen der Herausgeberin in ihrer Dissertation (Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber, 1984, S. 147) unzulässig zu; und daß ein Gesetzgeber, dem sonst im Anschluß an Benda vorgeworfen wird, er reagiere auf verfassungsgerichtliche Entscheidungen „eher mit Vorsicht und gelegentlich sogar mit übertriebener Ängstlichkeit als mit einer Haltung des Trotzes“ — daß dieser Gesetzgeber aus der Rechtsprechung zur Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Mindestausstattung als Ausdruck der Menschenwürde tatsächlich keinerlei Konsequenzen gezogen haben sollte, hätte wohl doch näher begründet werden müssen.

Darin liegt zugleich über diese eher provozierenden Beispiele hinaus die Schwäche dieses sonst nützlichen Bandes. Schon für das Bundesverfassungsgericht läßt sich bislang nur in Einzelfällen eine Wirkungsgeschichte seiner Entscheidungen

schreiben, aber dennoch mit angeblichen Verstößen gegen ein nicht weiter umschreibbares Gebot des „judicial self-restraint“ geschickt, plausibel und folgenreich argumentieren. Die unterschiedliche Kontrolldichte durch die Verfassungsrechtsprechung wird zunehmend systematisiert, die Maßstäbe jedoch, an denen diese Rechtsprechung selbst gemessen werden soll, werden, wenn sie denn überhaupt schon brauchbar sein sollten, hier jedenfalls nicht aufgedeckt. Um so mehr gilt dies für die Bewertung fremder Entscheidungen. So entwickeln die Autoren, soweit sie über inhaltliche Informationen hinausgehen, gewiß anregende und im Einzelfall auch einleuchtende Erklärungsmodelle. Die ihnen zugrunde liegende verfassungsrechtliche Realität müßte indessen noch methodisch erfragt und verarbeitet werden.

Ministerialdirigent Dr. Herbert Günther

Notstandsrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Begründet von Senatspräsident a. D. Richard Töpfer, fortgeführt von Dr. Fritz Lind, Senatspräsident a. D. Loseblattsammlung, DIN A5, 105. Erg.Liefg., 84,— DM, 106. Erg.Liefg., 82,— DM, 107. Erg.Liefg., 89,— DM, 108. Erg.Liefg., 84,— DM, 109. Erg.Liefg., 84,— DM, 110. Erg.Liefg., 91,— DM, 111. Erg.Liefg., 91,— DM; Gesamtwerk, 5 Plastikordn., 80,50 DM. Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha am Starnberger See. ISBN 3-796-20327-2

Mit den vorliegenden sieben Ergänzungslieferungen, die in der Zeit vom Juni 1988 bis Februar 1989 erschienen sind, wurden die bundesrechtlichen Vorschriften der Sammlung auf den Stand vom 1. Juni 1988 gebracht.

In den Bundesteil neu aufgenommen bzw. auf den neuesten Stand gebracht wurden folgende Vorschriften:

- Neufassung des Erdölbewirtschaftungsgesetzes vom 8. Dezember 1987,
- Richtlinie für den Fachkundenachweis von Kernkraftwerkspersonal vom 13. November 1987,
- Richtlinie für die Sicherheitsüberprüfung von Personal in kerntechnischen Anlagen bei der Beförderung und Verwendung von Kernbrennstoffen vom 26. Mai 1987,
- Bekanntmachung der Verfahrensregeln für die Förderung der Errichtung von öffentlichen Schutzräumen des Grundschutzes i. V. m. unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckbauten) vom 21. September 1987,
- Neufassung des Unterhaltssicherungsgesetzes vom 14. Dezember 1987,
- Grundsätze zur Durchführung der Sicherheitsverfilmung von Archivalien vom 13. Mai 1987,
- Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Personen im Rahmen des Geheimnisses — Sicherheitsrichtlinien — vom 11. November 1987,
- Neufassung der Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten gemäß § 16 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes (VwV-Selbstschutz) vom 11. Mai 1971 (Bek. d. BMI vom 15. Dezember 1987),
- Bekanntmachung der Grundsätze zur Dokumentation technischer Unterlagen durch Antragsteller/Genehmigungsinhaber bei Errichtung, Betrieb und Stilllegung von Kernkraftwerken vom 19. Februar 1988,
- Neufassung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes vom 28. Januar 1988,
- Mineralölbewirtschaftungs-Verordnung (MinÖlBewV) vom 19. April 1988,
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Mineralölbewirtschaftungs-Verordnung (MinÖlBewVwV) vom 12. April 1988.

Es würde zu weit führen, hier sachliche Änderungen und Ergänzungen einzeln aufzuführen, die bei weiteren verschiedenen bundesrechtlichen Vorschriften vorgenommen wurden. Insgesamt wurden acht z. T. umfangreiche Änderungen sowie viele Ergänzungen in den Anmerkungen vorgenommen.

Trotz der vielen in kurzen Abständen (1—2 Monate) erfolgenden sehr umfangreichen Ergänzungslieferungen konnte der Herausgeber die Aktualisierung des Werkes nur mit einem Rückstand von fast einem Jahr vornehmen.

Der überwiegende Teil der sieben Ergänzungslieferungen beinhaltet Vorschriften aller Bundesländer. Auch hier konnte der Herausgeber eine Aktualisierung nur bis zum Stand vom 1. Januar 1988 und bei Baden-Württemberg vom 1. Juni 1988 erreichen.

Worauf bei der letzten Besprechung dieses Werkes bereits hingewiesen wurde, wird mit der vorliegenden 7. Ergänzungslieferung fortgesetzt, nämlich Verlagerung des Schwerpunkts der Vorschriften auf die Landesteile zum Nachteil bundesrechtlicher Vorschriften.

Wegen der großen Anzahl landesrechtlicher Einzelvorschriften, Ergänzungen, Änderungen und Anmerkungen muß hier auf eine Aufzählung verzichtet werden.

Kritisch anzumerken ist, daß der Herausgeber keine klare Trennung zwischen bundes- und landesrechtlichen Vorschriften und deren Zuweisung in dem Werk vornimmt. So wird z. B. die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern über die Prüfung und Anmerkung von Feuerlöschmitteln- und Feuerwehrgeräten vom 21. Dezember 1981 anstelle eines einmaligen Abdrucks im Bundesteil in verschiedenen Landesteilen (Baden-Württemberg Nr. 75.1, Berlin Nr. 7.1, Hessen Nr. 81, Nordrhein-Westfalen Nr. 15.2, Saarland Nr. 16.1) jeweils im vollen Wortlaut abgedruckt. Ein weiteres Beispiel ist die Verwaltungsvereinbarung über eine Entschädigung unter Billigkeitgesichtspunkten für Schäden infolge des Unfalles im Kernkraftwerk in Tschernobyl vom 18. Juli 1986. Obwohl dies eine zwischen Bund und den Ländern abgeschlossene Vereinbarung ist, die im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht wurde, hat der Herausgeber diese Vorschrift nicht im Bundesteil, sondern in folgenden Landesteilen jeweils im vollen Umfang abgedruckt:

Baden-Württemberg	Nr. 99,
Berlin	Nr. 17,
Saarland	Nr. 43.

In einigen anderen Ländern hat sich der Herausgeber mit einem Hinweis auf diese Vorschrift begnügt.

Zu erwähnen ist ferner noch das Gesetz zum Abkommen über die wasserschutzpolizeilichen Zuständigkeiten auf dem Küstengewässer vom 12. Dezember 1986. Dieses Gesetz hat der Herausgeber im vollen Wortlaut bereits in drei Landesteile aufgenommen, obwohl eine einmalige Aufnahme mit vollem Wortlaut und Verweisen auf diese Fundstelle genügt hätte.

Zu der weitgehenden Aufnahme von Vorschriften in dieses Werk mit dem Titel „Notstandsrecht“, die dem Notstandsrecht auch nicht im weitesten Sinne zuzuordnen sind, wird auf die letzte Besprechung dieses Werkes im Staatsanzeiger verwiesen.

Ministerialrat Rudolf Handwerk

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1989

MONTAG, 24. APRIL 1989

Nr. 17

Güterrechtsregister

1790

GR 676 — Neueintragung — 15. 3. 1989: Rüppel, Georg Werner, geboren am 22. 12. 1954, und Sonja Olga Anna, geb. Kleiner, geboren am 12. 12. 1957, Am Junkersberg 3 in 6431 Hauneck. Durch notariellen Vertrag vom 5. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6430 Bad Hersfeld, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1791

Neueintragungen beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe

GR 2126 — 27. 1. 1989: Günter Klamm, geboren am 22. 3. 1945, Carla Klamm geb. Störkel, geboren am 11. 4. 1957, Friedrichsdorf/Taunus. Durch Vertrag vom 5. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2127 — 22. 3. 1989: Horst Leven, geboren am 15. 6. 1932, Rosel Leven geb. Buchsbaum, geboren am 4. 5. 1940, Steinbach/Taunus. Durch Vertrag vom 2. Februar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2128 — 22. 3. 1989: Karl-Heinz Plaschke, geboren am 15. 6. 1951, Brunhilde Plaschke geb. Syguda, geboren am 30. 3. 1953, Friedrichsdorf/Taunus. Durch Vertrag vom 16. Februar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2129 — 22. 3. 1989: Dieter Fritzel, geboren am 3. 8. 1956, Beate Fritzel geb. Altbach, geboren am 25. 8. 1961, Bad Homburg v. d. Höhe. Durch Vertrag vom 19. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2130 — 22. 3. 1989: Dr. Erich Beckmann-Mijić geb. Beckmann, geboren am 22. 8. 1927, Slavka Beckmann-Mijić geb. Mijić, geboren am 25. 9. 1952, Bad Homburg v. d. Höhe. Durch Vertrag vom 16. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 6. 4. 1989
Amtsgericht

1792

8 GR 777 — Neueintragung — 5. 4. 1989: Die Eheleute Heinz Georg Pullmann geb. 16. 6. 1941, und Terezija Staba geb. Husniak, geb. 27. 11. 1950, 6112 Groß-Zimmern, haben durch Vertrag vom 8. Dezember 1988 Gütertrennung vom Tage der Eheschließung an vereinbart.

6110 Dieburg, 5. 4. 1989 **Amtsgericht**

1793

Neueintragungen beim Amtsgericht Frankfurt am Main

73 GR 16 033: Peter Henri Gustav Ulrich, geboren am 27. Januar 1932, und Gertrud Katharina, geborene Muthig, geboren am 2. Januar 1935, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 15. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 048: Aleksandar Zirovčić, geboren am 19. Oktober 1950, und Mila, geborene Ljubas, geboren am 2. Januar 1953, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 17. November 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 049: Dietmar Bastian, geboren am 1. Oktober 1953, und Irina, geborene Pyschenkowa, geboren am 24. April 1961, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 25. August 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 050: Dieter Pfaff, geboren am 14. Juni 1940, und Barbara Elisa Anna, geborene Müller, geboren am 24. April 1942, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 17. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 051: Hans-Günther Groh, geboren am 6. März 1956, und Ulrike, geborene Müller, geboren am 29. November 1959, Hofheim am Taunus. Durch Ehevertrag vom 2. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 052: Hagen Wolf, geboren am 20. Oktober 1942, und Doris, geborene Reininger, geboren am 19. Februar 1963, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 17. November 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 053: Petrus Johannes van den Berg, geboren am 4. August 1947, und Evangeline Elizabeth, geborene Raper, geboren am 28. August 1946, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 11. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 054: Heinz Dieter Schmitt, geboren am 17. Januar 1953, und Marica, geborene Tadic, geboren am 16. September 1964, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 28. November 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 055: Wolfgang Hildebein, geboren am 9. Juni 1939, und Christiana, geborene Höhne, geboren am 23. August 1944, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 17. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 056: Walter Hablowetz, geboren am 15. Dezember 1947, und Zita, geborene Meyer, geboren am 7. Januar 1935, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 6. Februar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 057: Giovanni Rago, geboren am 3. August 1954, und Birgit Dagmar, geborene Krämer, geboren am 29. August 1960, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 2. Februar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 058: Ernst Schönmann, geboren am 28. April 1928, und Wilhelmine Maria Helga, geborene Handel, geboren am 27. Juni 1929, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 19. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 059: Hans-Jürgen Schober, geboren am 13. Oktober 1951, und Rosemarie Eleonore Simon-Schober geborene Simon, geboren am 12. September 1953, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 3. Februar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 060: Noberto Ariel Ganapol, geboren am 11. Februar 1956, und Sonia Eisenbaum geborene Eisenbaum, geboren am 1. April 1959, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 12. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 061: Robert Matzke, geboren am 21. Juni 1963, und Christine, geborene Lotz, geboren am 27. Februar 1963, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 21. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 062: Johann George Bock, geboren am 3. Oktober 1904, und Charlotte Eilfriede, geborene Pintsch, geboren am 29. März 1928, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 18. November 1988 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

73 GR 16 063: Bernd Josef Dünwald, geboren am 30. Dezember 1942, und Rita, geborene Heckerroth, geboren am 6. September 1957, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 19. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 064: Klaus Dieter Licht, geboren am 14. Dezember 1950, und Hiltrud, geborene Winter, geboren am 21. März 1958, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 11. März 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6000 Frankfurt am Main, 4. 4. 1989
Amtsgericht, Abt. 73

1794

GR 404 — Neueintragung — 11. 4. 1989: Eheleute Horst Hans Keiner, geboren am 3. 1. 1942, und Ingeborg Theresia Magdalena Keiner geb. Fischer, geboren am 2. 5. 1947, beide Jahnstraße 12, 6255 Dornburg-Frickhofen. Durch Vertrag vom 8. März 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6253 Hadamar, 11. 4. 1989 **Amtsgericht**

1795

GR 406 — Neueintragung — 29. 3. 1989: Eheleute Metzgermeister Olaf Quarg, geboren am 29. 4. 1955, und Krankenschwester Elke Bernhammer-Quarg geb. Bernhammer, geboren am 8. 6. 1964, beide wohnhaft Jahnstraße 3, 6348 Herborn. Durch Ehevertrag vom 26. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6348 Herborn, 29. 3. 1989 **Amtsgericht**

1796

GR 361 — Neueintragung — 6. 4. 1989: Eheleute Schmidt, Horst, geboren am 15. 8. 1947, und Schmidt geb. Hanuschka, Anna Marianne, geboren am 21. 2. 1952, beide wohnhaft 3570 Stadtallendorf. Durch notariellen Vertrag vom 29. Dezember 1983 ist Gütertrennung vereinbart.

3575 Kirchhain, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1797

8 GR 1363 — Neueintragung — 29. 3. 1989: Eheleute Günther Alfred Gondrom, geboren am 25. 8. 1946, und Dorothea Helene Gondrom geb. Wilms, geboren am 25. 5. 1948, beide wohnhaft in Eppstein. In der notariellen Urkunde vom 23. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 29. 3. 1989
Amtsgericht

1798

8 GR 1364 — Neueintragung — 29. 3. 1989: Eheleute Dr. Harald Konrad Oskar Leimsner, geboren am 18. 2. 1946, und Christiane Renate Grimm-Leimsner, geboren am 15. 10. 1961, beide wohnhaft in Bad Soden am Taunus. In der notariellen Urkunde vom

19. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 29. 3. 1989
Amtsgericht

1799

GR 598 — Neueintragung — 5. 4. 1989: Die Eheleute Hartmut Nies, geb. 26. 7. 1956, Nidda-Bad-Salzhausen, Im Seefeld 27, und Andrea Irmtraud Nies geb. Wöstefeld, geb. 8. 3. 1963, Ranstadt 1, Angerstraße 11, haben durch Vertrag vom 5. Dezember 1988 Gütertrennung vereinbart.

6478 Nidda, 5. 4. 1989 Amtsgericht

1800

GR 5181 — Neueintragung — 7. 4. 1989: Eheleute Imre Acs und Magda Acs geb. Strasser in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 12. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

6050 Offenbach am Main, 7. 4. 1989
Amtsgericht, Abt. 5

1801

GR 502 — Neueintragung — 30. 3. 1989: Riddle, Angus Glen, geboren am 9. 10. 1935 in Darlington/Florida, und Riddle geb. Henkel, Ursula Helene, geboren am 12. 12. 1957 in Presberg, Schulstraße 3, 6220 Rüdeshheim am Rhein. Durch notariellen Vertrag vom 19. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

6220 Rüdeshheim am Rhein, 30. 3. 1989
Amtsgericht

1802

GR 592 — Neueintragung — 3. 4. 1989: Die Eheleute Facharzt Dr. Stefan Mosler, geboren am 25. 4. 1941, Obergasse 29, 6390 Usingen, dessen Ehefrau Ruth Mosler geb. Altrock, geboren am 19. 5. 1957, wohnhaft ebenda, haben durch notariellen Vertrag vom 2. Februar 1989 Gütertrennung vereinbart.

6390 Usingen, 3. 4. 1989 Amtsgericht

1803

GR 593 — Neueintragung — 7. 4. 1989: Die Eheleute Dirk Kreissl, geboren am 17. 4. 1963, und Beate Maria Kreissl geb. Glasner, geboren am 21. 12. 1964, beide wohnhaft 6393 Wehrheim/Taunus, Pfaffenwiesbacher Straße 8, haben durch notariellen Vertrag vom 3. März 1989 Gütertrennung vereinbart.

6390 Usingen, 7. 4. 1989 Amtsgericht

1804

Neueintragungen beim Amtsgericht Wetzlar

GR 1160 — 10. 3. 1989: Eheleute Ralf Huchler, Versicherungskaufmann, geboren am 30. 6. 1961, und Ursula, geb. Laux, Versicherungskauffrau, geboren am 16. 3. 1962, Vogelsang 31, 6330 Wetzlar. Durch notariellen Vertrag des Notars Armin Seel in Aßlar vom 10. Februar 1989 — Urkundenrolle Nr. 18/1989 — ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1161 — 17. 3. 1989: Eheleute Wolfgang Reich, geboren am 30. 6. 1958, und Hannelore Reich geb. Dorth, geboren am 27. 10. 1961, Eichendorffring 20, 6336 Solms-Oberndorf. Durch notariellen Vertrag des Notars Christoph Thiel in Wetzlar vom 5. Januar 1989 — Urkundenrolle Nr. 1/1989 — ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1162 — 28. 3. 1989: Eheleute Lothar Martin Krämer, geboren am 22. 11. 1959, und Manuela Herta Krämer geb. Grodd, geboren am 27. 6. 1960, Magdalenhäuser Weg 33 a, 6330 Wetzlar. Durch notariellen

Vertrag des Notars Werner Gerhardt in 6330 Wetzlar vom 20. Februar 1989 — Urkundenrolle Nr. 19/1989 — ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1163 — 31. 3. 1989: Eheleute Kurt Alfred Koschare, geboren am 7. 9. 1954, und Vera Schuppner-Koschare geb. Schuppner, geboren am 25. 9. 1959, Hauptstraße 28, 6331 Schöffengrund-Schwalbach. Durch notariellen Vertrag des Notars Otto Klier in Wetzlar vom 7. Februar 1989 — Urkundenrolle Nr. 83/1989 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 31. 3. 1989 Amtsgericht

Vereinsregister

1805

VR 193 — Neueintragung — 7. 4. 1989: Verein Burgtheater Münzenberg e. V.; Sitz: Münzenberg.

6308 Butzbach, 7. 4. 1989 Amtsgericht

1806

Neueintragungen beim Amtsgericht Frankfurt am Main

73 VR 9264 — 3. 3. 1989: Kleingärtnerverein „Am Bügel“.

73 VR 9265 — 3. 3. 1989: Folk Club Frankfurt.

73 VR 9266 — 3. 3. 1989: INTERNATIONALES FORUM SÜDASIEN INTERNATIONALES FORUM SOUTH-ASIA IFSA.

73 VR 9267 — 9. 3. 1989: Pro Azania.

73 VR 9268 — 9. 3. 1989: International Aids Society.

73 VR 9269 — 9. 3. 1989: Paul Lincke Gesellschaft.

73 VR 9270 — 10. 3. 1989: INTERNATIONALES NETZWERK FÜR SOLIDARITÄT UND INNOVATION IM SOZIALEN, IN TECHNIK UND IN ERZIEHUNG (INSISTE).

73 VR 9271 — 15. 3. 1989: Interessengemeinschaft Großmarkt Frankfurt.

73 VR 9272 — 15. 3. 1989: Kultureller Deutsch-Italienischer Kulturverein.

73 VR 9274 — 17. 3. 1989: HÖCHST VE CEVRESİ TÜRİSLAM BİRLİĞİ.

73 VR 9276 — 17. 3. 1989: Interessengemeinschaft Internationale Deutsche Rallye Meisterschaft.

73 VR 9277 — 17. 3. 1989: Verein der Freunde des Lions Club Frankfurt-Flughafen.

73 VR 9278 — 16. 3. 1989: Verein zur Förderung der Wertpapertechnik am Finanzplatz Deutschland.

73 VR 9279 — 17. 3. 1989: Musica Judaica.

73 VR 9280 — 20. 3. 1989: Kanu- und Naturfreunde, Frankfurt und Umgebung.

73 VR 9281 — 21. 3. 1989: Verein für freizeithliche Jugendbildung.

73 VR 9282 — 22. 3. 1989: Elterninitiative Kinderhort Okriftel.

6000 Frankfurt am Main, 4. 4. 1989
Amtsgericht, Abt. 73

1807

VR 732 — Neueintragung — 10. 4. 1989: Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland Kreisverband Wetterau, Friedberg (Hessen).

6360 Friedberg (Hessen), 10. 4. 1989
Amtsgericht

1808

41 VR 1173 — Neueintragung — 6. 4. 1989: 1. Eisstockschießenverein Maintal-Bischofsheim e. V., Maintal.

6450 Hanau, 6. 4. 1989 Amtsgericht, Abt. 41

1809

VR 323 — Neueintragung — 11. 4. 1989: Biokreis Nordhessen, Immenhausen.

3520 Hofgeismar, 11. 4. 1989 Amtsgericht

1810

VR 419 — Neueintragung — 7. 4. 1989: Frauenchor 1959 Heftrich e. V., 6270 Idstein.

6270 Idstein, 7. 4. 1989 Amtsgericht

1811

VR 373 — Neueintragung — 11. 4. 1989: Athletik Club WASAGER FÜCHSE, 3570 Stadtallendorf.

3575 Kirchhain, 11. 4. 1989 Amtsgericht

1812

8 VR 765 — Neueintragung — 6. 4. 1989: Förderkreis Handwerk e. V., Kelkheim (Taunus).

6240 Königstein im Taunus, 6. 4. 1989
Amtsgericht

1813

VR 584 — Neueintragung — 10. 4. 1989: Commerzia Kreditschutz-Verein, 6124 Beerfelden/Hetzbach.

6120 Michelstadt, 10. 4. 1989 Amtsgericht

1814

Neueintragungen beim Amtsgericht Wetzlar

VR 1192 — 9. 2. 1989: Der Verein „Gesangverein Germania 1866 Leun e. V.“ in 6337 Leun ist heute unter Nr. 1192 in das Vereinsregister bei dem Amtsgericht Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 30. Januar 1988 errichtet.

VR 1193 — 9. 3. 1989: Der Verein „Bund Hessischer Bodybuilder (BHB) e. V.“ in 6335 Lahnau ist heute unter Nr. 1193 in das Vereinsregister bei dem Amtsgericht Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 15. Januar und 14. Mai 1987 errichtet.

6330 Wetzlar, 9. 3. 1989 Amtsgericht

1815

VR 257 — Neueintragung — 6. 4. 1989: Jungbauern-Club Balhorn, Sitz: Emstal-Balhorn.

3549 Wolfhagen, 6. 4. 1989 Amtsgericht

Liquidationen

1816

Als Liquidator des eingetragenen Vereins „Aktionsgemeinschaft Deutsche Fliese“ — 6000 Frankfurt am Main, Friedrich-Ebert-Anlage 38, Postfach 97 01 71, mache ich die Auflösung des Vereins bekannt und ersuche die Gläubiger, etwaige Ansprüche bei mir anzumelden.

6000 Frankfurt am Main, 11. 4. 1989
Der Liquidator
B. Stein, Rechtsanwalt

1817

Der Geselligkeitsclub 1970, Sitz Kassel, ist aufgelöst. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Liquidatorin Frau Erika Brück-Glabasnia, Ziegenhainer Straße 3, 3500 Kassel, zu melden.

3500 Kassel, 11. 4. 1989 Die Liquidatorin

Vergleiche – Konkurse

1818

N 4/89: In dem Konkursöffnungsantragsverfahren über das Vermögen der **RUGRA Graulich GmbH, Treppenbau**, Geschäftsführer Rudolf Graulich, Hersfelder Straße 22, 6325 Grebenau 4, ist die Sequestration und das Veräußerungsverbot aufgehoben.

6320 Alsfeld, 31. 3. 1989

Amtsgericht

1819

6 N 72/87 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen von **Wolfgang Kirchner, Schillerstraße 1, 6365 Rosbach**, Inhaber der Firma Jeans-Treff Hosenshop Wolfgang Kirchner, Strackgasse 1, 6370 Oberursel (Taunus), wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 4. 4. 1989

Amtsgericht

1820

61 N 156/88 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Dieter Olles, Königsteiner Straße 1 b, 6232 Bad Soden, Inhaber des „Hosenladens“, Mathildenplatz 4, 6100 Darmstadt**, wird besonderer Termin zur Genehmigung des Kaufvertrages bezüglich des beweglichen Anlagevermögens gem. § 134 KO bestimmt auf

Dienstag, den 16. Mai 1989, 9.00 Uhr, Saal 8, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15.

6100 Darmstadt, 10. 4. 1989

Amtsgericht

1821

3 N 15/84 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Alfred Hendrich Bekleidungswerke KG, Eschwege**, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter **Alfred Hendrich, Hubertusstraße 6, bei Simon, 3446 Meinhard-Jestädt**, ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, 24. Mai 1989, 11.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bahnhofstraße 30, 3440 Eschwege, Zimmer Nr. 107, I. Stock.

3440 Eschwege, 6. 4. 1989

Amtsgericht

1822

3 N 16/84 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Alfred Hendrich, Hubertusstraße 6, bei Simon, 3446 Meinhard-Jestädt**, ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, 24. Mai 1989, 11.45 Uhr, im Gerichtsgebäude Bahnhofstraße 30, 3440 Eschwege, Zimmer Nr. 107, I. Obergeschoß.

3440 Eschwege, 6. 4. 1989

Amtsgericht

1823

3 N 17/84 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Berkataler Rockfabrik GmbH, Berkatal-Frankershausen**, vertreten durch den Geschäftsführer **Alfred Hendrich, Hubertusstraße 6, bei Simon, 3446 Meinhard-Jestädt**, ist besonderer Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, 24. Mai 1989, 12.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bahnhofstraße 30, 3440 Eschwege, Zimmer Nr. 107, I. Obergeschoß.

3440 Eschwege, 6. 4. 1989

Amtsgericht

1824

81 N 840/88 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Esthetic Institut GmbH Frankfurt, Schlankheitsberatung und Figurpflege, Oederweg 2, 6000 Frankfurt am Main**, gesetzlich vertreten von dem Geschäftsführer **Anton Kerber**, weitere Geschäftsanschriften: **Turnstraße 1 a, 8520 Erlangen, Bertelestraße 60 a, 8000 München 71**, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse gem. § 204 KO eingestellt.

6000 Frankfurt am Main, 10. 3. 1989

Amtsgericht, Abt. 81

1825

81 N 48/89 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Advance Transport Services GmbH**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer **Paul H.-J. Kroppen** in 6000 Frankfurt am Main, **Am Seedamm 48**, mit einer Zweigniederlassung in **Bremerhaven**, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse gem. § 204 KO eingestellt.

6000 Frankfurt am Main, 22. 3. 1989

Amtsgericht, Abt. 81

1826

81 N 234/89: Über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft Walter Siegel, Düsseldorf Strafe 12, 6000 Frankfurt am Main**, wird heute, am 29. März 1989, 13.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Willi Rudolf, Zum-Jungen-Straße 3, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 56 67 39.**

Konkursforderungen sind bis zum 19. Mai 1989, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am 12. Mai 1989, 10.15 Uhr,

Prüfungstermin am 16. Juni 1989, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Gebäude D, III. Stock, Zimmer Nr. 326.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 19. Mai 1989 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 29. 3. 1989

Amtsgericht, Abt. 81

1827

81 N 555/88 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Dessaive Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer **Vijai Singh Jagta, Frankfurter Straße 74—78, 6236 Eschborn**, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

6000 Frankfurt am Main, 31. 3. 1989

Amtsgericht, Abt. 81

1828

81 N 931/87 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 2. 10. 1987 verstorbenen **Malermalers Hans-Otto Geiling, zuletzt wohnhaft: Dreieichstraße 48, 6000 Frankfurt am Main 70**, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben, § 163 KO.

6000 Frankfurt am Main, 3. 4. 1989

Amtsgericht, Abt. 81

1829

81 N 232/87 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Schulenzentrum Hoffmann GmbH**, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführerin

Helga Hoffmann, Eichenstraße 20—24, 6230 Frankfurt am Main 80, werden für den Verwalter festgesetzt:

a) Vergütung: 12 500,— DM,

b) Auslagen: 496,93 DM, jeweils einschließlich Steuer.

6000 Frankfurt am Main, 30. 3. 1989

Amtsgericht, Abt. 81

1830

81 N 38/86: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 5. 8. 1988 gestorbenen, zuletzt **Berger Straße 283 in 6000 Frankfurt am Main wohnhaft** gewesenen **Rudolf Franz Ludwig Klein**, soll die Schlußverteilung erfolgen. Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis ist anberaumt worden auf den 7. Juni 1989, um 9.35 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Zimmer 326, Gebäude D, III. Stock.

Es sind verfügbar 3 683,58 DM abzüglich Gerichtskosten und Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters. Zu berücksichtigen sind Forderungen der Rangklasse II/I mit 1 989,34 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main auf.

6000 Frankfurt am Main, 12. 4. 1989

Der Konkursverwalter
Hans H. Lohmann
Rechtsanwalt

1831

81 N 620/88: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 9. 12. 1986 verstorbenen **Georg Peter Wanner, wohnhaft gewesen Eschersheimer Landstraße 194, 6000 Frankfurt am Main**, soll die Schlußverteilung stattfinden. Es stehen hierfür 10 437,99 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens und die Masseverbindlichkeiten abgehen.

Es sind zu berücksichtigen nicht bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 10 648,80 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

6000 Frankfurt am Main, 12. 4. 1989

Der Konkursverwalter
Manfred Burghard
Rechtsanwalt

1832

81 N 33/89: Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Walter Klaus-Dieter Eichhorn, wohnhaft: Quellenweg 5 a, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, Inhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Dieter Eichhorn, Rauchwaren-Großhandel, Pelzkonfektion, Niddastraße 74, 6000 Frankfurt am Main 1, (Aktenzeichen 81 N 33/89)**, Amtsgericht Frankfurt am Main.

Nach den Ermittlungen des Konkursverwalters ist die im o. a. Konkursverfahren bisher angefallene Konkursmasse zur vollständigen Befriedigung aller Massegläubiger nicht ausreichend. Massekosten und Masse-schulden können demgemäß nur nach der Rangfolge des § 60 KO berichtigt werden.

6000 Frankfurt am Main, 13. 4. 1989

Der Konkursverwalter
Willi Rudolf
Rechtsanwalt und Notar

1833

7 N 6/89: Über das Vermögen der **Firma Kucak Bedachungs- und Fassadentechnik in Fritzlär GmbH, Fritzlär**, ist am 7. April 1989, 14.45 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Gerd Daake, Kaiser-Heinrich-Straße, 3580 Fritzlar.

Anmeldefrist bis zum 31. Mai 1989, offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 26. Mai 1989.

Gläubigerversammlung im Amtsgericht Fritzlar, Raum 27, am

9. Juni 1989, 8.15 Uhr, zur Beschlussfassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gem. §§ 132, 134 und 137 KO, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

3580 Fritzlar, 7. 4. 1989 **Amtsgericht**

1834

N 29/86 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 18. 5. 1986 verstorbenen **Johann Adolf Kunz**, zuletzt **wohnhaft in 6465 Biebergemünd-Kassel**, wird **aufgehoben**.

Der sich aus der Masse und bei Aufstellung der Gerichtskostenschlußrechnung ergebende Überschuß wird dem Konkursverwalter als Nachtragshonorar und als Ersatz für die noch entstehenden Auslagen zugebilligt.

6460 Gelnhausen, 29. 3. 1989 **Amtsgericht**

1835

24 N 3/89: In dem Konkursantragsverfahren **Held-Hausbau GmbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Gerhard Josef Held, Floßgasse 9, 6086 Riedstadt-Wolfskehlen, wird ein allgemeines Veräußerungsverbot verhängt und die Sequestration des Geschäftsbetriebs der Antragstellerin angeordnet.

Zum Sequester wird bestellt: Rechtsbeistand Klaus Köhle, Adelungstraße 13, 6100 Darmstadt.

6080 Groß-Gerau, 31. 3. 1989 **Amtsgericht**

1836

6 N 9/89: Über das Vermögen des **Michael Schuy**, **Vor den Eichen 3, 6254 Elz**, ist am 7. April 1989, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Karl Nießler in 6254 Elz, Rathausstraße 11.

Konkursforderungen sind bis 5. Mai 1989 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

2. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Amtsgericht, Gymnasiumstraße 2, Saal 7.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner aushängen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt dem Verwalter bis zum 5. Mai 1989 anzeigen.

6253 Hadamar, 7. 4. 1989 **Amtsgericht**

1837

42 N 48/89: Über das Vermögen der Firma **Autohaus Gudat GmbH**, 6455 Erlensee, Geschäftsführer: Thomas Gudat, Orlehäuserstraße 7, 6470 Büdingen, wird heute, 5. April 1989, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Kloz, Hans-Ulrich, Kurt-Blaum-Platz 8, 6450 Hanau 1.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der

Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis: 28. April 1989.

Vor dem Amtsgericht, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, werden folgende Termine abgehalten:

2. Juni 1989, 11.30 Uhr, Termin zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

6. Juli 1989, 9.00 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 28. April 1989 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: BfG Hanau, Konto-Nr. 10 410 787 00.

6450 Hanau, 5. 4. 1989 **Amtsgericht, Abt. 42**

1838

65 N 35/89: Über das Vermögen der **Autohaus Fitch GmbH & Co. KG**, vertreten durch die Fitch Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, diese vertreten durch den alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer Wolfgang Klages, Leipziger Straße 129, 3500 Kassel, ist am 31. März 1989, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Martin Lepper, Kassel.

Konkursforderungen sind bis zum 14. Juni 1989 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Mittwoch, 17. Mai 1989, 8.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Mittwoch, 5. Juli 1989, 8.15 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 11. Mai 1989 anzeigen.

3500 Kassel, 31. 3. 1989 **Amtsgericht, Abt. 65**

1839

N 6/80 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren **Franz Schmidt**, 6840 Lampertheim, wird ein besonderer Prüfungstermin auf den 23. Juni 1989, 14.00 Uhr, Zimmer 14, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Lampertheim bestimmt.

6840 Lampertheim, 5. 4. 1989 **Amtsgericht**

1840

7 N 47/84: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Computer-Dienst (BBF) GmbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Karl Wilhelm Nölle, Im Urbruch 4, 6074 Rödermark, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters ist auf 15 970,97 DM, der Ausgleichsbetrag für die

zu zahlende Mehrwertsteuer auf 1 117,97 DM festgesetzt.

6070 Langen, 17. 3. 1989 **Amtsgericht**

1841

7 N 77/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Convertma Wellpappe-Verarbeitungsmaschinen GmbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Kurt Weickenmeier, Paul-Ehrlich-Straße 13, 6074 Rödermark, ist die Vergütung des Konkursverwalters auf 64 090,15 DM und die Auslagen auf 1 931,62 DM festgesetzt.

6070 Langen, 20. 3. 1989 **Amtsgericht**

1842

7 N 13/89: In dem Konkursantragsverfahren gegen **Brigitte Kasteleiner**, **Holzbau**, **In der Flachsau 3, 6259 Brechen**, werden die am 29. März 1989 angeordnete Sequestration des Geschäftsbetriebes und das Veräußerungsverbot **aufgehoben**, weil die Gläubigerin den Antrag auf Eröffnung des Verfahrens zurückgenommen hat.

6250 Limburg a. d. Lahn, 7. 4. 1989 **Amtsgericht**

1843

7 N 18/89: Konkursantragsverfahren betreffend Firma **MAS Immobilien Verwaltungs GmbH**, **Limburg**, **Diezer Straße 67**, vertreten durch den Geschäftsführer Michael Sanson, Limburger Straße 14 a, 6250 Limburg a. d. Lahn 3.

Der Schuldnerin ist am 7. April 1989 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 7. 4. 1989 **Amtsgericht**

1844

7 N 15/89: Über das Vermögen der Firma **SIECO Internationale Spedition GmbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Sobotta, Budweiser Straße 2, 6250 Limburg-Staffel, wird am 7. April 1989, 11.25 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Klaus Schäfer, Neumarkt 7, 6250 Limburg a. d. Lahn.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 12. Mai 1989.

Vor dem Amtsgericht, Raum 31, I. Stock im Gerichtsgebäude A, Schiede 14, Limburg a. d. Lahn, werden folgende Termine abgehalten:

23. Mai 1989, 14.00 Uhr, Termin zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 12. Mai 1989 anzeigen.

Post und Telegrammsperre wird angeordnet.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Nassauische Sparkasse in Limburg a. d. Lahn.

6250 Limburg a. d. Lahn, 7. 4. 1989 **Amtsgericht**

1845

4 N 8/89: Über das Vermögen der Evi Angert, Bodenheimer Straße 9, 6090 Rüsselsheim, mit Geschäftslokale in Haßlocher Straße 23, 6090 Rüsselsheim, und Wickerer Straße 9, 6093 Flörsheim, ist am 5. Mai 1989, 14.45 Uhr, Konkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter ist Dipl. Rpfl. und Rechtsbeistand Köhle, Adelongstraße 13, 6100 Darmstadt, Tel. (0 61 51) 2 68 99.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Mai 1989 zweifach schriftlich und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen beim Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 23. Mai 1989, 11.30 Uhr;

Prüfungstermin am 2. Juni 1989, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Rüsselsheim, Raum 12 (Sitzungssaal), Erdgeschoß, Ludwig-Dörfler-Allee 9, Haus B.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 13. Mai 1989 ist angeordnet.

6090 Rüsselsheim, 5. 4. 1989 **Amtsgericht**

1846

4 N 9/89: In dem Konkurseröffnungsverfahren betr. die Firma Scan Electric Handel GmbH, Im Taubengrund 27, 6092 Kelsterbach, gesetzlich vertreten durch ihre Geschäftsführer Yu-Hong Chang und Yu-Fong Chung, ist der Schuldnerin am 6. April 1989, um 11.45 Uhr, verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Sequestration ist angeordnet. Zum Sequester ist bestellt Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer Wolfgang Tack, Große Langgasse 1 A, 6500 Mainz, Tel. 0 61 31 / 23 21 92.

6090 Rüsselsheim, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1847

N 29/84: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ell-Chic Mode Maschen GmbH & Co., Sitz Wuppertal, geschäftliche Niederlassung in Walinusstraße 27, 6453 Seligenstadt, vertreten durch die Firma Ell-Chic Mode Maschen Beteiligungs GmbH, diese vertreten durch den Geschäftsführer Wolfgang Ellinghaus, ist gem. § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind: Vergütung des Verwalters 1 800,— DM, seine Auslagen 345,85 DM.

6453 Seligenstadt, 13. 3. 1989 **Amtsgericht**

1848

N 30/84: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ell-Chic Mode Maschen Beteiligungs-GmbH, Walinusstraße 27, 6453 Seligenstadt, vertreten durch den Geschäftsführer Wolfgang Ellinghaus, ist gem. § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind: Vergütung des Verwalters 2 250,— DM, seine Auslagen 345,85 DM.

6453 Seligenstadt, 13. 3. 1989 **Amtsgericht**

1849

4 N 27/84 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Maria Schmitz, Adolf-Reichwein-Straße 137, 6392 Neu-Anspach 1, Inhaberin der nicht landesgerichtlichen eingetragenen Firma Schmitz Seminarorganisation für Unternehmerseminare wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6390 Usingen, 7. 4. 1989 **Amtsgericht**

1850

62 N 38/88 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der servotex

elektrodynamik GmbH, Rostocker Straße 13, 6200 Wiesbaden, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Martin Levey, ebenda, wird die Gläubigerversammlung auf

Montag, den 22. Mai 1989, 14.30 Uhr, auf Saal 412 im Nebengebäude Moritzstraße 5 des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung:

- 1) Bericht des Konkursverwalters,
- 2) Prüfung nachgemeldeter Forderungen,
- 3) Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters,
- 4) Vergütung des Konkursverwalters,
- 5) Einstellung mangels Masse.

6200 Wiesbaden, 4. 4. 1989 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1851

3 K 34/88: Das im Wohnungsgrundbuch von Kohlgrund, Band 10, Blatt 294, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend in einem 327 887/10 000 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Kohlgrund, Flur 1, Flurstück 176/2, Hof- und Gebäudefläche, Stricker Straße 2, Größe 16,64 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoß sowie einem Abstellraum im Dachboden, verbunden mit einem Sondernutzungsrecht an einem Kfz-Einstellplatz (Aufteilungsplan Nr. 12),

soll am Mittwoch, dem 14. Juni 1989, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Wohnungseigentümer am 26. 4. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Ames.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 43 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1852

K 27/88: Die im Grundbuch von Unterhaun, Band 20, Blatt 626, eingetragenen Grundstück, in der Gemarkung Unterhaun,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 68/7, Hof- und Gebäudefläche, Hersfelder Straße 10, Größe 0,25 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Flurstück 69/7, Hof- und Gebäudefläche, Hersfelder Straße 10, Größe 0,44 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 5, Flurstück 65/5, Gebäude- und Freifläche, Hersfelder Straße, Größe 0,95 Ar,

Flur 5, Flurstück 66/7, Gebäude- und Freifläche, Hersfelder Straße 10, Größe 7,99 Ar, sollen am Mittwoch, dem 19. Juli 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 6. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helga Griga geb. Klein.

Wert nach § 74 a ZVG:

lfd. Nr. 2: 550,— DM,

lfd. Nrn. 3 und 6: 252 550,— DM,

Zubehör: 10 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 14. 3. 1989 **Amtsgericht**

1853

K 44/86: Die im Grundbuch von Eitra, Band 9, Blatt 290, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Eitra, Flur 2, Flurstück 76/26, Ackerland, Die Eitrapuppe, Größe 11,64 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 1, Flurstück 45/2, Hof- und Gebäudefläche, Rhönstraße 18, Größe 14,35 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 1, Flurstück 44/3, Ackerland (Bauplatz), Lerchenweg 4, Größe 6,46 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 26. Juli 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 10. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Wolf-Dietrich Zielke,

b) Helga Zielke, — in Gütergemeinschaft.

Wert nach § 74 a ZVG:

lfd. Nr. 2: 2 300,— DM,

lfd. Nr. 13: 430 000,— DM,

lfd. Nr. 14: 20 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 27. 2. 1989 **Amtsgericht**

1854

6 K 35/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Köppern, Blatt 3660,

Gemarkung Köppern, Flur 21, Flurstück 65/3, Gebäude- und Freifläche, Köpperner Straße 31, 33, Größe 9,12 Ar,

soll am Dienstag, dem 6. Juni 1989, 9.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 7. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Rosemarie Später geb. Menger.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

1 000 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 4. 4. 1989 **Amtsgericht**

1855

4 K 33/87: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Laufenselden, Band 36, Blatt 1064,

lfd. Nr. 1, Flur 28, Nr. 51, Ackerland, In der Aufspring, Größe 88,78 Ar,
lfd. Nr. 2, Flur 32, Nr. 27, Ackerland, Obere Niederdörst, Größe 7,76 Ar,
lfd. Nr. 3, Flur 32, Nr. 57, Grünland, Obere Niederdörst, Größe 7,28 Ar,
lfd. Nr. 4, Flur 43, Nr. 336, Grünland, Unter der ewigen Nässe, Größe 36,03 Ar,
lfd. Nr. 5, Flur 48, Nr. 94, Ackerland, Im Igelspfad, Größe 69,14 Ar,
lfd. Nr. 17, Flur 32, Nr. 55, Grünland, Obere Niederdörst, Größe 20,16 Ar,
soll am Freitag, dem 22. September 1989, 8.30 Uhr, Raum 10, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 11. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

3.1 Haas, Karoline Philippine, geb. Seibel, Heidenrod-Laufenselden,
3.2 Nernich, Rosine, geb. Seibel, Wiesbaden-Erbenheim,
3.3 Seibel, Hans, Heidenrod-Laufenselden,
3.4 Gäfgen, Karl, Taunusstein-Hahn,
3.5 Hässelbarth, Vera, Berlin,
3.6 Gnad, Peter, Bestwig/Sauerland,
3.7 Jäger, Monika, geb. Gnad, Berlin,
3.8 Gnad, Dieter, Neusäß bei Augsburg,
3.9 Kaufmann, Ingrid, geb. Gnad, Mainz,
3.10 Gnad, Rudolf, Heidenrod-Laufenselden,

3.11 von Beckmann, Ingeborg, geb. Gnad, Columbia Süd Karolina/USA,
zu 3.1 bis 3.11 — in Erbengemeinschaft —
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1, Flur 28, Nr. 51	auf	13 317,— DM,
lfd. Nr. 2, Flur 32, Nr. 27	auf	1 164,— DM,
lfd. Nr. 3, Flur 32, Nr. 57	auf	1 052,— DM,
lfd. Nr. 4, Flur 43, Nr. 336	auf	4 323,60 DM,
lfd. Nr. 5, Flur 48, Nr. 94	auf	9 611,— DM,
lfd. Nr. 17, Flur 32, Nr. 55	auf	2 419,20 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 10. 4. 1989

Amtsgericht

1856

8 K 36/88: Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Bad Vilbel, Band 199, Blatt 7821, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Vilbel, Flur 15, Flurstück 183/46, Gebäude- und Freifläche, Berkersheimer Weg 23, Größe 7,79 Ar,
soll am Dienstag, dem 27. Juni 1989, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Friedrich-Ebert-Straße 28, Sitzungssaal 3, 2. Ebene, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 11. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helene Still (geboren am 22. 11. 1923), Berkersheimer Weg 23, 6368 Bad Vilbel.

Beschlagnahme: 3. November 1988.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 560 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 3. 4. 1989

Amtsgericht

1857

8 K 33/88: Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Okarben, Band 33, Blatt 1318, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/55, Bauplatz, Am tiefen Born, Größe 0,87 Ar,

soll am Dienstag, dem 4. Juli 1989, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Friedrich-Ebert-Straße 28, Sitzungssaal 3, 2. Ebene, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 10. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

König, Rolf Anton Karl, geboren am 4. 1. 1936, Lindenweg 22, 6367 Karben 1.

Beschlagnahme: 20. Oktober 1988.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 28 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 3. 4. 1989

Amtsgericht

1858

K 20/87: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Armsfeld, Band 8, Blatt 216, Lieg. B. 108, Bestandsverzeichnis, lfd. Nr. 3, Gemarkung Armsfeld, Flur 7, Flurstück 123/3, Hof- und Gebäudefläche, Hundsdorfer Straße 12, Größe 4,08 Ar,

soll am Freitag, dem 9. Juni 1989, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Laustraße 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 9. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Versicherungskaufmann Uwe Makowski, Berlin.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 76 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3590 Bad Wildungen, 3. 4. 1989

Amtsgericht

1859

4 K 76/87: Das im Grundbuch von Kirschhausen, Band 18, Blatt 673, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kirschhausen, Flur 3, Flurstück 12/122, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße 1, Größe 10,01 Ar,
soll am Montag, dem 12. Juni 1989, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Raum 203, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 12. 1987 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Otto Pistner und dessen Ehefrau Katharina Pistner geb. Flath, in Heppenheim, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 438 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 4. 4. 1989

Amtsgericht

1860

4 K 55/87: Das im Grundbuch von Bensheim, Band 270, Blatt 10 054, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Bensheim, Flur 13, Flurstück 4/22, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Nibelungenstraße 120, Größe 18,60 Ar,

soll am Montag, dem 12. Juni 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Raum 203, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 8. 1987 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Preis, Peter Paul, geb. 18. Januar 1939, Bensheim,

Preis, Konrad Philipp Maria, geb. 26. Februar 1941, Bensheim,

Amann geb. Preis, Eva Monika, geb. 24. Januar 1944, Bensheim,

— je zu einem Drittel —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

750 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 16. 3. 1989

Amtsgericht

1861

4 K 34/88: Der im Grundbuch von Biedenkopf, Band 106, Blatt 3671, eingetragene Grundbesitz der Gemarkung Biedenkopf,

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 765/373, Hof- und Gebäudefläche, Hainstraße 79, Größe 5,29 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 366/2, Gartenland, in der Hofwiese, Größe 4,00 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 7, Flurstück 974/374, Hof- und Gebäudefläche, Hainstraße 79, Größe 1,54 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 975/374, Hof- und Gebäudefläche, Hainstraße 79, Größe 1,44 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 7, Flurstück 366/1, Hof- und Gebäudefläche, Hainstraße, Größe 0,14 Ar,

soll am Dienstag, dem 20. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 3560 Biedenkopf, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 11. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Haydn, Ulrich Albert, Steinmetz- und Bildhauermeister, geb. 29. 7. 1948, Hainstraße 79, 3560 Biedenkopf.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nrn. 1, 3 und 4 auf	320 368,— DM,
lfd. Nr. 2 auf	20 900,— DM,
lfd. Nr. 5 auf	732,— DM.

Ferner ist der Verkehrswert des Zubehörs (Einrichtung eines Steinmetzgeschäftes) zu den Grundstücken lfd. Nrn. 1, 3 und 4 auf 15 700,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 4. 4. 1989

Amtsgericht

1862

4 K 21/88: Der im Grundbuch von Biedenkopf, Band 143, Blatt 4791, eingetragene Grundbesitz der Gemarkung Biedenkopf,

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 874/538, Gartenland, An der Umkehr, Größe 3,94 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 875/580, Feldweg, In der Steigel, Größe 0,43 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 536/2, Hof- und Gebäudefläche, Nikolauskirchstraße 18, Größe 26,38 Ar,

lfd. Nr. 5 zu 4, Grunddienstbarkeit — Grenzbebauungsrecht — an den Grundstücken Biedenkopf, Blatt 5389, lfd. Nr. 1, eingetragen in Abt. II/Nr. 2,

soll am Dienstag, dem 27. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 3560 Biedenkopf, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 9. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dippel, Karl, Hotelier, geb. 8. 12. 1921, Nikolauskirchstraße 18, 3560 Biedenkopf.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 1 auf 30 141,— DM,

Grundstück lfd. Nr. 2 auf 3 289,50 DM,
Grundstück lfd. Nr. 4 auf 825 482,50 DM.

Ferner ist der Verkehrswert des Zubehörs zu dem Grundstück lfd. Nr. 4 (Inventar und Einrichtung eines Hotels) auf 16 296,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 5. 4. 1989 **Amtsgericht**

1863

3 K 50/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Höchst a. d. N., Band 20, Blatt 740,

Flur 1, Nr. 282/8, Hof- und Gebäudefläche, Ringstraße 34, Größe 6,20 Ar,

soll am Montag, dem 3. Juli 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 12. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eduard Bleul, Höchst a. d. N., Ringstraße 34, 6472 Altenstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Nr. 282/8 auf 284 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 31. 3. 1989 **Amtsgericht**

1864

61 K 56/88: Das im Grundbuch von Bickenbach, Band 84, Blatt 3244, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bickenbach, Flur 1, Flurstück 203/5, Gebäude- und Freifläche, Birkenweg 18, Größe 4,79 Ar,

soll am Donnerstag, dem 27. Juli 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 12. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dietmar Schmidt, 6123 Bad König/Nieder-Kinzig.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 484 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 31. 3. 1989 **Amtsgericht**

1865

61 K 116/88: Der im WE-Grundbuch von Seeheim, Band 174, Blatt 6103, eingetragene Miteigentumsanteil von 415/1 000 an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 10, Flurstück 471, Hof- und Gebäudefläche, Mozartstraße 18, Größe 7,65 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen, dem Keller- und der Garage, im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichnet,

soll am Donnerstag, dem 20. Juli 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 11. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Bernd Schreiber,
b) Renate Hannelore Schreiber, geb. Hoppe, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücksmiteigentums, verbunden mit dem Sondereigentum, ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

500 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 31. 3. 1989 **Amtsgericht**

1866

61 K 57/88: Der im WE-Grundbuch von Griesheim, Band 317, Blatt 12 624, eingetragene 712,589/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Griesheim, Flur 12, Flurstück 515/4, Gebäude- und Freifläche, Wilhelm-Leuschner-Straße 217, Größe 27,07 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Mehrfamilienhaus, Untergeschoß, im Aufteilungsplan mit Nr. 13 bezeichnet,

soll am Mittwoch, dem 9. August 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 6. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Volker Trautmann, Hanau
b) Hildegard Birner, Griesheim, — Gesellschaft nach BGB —.

Der Wert des Grundstücksmiteigentumsanteils, verbunden mit dem Sondereigentum, ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

92 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1867

61 K 58/88: Der im WE-Grundbuch von Griesheim, Band 317, Blatt 12 625, eingetragene 519,569/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Griesheim, Flur 12, Flurstück 515/4, Gebäude- und Freifläche, Wilhelm-Leuschner-Straße 217, Größe 27,07 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Mehrfamilienhaus, Untergeschoß, im Aufteilungsplan mit Nr. 14 bezeichnet,

soll am Mittwoch, dem 9. August 1989, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 6. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Volker Trautmann, Hanau
b) Hildegard Birner, Griesheim, — Gesellschaft nach Bürgerlichem Recht —.

Der Wert des Grundstücksmiteigentumsanteils, verbunden mit dem Sondereigentum, ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

110 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1868

61 K 96/88: Der im WE-Grundbuch von Griesheim, Band 189, Blatt 8771, eingetragene 5,2738/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Griesheim, Flur 49, Flurstück 42/40, Bauplatz, Wilhelm-Leuschner-Straße, Größe 110,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan, Block A, mit Haus I, Nr. 1 bezeichneten Wohnung,

soll am Mittwoch, dem 2. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 8. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anneliese Tümmeler geb. Schumann.
Der Wert des Grundstücksmiteigentums, verbunden mit dem Sondereigentum, ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

108 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1869

61 K 102/88: Das im Grundbuch von Griesheim, Band 146, Blatt 7509, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Griesheim, Flur I, Flurstück 893/3, Gebäude- und Freifläche, Pfungstädter Straße 72, Größe 5,86 Ar,

soll am Dienstag, dem 29. August 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 9. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Gerd Gernand, Griesheim,
b) Gisela Gernand geb. Lobe, daselbst, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

280 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 10. 4. 1989 **Amtsgericht**

1870

3 K 7/88: Der im Grundbuch von Groß-Umstadt, Band 129, Blatt 5866, eingetragene Grundbesitz, Groß-Umstadt, Flur 1, Flurstück 516/2, Gebäude- und Freifläche, Frankenstraße 2, Größe 10,65 Ar,

soll am Montag, dem 12. Juni 1989, 13.30 Uhr, Raum 110, im 1. Stock, im Gerichtsgebäude in Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 3. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Elisabeth Staab geb. Nau, Heidelberg, — zu einem Viertel —,
b) Alexander Carl Alisch, Groß-Umstadt, — zu drei Vierteln —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

800 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 20. 3. 1989 **Amtsgericht**

1871

3 K 115/87: Der im Grundbuch von Wiebelsbach, Band 78, Blatt 1123, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Wiebelsbach, Flur 5, Flurstück 231/1, Gebäude- und Freifläche — Wohnen —, Bei den Stockwiesen 21, Größe 10,84 Ar,

soll am Dienstag, dem 6. Juni 1989, 13.30 Uhr, Raum 110, im 1. Stock, im Gerichtsgebäude in Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 1. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Redzep Budac, Dieburg, — zu einem Viertel —,
b) Hildegard Waszner geb. Thomas, Groß-Umstadt, OT Wiebelsbach, — zu drei Vierteln —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

750 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 21. 3. 1989

Amtsgericht

1872

3 K 36/88: Das im Grundbuch von Breitau, Band 25, Blatt 622, eingetragene Grundstück, Gemarkung Breitau,

lfd. Nr. 1, Flur 14, Flurstück 52/1, Hof- und Gebäudefläche und Gartenland, Kirchgasse 15, Größe 5,36 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. Juni 1989, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude der Zweigstelle Sontra des Amtsgerichts Eschwege, Neues Tor 8, 6443 Sontra, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 7. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Dieter Fritzen,
- b) Karin Fritzen geb. Thrän, Sontra-Breitau, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 3. 4. 1989

Amtsgericht

1873

84 K 254/87: Das im Grundbuch-Bezirk 27 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 47, Blatt 1656, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 433, Flurstück 3/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Prüfling 5, Größe 1,67 Ar,

soll am Freitag, dem 30. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 10. 1987 (Versteigerungsvermerk):

Herr Anton Adolf Walch, Im Prüfling 5, 6000 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

560 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 31. 3. 1989

Amtsgericht, Abt. 84

1874

84 K 259/87: Das im Grundbuch-Bezirk Hofheim des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 212, Blatt 6618, eingetragene Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hofheim, Flur 47, Flurstück 133/33, Gebäude- und Freifläche, Sindlinger Straße 46, Größe 2,24 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hofheim, Flur 47, Flurstück 134/33, Gebäude- und Freifläche, Sindlinger Straße 46, Größe 2,26 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Hofheim, Flur 47, Flurstück 33/1, Gebäude- und Freifläche, Sindlinger Straße 46, Größe 1,50 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Hofheim, Flur 47, Flurstück 33/5, Gebäude- und Freifläche, Sindlinger Straße 46, Größe 4,54 Ar,

sollen am Montag, dem 4. September 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 11. 1987 (Versteigerungsvermerk):

Barbara W. Fritsche in Hofheim/Taunus.

Der Wert der Grundstücke ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 87 000,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 175 200,— DM,

lfd. Nr. 3 auf 160 900,— DM,

lfd. Nr. 4 auf 363 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 3. 4. 1989

Amtsgericht, Abt. 84

1875

84 K 281/88: Das im Grundbuch-Bezirk 1 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 189, Blatt 8032, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 35, Flurstück 49/11, Gebäude- und Freifläche, An der Hauptwache 6, Größe 0,91 Ar,

soll am Mittwoch, dem 27. September 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer:

1) Fritz Grünebaum, 50 Vokes Terrace, Lymfield/Massachusetts 01940, USA, — zu 14/24 —,

2) Harry Dorsemagen, Bockenheimer Anlage 38, 6000 Frankfurt am Main, — zu 2/24,

3) Kurt Dorsemagen, Bockenheimer Anlage 38, 6000 Frankfurt am Main, — zu 2/24,

4) Gert Rosenthal, Guatemala City 11 a, Av. 17-81, Zone 14, Guatemala, — zu 4/24,

5) aa) Dr. Stefan Schminck, Goethestraße 7, 6000 Frankfurt am Main 1,

bb) Monika Schminck geb. Köhler, Goethestraße 7, 6000 Frankfurt am Main 1,

beide Frankfurt am Main, als Gesellschafter des bürgerlichen Rechts mit dem Namen „An der Hauptwache“, — zu 2/24 —.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3 260 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 3. 4. 1989

Amtsgericht, Abt. 84

1876

K 93/86: Das im Grundbuch von Ober-Rosbach, Band 91, Blatt 3859, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 5, Flurstück 412/1, Gebäude- und Freifläche, Siemensstraße 12, Größe 10,97 Ar,

soll am Donnerstag, dem 8. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Erdgeschoß, Raum 28, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. 10. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gisela Appel geb. Kopp, geboren am 14. 2. 1954, 6365 Rosbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 476 928,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 31. 3. 1989

Amtsgericht

1877

K 3/89: Das im Grundbuch von Lohne, Band 32, Blatt 1000, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Lohne, Flur 14, Flurstück 24/20, Freifläche, Am Zollstock, Größe 9,18 Ar,

soll am Freitag, dem 30. Juni 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schladenweg 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 2. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Ilse Schreiner, Fritzlar.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

29 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 3. 4. 1989

Amtsgericht

1878

K 36/88: Die im Grundbuch von Wald-Michelbach, Band 49, Blatt 1739, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Wald-Michelbach,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Nr. 92/1, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße 6, Größe 21,44 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Nr. 93/1, Bauplatz, Das Galgenfeld, Größe 19,00 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 15. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 11. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Klaus Michael Steinbrecher, Ingeborg Luise Steinbrecher, Wald-Michelbach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 92/1 auf 550 000,— DM,

Flurstück 93/1 auf 200 000,— DM.

Die Parzelle 92/1 ist bebaut mit einem unterkellerten, eingeschossigen Wohnhaus und einem Schwimmbecken.

Die Parzelle 93/1 steht im Zusammenhang mit der vorgenannten Parzelle und ist nicht bebaut.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 4. 4. 1989

Amtsgericht

1879

5 K 24/88: Das im Grundbuch von NeuhoF, Band 67, Blatt 2139, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung NeuhoF, Flur 15, Flurstück 92/7, Lieg.-B. 1336, Gebäude- und Freifläche, Rötherweg 1, Größe 34,87 Ar,

soll am Donnerstag, dem 14. September 1989, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königsstraße 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 3. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Monika Schickentanz, Rötherweg 1, 6404 NeuhoF 1.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 302 045,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 7. 4. 1989

Amtsgericht

1880

42 K 180/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Allendorf/Lahn, Band 36, Blatt 1255,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Nr. 614/1, Hof- und Gebäudefläche, Triebstraße 8, Größe 3,11 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. Juni 1989, 10.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 12. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans-Joachim Wosnitza.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß

§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf
128 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 4. 4. 1989 Amtsgericht

1881

42 K 190/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Grünberg, Band 105, Blatt 4271,

lfd. Nr. 1, Flur 5, Nr. 168/4, Hof- und Gebäudefläche, Berliner Straße 22, Größe 6,92 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Juni 1989, 9.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 12. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Rudi Spamer und Monika Spamer geb. Optaczy, — in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

500 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 4. 4. 1989 Amtsgericht

1882

2 K 61/85, 2 K 3/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Oberzeuzheim, Band 25, Blatt 917,

lfd. Nr. 4, Flur 40, Flurstück 79, Hof- und Gebäudefläche, Hofacker 4, Größe 9,46 Ar, soll am Freitag, dem 28. Juli 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 6253 Hadamar, Gymnasiumstraße 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 12. 1985 bzw. 22. 1. 1986 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

a) Gottfried Lenz, Hofacker 2, 6253 Hadamar-Oberzeuzheim,

b) Karola Lenz, Woensamstraße 5, 5000 Köln 41, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

268 000,— DM.

Im Termin am 6. November 1987 ist der Zuschlag aus den Gründen des § 85 a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 11. 4. 1989 Amtsgericht

1883

42 K 136/87: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Eichen, Band 66, Blatt 2199,

BV Nr. 1, Gemarkung Eichen, Flur 7, Flurstück 2/1, Ackerland, Erbstädter Warte, Größe 175,27 Ar,

BV Nr. 2, Gemarkung Eichen, Flur 7, Flurstück 2/2, desgl., daselbst, Größe 20,70 Ar,

BV Nr. 3, Gemarkung Eichen, Flur 7, Flurstück 2/3, desgl., daselbst, Größe 15,94 Ar,

BV Nr. 4, Gemarkung Eichen, Flur 7, Flurstück 2/4, desgl., daselbst, Größe 7,86 Ar,

BV Nr. 5, Gemarkung Eichen, Flur 7, Flurstück 2/5, desgl., daselbst, Größe 3,43 Ar,

soll am Freitag, dem 23. Juni 1989, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 8. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Herbert Dörr, 6369 Nidderau,
b) Elisabeth Dörr geb. Gärtner, daselbst,
— je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 91 876,— DM für BV Nr. 1; 10 850,— DM für BV Nr. 2; 8 354,— DM für BV Nr. 3; 4 120,— DM für BV Nr. 4; 1 800,— DM für BV Nr. 5; 117 000,— DM insgesamt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 5. 4. 1989 Amtsgericht, Abt. 42

1884

42 K 127/88: Folgender Grundbesitz (Wohnungseigentum), eingetragen im Grundbuch von Rodenbach, Band 168, Blatt 5829,

BV Nr. 1: 61,79/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung Rodenbach, Flur 31, Flurstück 546/1, Hof- und Gebäudefläche, In der Gartel 16—26, Größe 78,06 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im 3. Obergeschoß des Hauses Nr. 2 gelegenen Wohnung mit Kellerraum, im Aufteilungsplan mit C — 74 bezeichnet; im übrigen nach dem Inhalt des Grundbuches;

soll am Freitag, dem 16. Juni 1989, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 12. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Rudolf Popanda, Rodenbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 87 400,— DM für BV Nr. 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 5. 4. 1989 Amtsgericht, Abt. 42

1885

42 K 4/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hanau, Band 315, Blatt 11 133,

BV Nr. 1: 48,752/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Hanau, Flur 70, Flurstück 149/1, Flur 51, Flurstück 60/4, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Schwarzenbergstraße, Größe 142,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 104 des Aufteilungsplanes (3 Zimmer, Küche, Bad, Flur, Größe 68,00 qm),

soll am Donnerstag, dem 22. Juni 1989, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 1. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Schultz-Gerstein, Christian, Hamburg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

85 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 5. 4. 1989 Amtsgericht, Abt. 42

1886

42 K 5/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hanau, Band 315, Blatt 11 134;

BV Nr. 1: 47,318/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Hanau, Flur 70, Flurstück 149/1, Flur 51, Flurstück 60/4, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Schwarzenbergstraße, Größe 142,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 105 des Aufteilungsplanes

(3 Zimmer, Küche, Bad, Flur, Größe ca. 68,00 qm),

soll am Donnerstag, dem 22. Juni 1989, 11.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 1. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Schultz-Gerstein, Christian, Daniel, Hamburg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

85 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 5. 4. 1989 Amtsgericht, Abt. 42

1887

42 K 120/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Heldenbergen, Band 66, Blatt 2602,

BV Nr. 1, Gemarkung Heldenbergen, Flur 13, Flurstück 77/2, Hof- und Gebäudefläche, Mühlstraße, Größe 5,18 Ar,

soll am Donnerstag, dem 6. Juli 1989, 10.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 11. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans Joachim Fiedler, Nidderau.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 000,— DM für BV Nr. 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 6. 4. 1989 Amtsgericht, Abt. 42

1888

42 K 37/83, 44/83 und 157/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Klein-Auheim, Band 95, Blatt 3993,

BV Nr. 15, Gemarkung Klein-Auheim, Flur 15, Flurstück 37/11, Verkehrsfläche, Dieselstraße, Größe 6,47 Ar,

BV Nr. 16, Gemarkung Klein-Auheim, Flur 15, Flurstück 37/12, Gebäude- und Freifläche, Ernst-Leitz-Straße 4, Größe 27,01 Ar,

BV Nr. 17, Gemarkung Klein-Auheim, Flur 15, Flurstück 37/13, Gebäude- und Freifläche, Ernst-Leitz-Straße 2, Größe 23,00 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. Juni 1989, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 3. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Oswald Wenzel, Hainstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 19 930,— DM für BV Nr. 15; 1 210 100,— DM für BV Nr. 16; 969 970,— DM für BV Nr. 17.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 7. 4. 1989 Amtsgericht, Abt. 42

1889

42 K 66/88: Folgender Grundbesitz (Wohnungseigentum), eingetragen im Grundbuch von Hanau, Band 315, Blatt 11 136,

BV Nr. 1: 41,583/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Hanau, Flur 70, Flurstück 149/1 und Flur 51, Flurstück 60/4, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Schwarzenbergstraße, Größe 142,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 107 des Aufteilungsplanes, im übrigen Grundbuchinhalt,

soll am Dienstag, dem 6. Juni 1989, 11.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 7. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks).

Walter Passow, 2000 Hamburg 70.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 75 000,— DM für BV Nr. 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 4. 1989 Amtsgericht, Abt. 42

1890

2 K 8/86: Die im Grundbuch a) von Flörsheim, Band 164, Blatt 6103, lfd. Nr. 1, Flur 36, Flurstück 136, Ackerland (Obstb.), Am Judenkirchhof, Größe 19,43 Ar,

Hutung, daselbst, Größe 1,65 Ar, lfd. Nr. 2, Flur 11, Flurstück 63, Ackerland, Stoßen auf die Höllwegsgewann, Größe 19,69 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 11, Flurstück 62, Ackerland, daselbst, Größe 16,21 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 11, Flurstück 127, Ackerland, Schenkemorgen, Größe 40,79 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 10, Flurstück 127/1, Betriebsgelände, Weilbacher Straße 2, Größe 12,00 Ar,

Gartenland (Obstb.), daselbst, Größe 11,81 Ar,

b) von Flörsheim, Band 164, Blatt 6091, — zur Hälfte —,

lfd. Nr. 7, Flur 13, Flurstück 106/2, Ackerland, Grünanlage, Weg, Am Ahlerpfad, Größe 17,42 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 13, Flurstück 112/2, Ackerland, Weg, Am Ahlerpfad, Größe 18,08 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 14, Flurstück 109/2, Ackerland, Weg, An der Sautränk, Größe 10,16 Ar,

c) von Hochheim, Band 171, Blatt 5928,

lfd. Nr. 1, Flur 60, Flurstück 92, Ackerland, Krumme Rech, Größe 9,10 Ar,

eingetragenen Grundstücke,

sollen am Mittwoch, dem 14. Juni 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 6203 Hochheim am Main, Kirchstraße 21, Zimmer 13, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 10. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu a): Erika Seiler geb. Hart, An der Steinmühle, 6093 Flörsheim-Wicker,

Christina Schäfer geb. Hart, Eddersheimer Straße 20, 6093 Flörsheim am Main,

Josefine Ostlender geb. Hart, Höhenblick 3, 6246 Glashütten,

Maria Siegfried geb. Hart, Silcherstraße 2, 6093 Flörsheim am Main,

Christine Regina Hart geb. Fischer, Rembrandtstraße 1, 6093 Flörsheim am Main,

Marita Hart, Rembrandtstraße 1, 6093 Flörsheim am Main,

Beate Hart, Odenwaldring 102, 6050 Offenbach am Main,

Heinz Georg Hart, Höllweg 1 a, 6093 Flörsheim am Main,

— in Erbengemeinschaft —,

zu b) wie a) — in Erbengemeinschaft zur Hälfte —,

zu c): Erika Seiler geb. Hart, 6093 Flörsheim-Wicker,

Christina Schäfer geb. Hart, 6093 Flörsheim am Main,

Josefine Ostlender geb. Hart, 6246 Glashütten,

Maria Siegfried geb. Hart, 6093 Flörsheim am Main,

Christine Regina Hart geb. Fischer, 6093 Flörsheim am Main,

Marita Hart, 6093 Flörsheim am Main,

Beate Hart, 6050 Offenbach am Main,

Margarethe Hart geb. Scheffler, Höllweg 1 a, 6093 Flörsheim am Main,

— in Erbengemeinschaft —,

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Liegenschaft Weilbacher Straße 2 (Flur 10, Flurstück 127/1) auf 400 000,— DM,

Ackerland, Am Judenkirchhof (Flur 36, Flurstück 136) auf 16 864,— DM,

Ackerland, Stoßen auf Höllwegsgewann (Flur 11, Flurstück 63) auf 19 690,— DM,

desgleichen, Flur 11, Flurstück 62 auf 16 210,— DM,

Ackerland, Schenkenmorgen (Flur 11, Flurstück 127) auf 40 790,— DM,

Ackerland, Grünanlage, Weg, Ahlerpfad (Flur 13, Flurstück 106/2, — zur Hälfte —) auf 8 710,— DM,

Ackerland, Grünanlage, Weg, Ahlerpfad (Flur 13, Flurstück 112/2, — zur Hälfte —) auf 9 040,— DM,

Ackerland, Sautränk (Flur 14, Flurstück 109/2, — zur Hälfte —) auf 5 080,— DM,

Ackerland, Krumme Rech (Flur 60, Flurstück 92) auf 7 280,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6203 Hochheim am Main, 10. 4. 1989

Amtsgericht

1891

2 K 30/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Helmarshausen, Band 98, Blatt 2194,

Gemarkung Helmarshausen, Flur 8, Flurstück 44/1, Poststraße 124, Größe 2,91 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Juni 1989, 10.00 Uhr, Saal 24, Erdgesch., im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 9. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Wolfgang Vetterlein, Bad Karlshafen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

228 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 5. 4. 1989

Amtsgericht

1892

2 K 47/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Helmarshausen, Band 90, Blatt 1977, Gemarkung Helmarshausen, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 21, Laubwald, Zwischen Stadt und Burg, Größe 16,20 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 14, Flurstück 44, Grünland, Im Todt, Größe 18,95 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 8, Flurstück 79/3, Hof- und Gebäudefläche, Poststraße 129, Größe 3,21 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 2, Flurstück 55/3, Bauplatz, In der Hainbach, Größe 24,93 Ar,

soll am Freitag, dem 14. Juli 1989, 10.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 12. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hermann Brümmer, Bad Karlshafen 2.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 7, Flurstück 21 auf 1 296,— DM,

Flur 14, Flurstück 44 auf 5 685,— DM,

Flur 8, Flurstück 79/3 auf 144 445,— DM,

Flur 2, Flurstück 55/3 auf 16 090,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 6. 4. 1989

Amtsgericht

1893

2 K 43/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Calden, Band 43, Blatt 1333,

Gemarkung Calden, Hof- und Gebäudefläche, Grüner Weg 4, Größe 17,23 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. Juni 1989, 9.30 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 12. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Reinhard Lückel,

2. Gerda Lückel geb. Starreck, Calden, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

349 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 5. 4. 1989

Amtsgericht

1894

2 K 36/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Vaake, Band 44, Blatt 1154,

Gemarkung Vaake, Flur 10, Flurstück 36/1, Hof- und Gebäudefläche, Ostpreußenstraße 8, Größe 8,92 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Juni 1989, 10.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 8. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Wolfgang Behrens, Reinhardshagen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

298 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 5. 4. 1989

Amtsgericht

1895

2 K 40/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ersen, Band 14, Blatt 538,

Gemarkung Ersen, Flur 1, Flurstück 56/43, Hof- und Gebäudefläche, Grimelshheimer Straße, Größe 4,40 Ar,

soll am Donnerstag, dem 6. Juli 1989, 10.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 10. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Erika Kilmann geb. Sülzner, Grebenstein.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

139 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 5. 4. 1989

Amtsgericht

1896

K 18/88: Das im Grundbuch von Michelsrombach, Band 22, Blatt 711, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 21, Gemarkung Michelsrombach, Flur 7, Flurstück 40/2, Nebenfläche (Scheune, Stallgebäude, Wiese mit Bäumen), Am Linsenborn, Größe 12,55 Ar, soll am Freitag, dem 16. Juni 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, Hauptstraße 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 12. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Josef Möller, Sudetenstraße 18, 6407 Schlitz.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

140 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 23. 3. 1989 Amtsgericht

1897

64 K 278/87: Das im Grundbuch von Kassel, Band 421, Blatt 10 709, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 114,964/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur M 3, Flurstück 843/118, Hof- und Gebäudefläche, Josefstraße 4 A, Größe 2,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5, K 5;

für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 10 705 bis 10 712); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 14. Dezember 1978; übertragen aus Blatt 10 464; eingetragen am 8. Februar 1979;

soll am Mittwoch, dem 12. Juli 1989, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 1. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Becker, Reinhard, geb. 4. 4. 1947, Hamm.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

51 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 30. 3. 1989 Amtsgericht, Abt. 64

1898

64 K 279/87: Das im Grundbuch von Kassel, Band 421, Blatt 10 708, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 143,760/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur M 3, Flurstück 843/118, Hof- und Gebäudefläche, Josefstraße 4 A, Größe 2,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4, K 4;

für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 10 705 bis 10 712); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 14. Dezember 1978; übertragen aus Blatt 10 464; eingetragen am 8. Februar 1979;

soll am Mittwoch, dem 12. Juli 1989, 10.30

Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 1. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Becker, Reinhard, geb. 4. 4. 1947, Hamm.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

65 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 30. 3. 1989 Amtsgericht, Abt. 64

1899

64 K 280/87: Das im Grundbuch von Kassel, Band 421, Blatt 10 707, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 110,860/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur M 3, Flurstück 843/118, Hof- und Gebäudefläche, Josefstraße 4 A, Größe 2,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 3, K 3;

für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 10 705 bis 10 712); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 14. Dezember 1978; übertragen aus Blatt 10 464; eingetragen am 8. Februar 1979;

soll am Donnerstag, dem 13. Juli 1989, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 1. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Becker, Reinhard, geb. 4. 4. 1947, Hamm.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

50 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 30. 3. 1989 Amtsgericht, Abt. 64

1900

64 K 283/87: Das im Grundbuch von Kassel, Band 421, Blatt 10 711, eingetragene Wohnungseigentumsrecht,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 114,498/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Kassel, Flur M 3, Flurstück 843/118, Hof- und Gebäudefläche, Josefstraße 4 A, Größe 2,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 7, K 7;

für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 10 705 bis 10 712); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf die Bewilligung vom 14. Dezember 1978; übertragen aus Blatt 10 464; eingetragen am 8. Februar 1979;

soll am Donnerstag, dem 13. Juli 1989, 14.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 1. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Becker, Reinhard, geb. 4. 4. 1947, Hamm.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

51 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 30. 3. 1989 Amtsgericht, Abt. 64

1901

64 K 170/88: Das im Grundbuch von Harleshausen, Band 170, Blatt 5219, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Harleshausen, Flur 11, Flurstück 84/7, Hof- und Gebäudefläche, Vor dem Forst 3, Größe 5,97 Ar, soll am Donnerstag, dem 13. Juli 1989, 8.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 12. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Salmen, Dieter, geboren am 22. 7. 1956,
b) Salmen, Ulrike, geb. Brauns, geboren am 15. 12. 1959, beide in Kassel, — je zur Hälfte —

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

385 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 22. 3. 1989 Amtsgericht, Abt. 64

1902

64 K 197/88: Das im Grundbuch von Obervellmar, Band 80, Blatt 2265, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Obervellmar, Flur 22, Flurstück 13/42, Gebäude- und Freifläche, Leharstraße 1, Größe 6,66 Ar, soll am Montag, dem 3. Juli 1989, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 1. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Dalfuß, Werner, Vellmar,
b) Dalfuß, Elisabeth, geb. Fahrenbach, Felsberg, — je zur Hälfte —

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

240 696,75 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 22. 3. 1989 Amtsgericht, Abt. 64

1903

64 K 131/88: Das im Grundbuch von Bettenhausen, Band 62, Blatt 1852, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Bettenhausen, Flur 16, Flurstück 44/7, Hof- und Gebäudefläche, Unter dem Steinbruch 14 A, Größe 6,71 Ar, soll am Donnerstag, dem 31. August 1989, 8.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 9. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Ramisch, Evelyn, geboren 24. 1. 1962, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

350 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 4. 4. 1989 **Amtsgericht, Abt. 64**

1904

5 K 7/88: Die im Grundbuch von Ernsthausen, Band 11, Blatt 313, eingetragene ideelle Hälfte des Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 3/12, Hof- und Gebäudefläche, Die Trift, Größe 6,00 Ar, soll am Mittwoch, dem 26. Juli 1989, 10.00 Uhr, Raum 116, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Niederrheinische Straße 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 4. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Frau Elisabeth Kipp geb. Homberger, Auf der Trift 10, 3576 Rauschenberg-Ernsthausen.

Der Verkehrswert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a ZVG festgesetzt auf 109 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3575 Kirchhain, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1905

9 K 15/87: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Grundbuch von Bremthal, Band 69, Blatt 2150,

lfd. Nr. 1: 167/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Bremthal, Flur 18, Flurstück 256, Weg, Waldallee, Größe 2,43 Ar, Flur 18, Flurstück 259, Hof- und Gebäudefläche, Waldallee 29, 31, 33, 37, Größe 95,26 Ar (laut Katasterauszug E 1007/86: Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Waldallee 29—37),

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Keller Nr. 510 des Aufteilungsplanes,

soll am Donnerstag, dem 20. Juli 1989, 13.30 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 3. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Herr Wernfried Hubertus in Braunschweig.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

219 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 5. 4. 1989 **Amtsgericht, Abt. 9**

1906

9 K 23/87: Folgendes Teileigentum, eingetragen im Grundbuch von Schwalbach, Band 76, Blatt 2533,

lfd. Nr. 1: 31/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 47, Flurstück 90/1, Bauplatz, Ostring, Größe 15,94 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage Nr. 28 des Aufteilungsplanes,

soll am Dienstag, dem 1. August 1989, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 4. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Herr Hermann Macholl in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß

§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

15 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 10. 4. 1989 **Amtsgericht, Abt. 9**

1907

9 K 39/88: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Grundbuch von Kelkheim, Band 103, Blatt 3318,

lfd. Nr. 1: 890,2638/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 10, Flurstück 253/14, Bauplatz, Hornauer Straße 43, Größe 7,56 Ar (laut Katasterauszug: Gebäude- und Freifläche, Wohnen),

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 9 bezeichneten Wohnung,

soll am Dienstag, dem 18. Juli 1989, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 5. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Firma Erzet-Bau GmbH in Hattersheim.
Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

170 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 5. 4. 1989 **Amtsgericht, Abt. 9**

1908

9 K 43/88: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Grundbuch von Kelkheim, Band 105, Blatt 3366,

lfd. Nr. 1: 580,5318/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Kelkheim, Flur 10, Flurstück 253/15, Hof- und Gebäudefläche, Hornauer Straße 43 A, Größe 10,93 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Wohnung,

soll am Donnerstag, dem 13. Juli 1989, 13.30 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 5. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Firma Erzet-Bau GmbH in Hattersheim.
Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

125 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 5. 4. 1989 **Amtsgericht, Abt. 9**

1909

1 K 1/87: Das im Grundbuch von Lengefeld, Band 10, Blatt 300, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lengefeld, Flur 4, Flurstück 64/32, Gebäude- und Freifläche — Wohnen, Am Stadtwege (jetzt Fichtenweg 5), Größe 3,68 Ar,

soll am Montag, dem 12. Juni 1989, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hagenstraße 2, 3540 Korbach, Raum 38, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 1. 1987 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schermer, Wilhelm, Underweg 17, 3540 Korbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

172 040,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 3. 4. 1989 **Amtsgericht**

1910

1 K 32/88: Das im Grundbuch von Vöhl, Band 16, Blatt 579, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Vöhl, Flur 18, Flurstück 1/12, Hof- und Gebäudefläche, Herzingsgrube 6, Größe 9,98 Ar,

soll am Montag, dem 26. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hagenstraße 2, 3540 Korbach, Raum 38, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 4. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Nowozcyn, Hubert Franz, geb. 18. 7. 1935,

b) Nowozcyn, Hedwig, geb. Skrzypczak, geb. 8. 4. 1937, beide Herzingsgrube 6, 3546 Vöhl, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

123 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 4. 4. 1989 **Amtsgericht**

1911

7 K 32/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Messenhausen, Band 6, Blatt 207,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Messenhausen, Flur 2, Flurstück 171, Hof- und Gebäudefläche, Neben den Rodäckern 10, Größe 6,00 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, 1. Stock, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 8. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Hippopotamus GmbH in 6100 Darmstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

740 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 6. 4. 1989 **Amtsgericht**

1912

7 K 79/87: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Dreieichenhain, Band 89, Blatt 3830,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Dreieichenhain, Flur 3, Flurstück 393/1, Landwirtschaftsfläche, Die Weinbergsgewann, Größe 5,00 Ar,

Gemarkung Dreieichenhain, Flur 3, Flurstück 393/2, Landwirtschaftsfläche, Die Weinbergsgewann, Größe 14,03 Ar,

soll am Donnerstag, dem 6. Juli 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, 1. Stock, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 1. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Marie Katharine Betz in 6072 Dreieich.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

19 030,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 7. 4. 1989 **Amtsgericht**

1913

1 K 22/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Guxhagen, Band 60, Blatt 1980,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Guxhagen, Flur 3, Flurstück 123, Hof- und Gebäudefläche, Knüllstraße 26, Größe 7,48 Ar,

soll am Freitag, dem 9. Juni 1989, 11.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 8. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Detlef Krakau und Erika Krakau geb. Viehmann, Knüllstraße 26, 3501 Guxhagen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

358 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 11. 4. 1989 **Amtsgericht**

1914

1 K 34/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Beiseförth, Band 20, Blatt 661,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Beiseförth, Flur 4, Flurstück 16/2, Hof- und Gebäudefläche, In der Selle 1, Größe 17,27 Ar,

soll am Freitag, dem 9. Juni 1989, 9.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 8. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Roland Horn, Mühlenstraße 4, 3509 Malsfeld-Beiseförth,

b) Margot Horn geb. Jäger, In der Selle 1, 3509 Malsfeld-Beiseförth, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

381 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 11. 4. 1989 **Amtsgericht**

1915

1 K 3/88: Das im Grundbuch von Dauernheim, Bezirk Nidda, Band 39, Blatt 1744, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Dauernheim, Flur 1, Flurstück 706, Hof- und Gebäudefläche, Hangstraße 8, Größe 9,94 Ar,

soll am Montag, dem 26. Juni 1989, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schloßgasse 23, 6478 Nidda 1, Raum 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 2. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Günter Braun, Hangstraße 8, 6479 Ransstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

373 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 5. 4. 1989 **Amtsgericht**

1916

7 K 140/88: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Dietzenbach, Band 204, Blatt 7368, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Dietzenbach, Flur 7, Flurstück 430, Hof- und Gebäudefläche, Feldstraße 35, Größe 8,93 Ar,

am Mittwoch, dem 14. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 11. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerlinde Bellhäuser, Feldstraße 35, 6057 Dietzenbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 600 000,— DM.

Die bereits erfolgte Veröffentlichung am 20. März 1989 wird hiermit berichtigt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 17. 2. 1989 **Amtsgericht**

1917

K 42/88: Das im Grundbuch von Wasenberg, Band 51, Blatt 1389, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Wasenberg, Flur 7, Flurstück 198/3, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 23, Größe 8,01 Ar,

soll am Dienstag, dem 13. Juni 1989, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt-Treysa, Steinkautsweg 2, Raum 13, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 10. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Günther Wiegand, geb. 15. 10. 1938, Hauptstraße 23, Willingshausen-Wasenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 10. 4. 1989 **Amtsgericht**

1918

5 K 44/86: Das im Grundbuch von Dorfweil, Band 29, Blatt 885, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Dorfweil, Flur 2, Flurstück 127, Gebäude- und Freifläche, Brombacher Straße 4, Größe 29,38 Ar,

soll am Dienstag, dem 20. Juni 1989, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 10. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anneliese Müller in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

340 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 3. 4. 1989 **Amtsgericht**

1919

3 K 75/88: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Garbenheim (Stadtteil von Wetzlar), Band 58, Blatt 2053,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Garbenheim, Flur 17, Flurstück 634/14, Bauplatz, Sudetenstraße 7, Größe 14,54 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Juni 1989, 10.15 Uhr, Raum 201, II. Stock, im Gerichtsgebäude B, Wertherstraße 1, 6330 Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 11. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Stanko Tonsic, 6334 Aßlar.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 534/14 auf 101 780,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 3. 4. 1989 **Amtsgericht**

1920

3 K 73/88: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Garbenheim (Stadtteil von Wetzlar), Band 58, Blatt 2053,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Garbenheim, Flur 17, Flurstück 634/8, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße (Nr. 5), Büro- und Geschäftshaus mit Hausmeisterwohnung und Wohnheim, Werkstattgebäude und 3 Pkw-Garagen, Größe 71,72 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Juni 1989, 8.30 Uhr, Raum 201, II. Stock, im Gerichtsgebäude B, Wertherstraße 1, 6330 Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 11. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Stanko Tonsic, 6334 Aßlar.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 634/8 auf 1 876 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 3. 4. 1989 **Amtsgericht**

1921

3 K 64/87: Der im Grundbuch von Gertenbach, Band 10, Blatt 215, eingetragene Grundbesitz,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Gertenbach, Flur 3, Flurstück 64/31, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 4, Größe 9,00 Ar,

soll am Dienstag, dem 6. Juni 1989, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Walburger Straße 38, Raum 117, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 12. 1987 und 29. 11. 1988 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Heinz August Porschewski, Gartenstraße 4, 3430 Witzenhausen-Gertenbach,

b) Elke Porschewski, Gartenstraße 4, 3430 Witzenhausen-Gertenbach, — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

256 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 12. 4. 1989 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

Vorhaben der Firma Ruhrgas AG, Huttropstraße 60, 4300 Essen, in 6084 Gernsheim

Die Ruhrgas AG beabsichtigt auf dem Betriebsgelände der Verdichterstation Gernsheim in der Gemarkung Gernsheim, Flur 36, Flurstück 15/1, eine neue Gasturbinenanlage zum Antrieb von Turbokompressoren zur Verdichtung von Erdgas zwecks Einspeisung in den Speicher Hähnlein oder Weiterleitung in ihr Erdgasfernnetz zu errichten.

Das Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721, 1193), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. November 1986 (BGBl. I S. 2089), i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 1 a) der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) vom 24. Juli 1985 (BGBl. I S. 1586), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Juli 1988 (BGBl. I S. 1059), sowie der Nr. 1.5 Spalte 1 ihres Anhangs der Genehmigung durch das Hessische Oberbergamt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Anlage besteht aus drei Gasturbinen mit einer thermischen Leistung von je 14 MW, die einen Abgasvolumenstrom von zusammen 132 000 m³/h erzeugen und je einen Turboverdichter zur Verdichtung des Erdgases antreiben. Das Erdgas kann wahlweise in den Erdgasporenspeicher Hähnlein oder das Erdgasfernnetz der Ruhrgas AG eingespeist werden. Die Anlage soll spätestens am 1. September 1990 in Betrieb genommen werden.

Der Antrag und die zugehörigen Unterlagen liegen nach der Bekanntmachung dieser Veröffentlichung zwei Monate lang, d. h. vom Montag, 8. Mai 1989, bis zum Freitag, 7. Juli 1989 einschließlich, beim Hessischen Oberbergamt, Paulinenstraße 5, 6200 Wiesbaden, sowie im Rathaus Alsbach, Birkenbacher Straße 6, 6146 Alsbach-Hähnlein, während der Dienststunden zur Einsicht aus. Während dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift beim Oberbergamt als Genehmigungsbehörde oder bei der auslegenden Gemeinde erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift gut lesbar anzugeben. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Als Termin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird Donnerstag, der **20. Juli 1989, 10.00 Uhr**, in der Sport- und Kulturhalle Hähnlein, Marktstraße 3 in 6146 Alsbach-Hähnlein, bestimmt. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

6200 Wiesbaden, 7. April 1989

Hessisches Oberbergamt
53 b 04 05 — 40/10

Öffentliche Ausschreibungen

1. Vergabestelle:

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Straßenbauamt
Große Friedberger Straße 7—11
D-6000 Frankfurt am Main 1

2. Verfahrensart:

Öffentliche Ausschreibung von Brücken- und Straßenbauarbeiten nach VOB/A

3. a) Ausführungsort:

Frankfurt am Main — Messebereich —

b) Art und Umfang der Leistungen:

Teil 1 — Kunstbauwerke

Neubau einer Straßenbrücke und Stützmauer im Zuge der Emser Straße

Teil 2 — Straßenbau

Straßenbauarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung der Kunstbauwerke

Wesentliche Leistungen:

Teil 1 — Kunstbauwerke:

		Brücke	Stützmauer
Baugrubenverbau	(m ²)	500	—
Stahlbetonabbruch	(m ³)	300	90
Erdaushub	(m ³)	1 000	1 200

Hinterfüllung	(m ³)	1 100	1 600
Stahlbeton (Unterbauten)	(m ³)	400	1 000
Stahlbeton (Überbauten)	(m ³)	360	—
Betonstahl	(t)	60	90
Spannstahl	(t)	10	—
Abdichtung (Überbau)	(m ²)	400	—

Teil 2 — Straßenbau

220 m ³	Frostschutzmaterial
730 m ²	Bituminöse Tragschicht
730 m ²	Binderschicht
730 m ²	Bituminöse Deckschicht
180 m ²	Betonverbundpflaster

c) Alle Leistungen werden nur an einen Bieter vergeben.

d) entfällt.

4. Ausführungsfrist:

Baubeginn: 2. Oktober 1989

Bauende: Ende 1990

5. a) Anforderungs- und Ausgabestelle der Ausschreibungsunterlagen:

Straßenbauamt
Abt. 66.42 (Zimmer 403)
Große Friedberger Straße 7—11
D-6000 Frankfurt am Main 1

b) Anforderungs-, Versand- und Ausgabetermin:

Die Ausschreibungsunterlagen können bis 8. Mai 1989 angefordert werden.

Der Versand bzw. die Ausgabe erfolgt ab 22. Mai 1989 von 8.30 bis 11.30 Uhr.

c) Erwerbsmodus der Ausschreibungsunterlagen:

Ausschreibungsunterlagen werden gegen Entrichtung der Selbstkosten in Höhe von 190,— DM als Abholpreis bzw. 210,— DM als Versandpreis abgegeben. Die Entschädigung ist auf das Postgirokonto Ffm. Nr. 2-609 (BLZ 500 100 60) der Stadtparkasse Frankfurt am Main unter Angabe der Haushaltsstelle 1-6020-1302 und der Baumaßnahme — Verschiebung Emser Straße 1. BA, Verd. Nr. 11 B/89 — einzuzahlen. Beim Postversand ist der Einzahlungsbeleg der Anforderung beizufügen, beim Abholen vorzulegen.

6. a) Abgabe der Angebote:

bis 16. Juni 1989, 11.00 Uhr

b) Einreichungsstelle der Angebote:

Straßenbauamt
der Stadt Frankfurt am Main
Geschäftsstelle, Zimmer 601
Große Friedberger Straße 7—11
D-6000 Frankfurt am Main 1

c) Sprache der Angebotsabfassung:

deutsch

7. a) Anwesenheit bei Angebotseröffnung:

Nur Bieter und ihre Bevollmächtigten

b) Tag, Stunde und Ort der Eröffnung:

16. Juni 1989, 11.00 Uhr
Straßenbauamt
Zimmer 214
Große Friedberger Straße 7—11
D-6000 Frankfurt am Main 1

8. Kautions- und Sicherheit:

Für sämtliche Verpflichtungen aus dem Vertrag ist eine Sicherheit durch eine selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der Bundesrepublik Deutschland oder Berlin (West) zugelassenen Kreditinstitutes oder Kreditversicherers in Höhe von 5 v. H. der Auftragssumme zu leisten.

9. Finanzierungs- und Zahlungsmodus:

Abschlagszahlungen und Schlußzahlungen nach VOB/B und ZVB-StB 80

10. Unternehmenszusammenschluß:

Arbeitsgemeinschaften sind zugelassen

11. Wirtschaftliche und technische Mindestbedingungen:

Auf Verlangen Nachweise über:

— den Umsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschuß des Anteils bei Arbeitsgemeinschaften und anderen gemeinschaftlichen Bietern

— die ausgeführten Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

— die für die Ausführung der zu vergebenden Leistung zur Verfügung stehenden technische Ausrüstung

12. Zuschlags- und Bindefrist:

Von der Angebotseröffnung bis zum 29. September 1989

13. Kriterien für die Auftragsvergabe:

Der Zuschlag wird nach § 25 VOB/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte als das annehmbarste erscheint.

14. Andere Auskünfte:

entfällt

15. Absendung der Bekanntmachung:

12. April 1989

Bauvorhaben: Neugestaltung Berliner Platz
Teilbereich D — Erweiterung
Feuerwehrgerätehaus

Bauherr:

**Magistrat der
Stadt Kronberg
Katharinenstraße 7
6242 Kronberg im Taunus
Vertreten durch:
DB Bauregie GmbH, Frankfurt**

Nachstehende Gewerke werden öffentlich nach VOB/A ausgeschrieben:

1. Dachabdichtungsarbeiten nach DIN 18338
ca. 550 m² Polymer-Bitumen-Schweißbahn,
mehrlagig, mit Wärmedämmung,
alternativ: Dachdichtungsfolie
Schutzgebühr: 25,— DM
Eröffnungstermin: 17. Mai 1989 — 10.00 Uhr
2. Schlosserarbeiten nach DIN 18360
2 Stück Stahlschiebepore mit Verglasung
4,37 x 3,75 m
alternativ: wärmegeämmte Ausführung
Schutzgebühr: 25,— DM
Eröffnungstermin: 17. Mai 1989 — 10.15 Uhr
3. Dachflächenbegrünung
ca. 420 m² Dachbegrünung, Aufbau nach
System Optima, einschließlich Saat-
und Pflanzarbeiten
alternativ: System nach Bieterorschlag
Schutzgebühr: 25,— DM
Eröffnungstermin: 17. Mai 1989 — 10.30 Uhr
4. Fliesen- und Plattenarbeiten nach DIN 18352
ca. 550 m² Klinkerplattenarbeiten im Rüttelverfahren
verlegen
ca. 100 lfd. m Klinkersockel
Schutzgebühr: 20,— DM
Eröffnungstermin: 17. Mai 1989 — 10.45 Uhr
5. Estricharbeiten nach DIN 18353 und 18560
ca. 530 m² Zementverbundestrich
auf Trennlage
Schutzgebühr: 20,— DM
Eröffnungstermin: 17. Mai 1989 — 11.00 Uhr
6. Maler- und Lackierarbeiten nach DIN 18363
ca. 2 940 m² Wand-, Decken- und Bodenflächenanstrich
Korrosionsschutzanstrich diverser Stahlteile
Schutzgebühr: 20,— DM
Eröffnungstermin: 17. Mai 1989 — 11.15 Uhr

Der Ausführungszeitraum liegt zwischen Juli und September 1989.

Die Verdingungsunterlagen können beim Magistrat der Stadt Kronberg im Taunus — Hochbauamt —, Postfach 12 80, 6242 Kronberg im Taunus, gegen die genannten Schutzgebühren angefordert werden.

Dieser Betrag ist auf das Postgirokonto der Stadtkasse Kronberg im Taunus, Nr. 51 59-603, beim Postgiroamt Frankfurt am Main, BLZ 500 100 60, unter Angabe des Kassenzeichens 5.1196.900007.0, einzuzahlen.

Eine Fotokopie des Einzahlungsbeleges ist dem Anforderungsschreiben beizufügen. Schecks werden nicht angenommen. Eine Rückzahlung der Schutzgebühr erfolgt nicht.

Der Versand der Ausschreibungsunterlagen (zweifach) erfolgt auf dem Postweg.

Die Angebote werden zu vorgenannten Terminen im Sitzungssaal des Rathauses, Katharinenstraße 7, geöffnet. Zur Angebotseröffnung zugelassen sind nur Bieter oder ihre Bevollmächtigten.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage nach dem Eröffnungstermin.

Es werden nur Bieter berücksichtigt, die die Voraussetzungen nach VOB/A § 25 erfüllen.

6242 Kronberg im Taunus, 12. April 1989

**Der Magistrat
der Stadt Kronberg im Taunus**

Stellenausschreibungen**Bei der Stadt Wanfried
— Werra-Meißner-Kreis —**

ist die Stelle des/der

hauptamtlichen Bürgermeisters/in

zum 5. Oktober 1989 neu zu besetzen.

Der bisherige Amtsinhaber tritt nach 30jähriger Tätigkeit in den Ruhestand.

Die Wahlzeit beträgt gem. § 39 HGO sechs Jahre. Wiederwahl auf jeweils sechs Jahre ist möglich.

Die Besetzung erfolgt nach der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung (A 14). Aufwandsentschädigung wird nach den gesetzlichen Vorschriften gewährt.

Gesucht wird eine zielbewußte, dynamische Persönlichkeit, die eine moderne Verwaltung mit Eigeninitiative, wirtschaftlichem Verständnis und organisatorischen Fähigkeiten leiten kann. Der/die Bewerber/in soll kontaktfreudig sein und das Amt bürgernah wahrnehmen. Umfassende Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung werden vorausgesetzt. Verwaltungsfachhochschulabschluß ist erforderlich. Der/die zukünftige Amtsinhaber/in muß seinen/ihren Wohnsitz in Wanfried nehmen.

Die Stadt Wanfried besteht aus der Kernstadt und vier Stadtteilen mit rd. 4850 Einwohnern. Verschiedene Industrie- und zahlreiche Gewerbebetriebe sind seit vielen Jahren ortsansässig. In reizvoller Landschaft gelegen ist Wanfried staatlich anerkannter Luftkurort. Zwei Stadtteile waren Bundessieger im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“. In der Stadt befinden sich zwei Mittelpunktschulen (Grundschule, Haupt- und Realschule mit Förderstufe).

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (handgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild neueren Datums, beglaubigte Zeugnisschriften, Tätigkeitsnachweis) sind bis zum 16. Mai 1989, 20.00 Uhr, im verschlossenen Umschlag unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ zu richten an den

**Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses,
Herrn Horst Thomas,
Unter den Weiden 5, 3442 Wanfried 1.**

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Seligenstadt  *die historische Stadt*

Durch Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers ist bei der Stadt Seligenstadt zum schnellstmöglichen Zeitpunkt die Stelle des/der

Bauamtsleiters/in

zu besetzen.

Das Bauamt umfaßt die Aufgabengebiete Bauverwaltung, Hoch- und Tiefbau, Stadtplanung, Altstadtsanierung und Denkmalpflege, Friedhofswesen und Grünflächen.

Gesucht wird eine qualifizierte Persönlichkeit mit umfassender technischer Berufserfahrung sowie mit praktischen Kenntnissen im Bereich der Bauleitplanung. Führungseigenschaften, Verhandlungsgeschick und Aufgeschlossenheit für die vielfältigen kommunalen Aufgaben sind Voraussetzung.

Die Beschäftigung erfolgt im Angestelltenverhältnis. Eine Stelle der Vergütungsgruppe I b BAT steht zur Verfügung. Die Einstellung erfolgt nach Vergütungsgruppe II BAT.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Nachweis der seitherigen Tätigkeiten, Lichtbild und Zeugnisschriften werden innerhalb von drei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige erbeten an den

**Magistrat der Stadt Seligenstadt — Personalamt —,
Marktplatz 1, 6453 Seligenstadt.**

Rechtspflegerin/ Rechtspfleger, Rechtsanwalts- gehilfin/-gehilfe

Die Landesärztekammer Hessen sucht Sie als kompetente/n Mitarbeiterin/-Mitarbeiter für die Buchhaltungsabteilung. Ab sofort. Oder ab 1.6.1989.

IHRE AUFGABE: Sie sind zuständig für die Beitragsveranlagung etc.

IHRE VORAUSSETZUNGEN: Sie haben eine entsprechende Ausbildung und waren mehrere Jahre in einer Anwaltskanzlei oder in einer Behörde tätig. Ihr Alter: ab 20 bis 40 Jahre jung. Gern sehen wir auch einen jüngeren Justiz- oder Verwaltungsangestellten.

UNSER ANGEBOT: Das Gehalt entspricht der ausgeschriebenen Position in Anlehnung an den BAT. Darüber hinaus erhalten Sie eine zusätzliche Altersversorgung und die bekannt guten Sozialleistungen des Öffentlichen Dienstes.

Wenn Sie die Aufgabe reizt, dann schicken Sie Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen bitte an Herrn Hanß:

LANDESÄRZTEKAMMER HESSEN
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Broßstraße 6, 6000 Frankfurt/M. 90, Telefon 069/7948-107



ad_media lkn02989

An der Fachhochschule Fulda

ist ab sofort

im Fachbereich Sozialarbeit

eine Professur

– Besoldungsgruppe C 3 BBesG –

für das Fachgebiet **Kriminologie/Strafrecht und Devianztheorie** zu besetzen.

Der/Die Bewerber/in soll das vorgenannte Fachgebiet in Lehre und Forschung angemessen vertreten können. Die spezifische Disziplinarität des Fachgebiets im Schnittpunkt von Sozial-, Rechts- und Subjektwissenschaften macht ein entsprechend ausgewiesenes Qualifikationsprofil zur fachlichen Berufungsvoraussetzung.

Die Einstellungsvoraussetzungen ergeben sich aus § 29 Abs. 1, 2 und 3 des Gesetzes über die Fachhochschulen im Lande Hessen (FHG) vom 6. Juni 1978 (GVBl. I S. 380) i. d. F. des Art. 4 Nr. 11 des Gesetzes zur Anpassung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 28. Oktober 1987 (GVBl. I S. 181).

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis 8. Mai 1989 erbeten an den

Rektor der Fachhochschule Fulda,
Marquardstraße 35, 6400 Fulda.

Postvertriebsstück
Verlag Kultur und Wissen GmbH
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt

1 Y 6432 A

LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN



Wir suchen für das Sachgebiet „Grundlagen und Planung“ des Umweltamtes eine/n

Diplom-Hydrogeologen/ -geologin

Diplom-Chemiker/in

(Verg.Gr. II BAT)

als Sachbearbeiter/in für den Bereich „Altlasten“.

Ihre Aufgaben:

- Untersuchungen und Sanierungsmaßnahmen für Altablagungen im Stadtgebiet,
- Aufbau und Durchführung eines Bodenschutzkonzeptes.

Unsere Anforderungen:

- Mindestens zwei Jahre Berufserfahrung als Hydrogeologe/-geologin bzw. Diplom-Chemiker/in,
- gute Kenntnisse im Bodenschutz, insbesondere in der Problematik von Boden- und Grundwasserverunreinigungen.

Interessiert? Dann bewerben Sie sich bitte mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Qualifikationsnachweise) unter Angabe der Kenn-Nr. 16 865/5 beim

Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden,
Personalamt, Schillerplatz 1–2, 6200 Wiesbaden.

Wir sind besonders an der Bewerbung von Frauen interessiert.

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz; Redaktion: Telefon 0 61 21 / 3 53-6 74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 88, Fernschreiber 4186648, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil

des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 98 71.

Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 17 vom 24. April 1989 beträgt 40 Seiten.